57. Sitzung

Mittwoch, den 15.06.2011

Erfurt, Plenarsaal

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 5195
Emde, CDU 5195

a) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Wie weiter mit den Thüringer Theatern und Orchestern ab 2013?“ 5196

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/2825 -

Dr. Klaubert, DIE LINKE 5196, 5203
Döring, SPD 5197
Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 5198
Kellner, CDU 5199, 5204
Koppe, FDP 5199, 5200
Matschie, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur 5201, 5204, 5205
Blechs Schmidt, DIE LINKE 5205

b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: „Guter Lohn für gute Arbeit - Differenzierung nach Ost- und West-Tariflöhnen beenden“ 5206

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/2880 -

Bergemann, CDU	5206
Leukefeld, DIE LINKE	5207
Lemb, SPD	5208
Kemmerich, FDP	5209
Siegsmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	5210
Ramelow, DIE LINKE	5211, 5212
Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie	5212

c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: „Wer A sagt, muss auch B sagen: Konsequenter Ausbau der erneuerbaren Energien, Effizienzsteigerung und Energieeinsparung in Thüringen“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/2883 -

Siegsmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	5214
Worm, CDU	5215, 5216, 5227
Hellmann, DIE LINKE	5216
Kemmerich, FDP	5217
Weber, SPD	5218, 5226
Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	5219
Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie	5220, 5224
Barth, FDP	5223
Enders, DIE LINKE	5225
Kummer, DIE LINKE	5227

d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der FDP zum Thema: „Stand der Verhandlungen zur Hochschulrahmenvereinbarung III“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/2898 -

Barth, FDP	5228
Dr. Voigt, CDU	5229
Dr. Kaschuba, DIE LINKE	5230
Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	5231
Metz, SPD	5232
Matschie, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur	5232

e) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: „Rückkauf des von der rechtsextremen Szene genutzten Schützenhauses in Pößneck durch die Stadt“

5234

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/2899 -

Aussprache

Metz, SPD	5234
Sedlacik, DIE LINKE	5235
Bergner, FDP	5235
Fiedler, CDU	5236
Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	5237
Geibert, Innenminister	5238
Künast, SPD	5239
Renner, DIE LINKE	5240

Fragestunde 5240

a) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Sojka (DIE LINKE) 5240
Bald „Hermann-Danz-Schule“ in Schmalkalden?
- Drucksache 5/2779 -

wird vom Abgeordneten Blechschmidt vorgetragen und von Staatssekretär Prof. Dr. Merten beantwortet.

Blechschmidt, DIE LINKE	5240
Prof. Dr. Merten, Staatssekretär	5240

b) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kuschel (DIE LINKE) 5241
Reduzierung Konzessionsabgaben für Wegerechte bei Energieversorgungsleitungen
- Drucksache 5/2817 -

wird vom Abgeordneten Blechschmidt vorgetragen und von Staatssekretär Staschewski beantwortet. Zusatzfragen.

Blechschmidt, DIE LINKE	5241, 5242
Staschewski, Staatssekretär	5241, 5242

c) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Hennig (DIE LINKE) 5242
Novellierung des Thüringer Hochschulgesetzes?
- Drucksache 5/2820 -

wird von Staatssekretär Prof. Dr. Deufel beantwortet. Zusatzfragen.

Hennig, DIE LINKE	5242, 5243, 5244
Prof. Dr. Deufel, Staatssekretär	5243, 5243, 5244

d) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Leukefeld (DIE LINKE) 5244
Reprivatisierung der CDA Datenträger Albrechts GmbH
- Drucksache 5/2868 -

wird von Staatssekretär Staschewski beantwortet. Zusatzfrage.

Leukefeld, DIE LINKE	5244, 5245
Staschewski, Staatssekretär	5244, 5245

- e) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Hitzing (FDP)** 5245
Deutschlandstipendien für Studierende an staatlichen Berufsakademien im Freistaat Thüringen
 - Drucksache 5/2873 -

wird vom Abgeordneten Koppe vorgetragen und von Staatssekretär Prof. Dr. Deufel beantwortet. Zusatzfrage.

Koppe, FDP 5245
 Prof. Dr. Deufel, Staatssekretär 5245, 5246
 Barth, FDP 5246

- f) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Hausold (DIE LINKE)** 5246
Aktivitäten der Landesregierung für den Erhalt von Call-Center-Arbeitsplätzen in Gera?
 - Drucksache 5/2878 -

wird von Staatssekretär Staschewski beantwortet. Zusatzfrage.

Hausold, DIE LINKE 5246, 5247
 Staschewski, Staatssekretär 5246, 5247

- g) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Schubert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** 5247
Autostraßenrennen durch Wohn- und Naturschutzgebiete
 - Drucksache 5/2882 -

wird von Staatssekretärin Dr. Eich-Born beantwortet. Zusatzfrage.

Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 5247, 5248
 Dr. Eich-Born, Staatssekretärin 5247, 5248

- h) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Lukin (DIE LINKE)** 5248
Behebung der Belastungsüberschreitungen bei Feinstaub und Stickstoffdioxid
 - Drucksache 5/2884 -

wird von Minister Reinholz beantwortet. Zusatzfragen.

Dr. Lukin, DIE LINKE 5248, 5249,
 5250
 Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz 5248, 5249,
 5249, 5249, 5250
 Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 5249
 Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 5249, 5249

- i) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Wolf (DIE LINKE)** 5250
Schiefergas in Thüringen
 - Drucksache 5/2885 -

wird von Minister Reinholz beantwortet.

Wolf, DIE LINKE 5250
 Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz 5250

- j) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Augsten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** 5251
Stellenabbau im Thüringen Forst ein „Aprilscherz“?
 - Drucksache 5/2887 -

wird von Minister Reinholz beantwortet. Zusatzfragen.

Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	5251, 5251
Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz	5251, 5251, 5252
Kummer, DIE LINKE	5252

k) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Adams (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 5252
Messergebnisse und Nachrüstung beim Recyclingunternehmen LSR AG in Dingel-
städt
 - Drucksache 5/2888 -

wird von Minister Reinholz beantwortet. Zusatzfragen.

Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	5252, 5253
Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz	5252, 5253, 5254
Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	5254

l) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Wolf (DIE LINKE) 5254
Ausschilderung der Wartburg an der A 4
 - Drucksache 5/2886 -

wird von Staatssekretärin Dr. Eich-Born beantwortet. Zusatzfrage.

Wolf, DIE LINKE	5254, 5255, 5255
Dr. Eich-Born, Staatssekretärin	5254, 5255, 5255

m) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Klaubert und Renner (DIE LINKE) 5255
Zukunft von Schloss Friedrichswerth
 - Drucksache 5/2889 -

wird von Abgeordneter Renner vorgetragen und von Staatssekretär Dr. Spaeth be-
antwortet. Zusatzfragen.

Renner, DIE LINKE	5255, 5256, 5256
Dr. Spaeth, Staatssekretär	5255, 5256, 5256

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Bergemann, Carius, Diezel, Emde, Fiedler, Grob, Günther, Gumprecht, Heym, Holbe, Holzapfel, Kellner, Kowalleck, Krauße, Lehmann, Lieberknecht, Meißner, Mohring, Primas, Reinholz, Scherer, Schröter, Dr. Voigt, Walsmann, Wetzel, Worm, Wucherpfennig, Dr. Zeh

Fraktion DIE LINKE:

Bärwolff, Berninger, Blechschmidt, Enders, Hauboldt, Hausold, Hellmann, Hennig, Huster, Jung, Dr. Kaschuba, Keller, Dr. Klaubert, König, Korschewsky, Kubitzki, Kummer, Kuschel, Leukefeld, Dr. Lukin, Ramelow, Renner, Sedlacik, Sojka, Stange, Wolf

Fraktion der SPD:

Baumann, Döring, Doht, Eckardt, Gentzel, Dr. Hartung, Hey, Höhn, Kanis, Künast, Lemb, Marx, Matschie, Metz, Mühlbauer, Pelke, Dr. Pidde, Taubert, Weber

Fraktion der FDP:

Barth, Bergner, Kemmerich, Koppe, Untermann

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Adams, Dr. Augsten, Meyer, Rothe-Beinlich, Schubert, Siegesmund

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Ministerpräsidentin Lieberknecht, die Minister Matschie, Carius, Geibert, Machnig, Dr. Poppenhäger, Reinholz, Taubert, Dr. Voß, Walsmann

Beginn: 14.01 Uhr

Präsidentin Diezel:

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich heiÙe Sie alle herzlich willkommen zu unserer heutigen Sitzung des Thüringer Landtags, die ich hiermit eröffne. Ich begrüÙe die Gäste auf der Zuschauertribüne sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Medien.

Als Schriftführer hat Frau Abgeordnete Meißner neben mir Platz genommen. Die Rednerliste führt Frau Abgeordnete König.

Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt: Frau Abgeordnete Hitzing, Herr Abgeordneter von der Krone und Herr Abgeordneter Recknagel.

Gestatten Sie mir folgende allgemeine Hinweise: Der Thüringer Landessportbund hat für heute zu einem parlamentarischen Abend eingeladen, der am Ende der Plenarsitzung des heutigen Tages sein wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte doch, die Gespräche etwas zurückzunehmen.

Folgende Hinweise zur Tagesordnung: Die bei der Verteilung der Einladung noch fehlenden Beschlussempfehlungen haben folgende Drucksachennummern: TOP 1 5/2900, TOP 2 5/2917, TOP 3 5/2893, TOP 9 5/2901 und TOP 10 a und b 5/2891 und 5/2892. Berichterstatter zu TOP 9 ist der Abgeordnete Kellner.

Folgende Hinweise: Der mitberatende Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit hat zu TOP 2 erst heute beraten. Die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz kann dadurch erst im Laufe des Tages und daher nicht in der nach § 58 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu entnehmenden Frist von zwei Werktagen vor Beginn der Beratung verteilt werden. Daher ist über die Fristverkürzung gemäß § 66 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu beschließen. Dies kann mit einfacher Mehrheit geschehen. Gibt es Einspruch gegen diese Fristverkürzung? Ich sehe das nicht. Damit ist der Fristverkürzung so zugestimmt. Oder möchten Sie abstimmen? Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zu TOP 1 werden Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/2919, der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/2921 und der Fraktion der FDP in der Drucksache 5/2922 verteilt.

Die Fraktion der FDP hat zu TOP 11 a, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, „Rechtliche Bewertung der Stiftung FamilienSinn - wie weiter mit der Familienpolitik in Thüringen?“, einen Änderungsantrag in der Drucksache 5/2789 eingereicht. Gemäß § 64 Abs. 3 Satz 1 der Geschäftsordnung

sind Änderungsanträge zu selbstständigen Vorlagen, die keinen Gesetzentwurf enthalten, nur mit Zustimmung der Antragsteller zulässig.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat inzwischen ihre Zustimmung zur Einbringung des Änderungsantrags in der Drucksache 5/2789 erteilt. Damit ist der Änderungsantrag zulässig.

Der Wahlvorschlag zu TOP 33 hat die Drucksachennummer 5/2890.

Zu TOP 34 - Fragestunde - kommen die Mündlichen Anfragen in den Drucksachen 5/2873/2878/2882 und 5/2884 bis 2889 hinzu.

Die Landesregierung hat inzwischen mitgeteilt, neben den bereits zur Plenarsitzung angekündigten Sofortberichten zu den Tagesordnungspunkten 15 und 16, auch zu den Tagesordnungspunkten 19, 20, 22, 23, 25 und 27 von der Möglichkeit eines Sofortberichts nach Geschäftsordnung Gebrauch zu machen.

Wird der vorliegenden Tagesordnung zugestimmt oder gibt es noch Ergänzungen? Ich sehe Frau Rothe-Beinlich und Herrn Abgeordneten Emde. Bitte schön, Frau Rothe-Beinlich.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Namens unserer Fraktion beantrage ich, den Antrag „Biomasse: Das Erneuerbare-Energien-Gesetz nachhaltig weiterentwickeln“ in der Drucksache 5/2505 Neufassung und die dazugehörige Beschlussempfehlung des Umweltausschusses in der Drucksache 5/2905 aufgrund der Dringlichkeit auf die Tagesordnung zu setzen, und zwar nach Tagesordnungspunkt 10. Es wurde sich verständigt: ohne Aussprache.

Präsidentin Diezel:

Gibt es dazu Einwände? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann könnten wir darüber abstimmen. Wer für die Aufnahme ist, die Frist wurde ja entsprechend eingehalten, den bitte ich um Zustimmung. Danke schön. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Sehe ich nicht. Damit ist dem zugestimmt, auch nach dem Tagesordnungspunkt 10. Herr Abgeordneter Emde, Sie hatten noch eine Ergänzung?

Abgeordneter Emde, CDU:

Ja. Frau Präsidentin, ich möchte beantragen, dass wir den Tagesordnungspunkt 29 am Freitag als zweiten Tagesordnungspunkt aufrufen. Ich möchte darüber hinaus beantragen, dass wir die Tagesordnungspunkte 14 und 30 gemeinsam beraten, und zwar bei der Platzierung des Tagesordnungspunkts 14, und auch die Tagesordnungspunkte 19 und 21 gemeinsam beraten.

Präsidentin Diezel:

Und das auf Tagesordnungspunkt 19 dann, gut. Dann kommen wir zuerst zum Tagesordnungspunkt 29, der soll am Freitag als zweiter Tagesordnungspunkt nach dem Petitionsbericht aufgerufen werden. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Sehe ich nicht. Damit ist dies einstimmig so bestätigt.

Dann die Änderung Tagesordnungspunkt 14 und Tagesordnungspunkt 30 zusammen zu beraten und das wäre dann jeweils Tagesordnungspunkt 14 a und 14 b. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Sehe ich ebenfalls nicht, damit ist das auch so bestätigt.

Und die gemeinsame Beratung der Tagesordnungspunkte 19 und 21 auch als 19 a und b. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Sehe ich nicht, damit ist auch dieser Antrag bestätigt.

Gibt es weitere Veränderungen? Sehe ich nicht. Damit schließe ich die Beratung zur Tagesordnung und wir steigen in die Tagesordnung ein.

Alle Fraktionen haben eine Aktuelle Stunde beantragt. Die Zeit für das Thema beträgt jeweils 30 Minuten. Die Redezeit der Landesregierung bleibt unberücksichtigt. Die Redezeit des einzelnen Redners beträgt maximal 5 Minuten.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 35**, und zwar den **ersten Teil**

a) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Wie weiter mit den Thüringer Theatern und Orchestern ab 2013?“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/2825 -

Als Erste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Dr. Klaubert, Fraktion DIE LINKE. Bitte schön.

Abgeordnete Dr. Klaubert, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte kurz begründen, warum wir diese Aktuelle Stunde eingereicht haben, eignet sich doch das als Thema für ein Drama mit ungeklärtem Ausgang. Und wenn wir in der Sprache des Theaters bleiben, kann ich nur sagen, es gibt dazu ein Vorspiel. Das Vorspiel war vor dieser Regierungsbildung. Das Vorspiel bewegte sich, als der jetzige Minister für Kultur noch Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion war, und vor dem Hintergrund der gekürzten Mittel

für die Theater und Orchester in Thüringen, damals unter seinen Vorgängern, erst Goebel und dann Müller, lauthals und entschieden bekundete, dass die Theater und Orchester wenigstens die 60 Mio. Landesmittel zur Verfügung gestellt bekommen müssen, die sie bis zu den Kürzungsorgien hatten. Damals sind wir 'an Seit' an Seit' geschritten, aber dann gab es eine Regierungsbildung.

Im ersten Akt ist dann festzustellen, dass der Koalitionsvertrag festhielt, dass es keine neue Standortdebatte geben soll, quasi die Theater und Orchester mit ihren Sparten an den unterschiedlichen Orten in Thüringen auch keine Befürchtungen haben sollten. Dieser erste Akt ist allerdings relativ bedeutungslos, weil keine Handlungen folgten.

Der zweite Akt spielte sich dann im Sommer des Jahres 2010 ab. Ich stellte eine Kleine Anfrage an das Ministerium vor dem Hintergrund, dass die Vorgängerregierung schon einmal darauf hingewiesen hatte, dass die Weichenstellung für die Theater und Orchester bis zum Sommer des Jahres 2010, also bis zum Spielzeitbeginn 2010/11, geklärt sein müsse. In der Antwort auf meine Anfrage teilte die Landesregierung mit, dass inzwischen Gesprächsrunden und Beratungen mit den Intendanten im Juni 2010 und mit den Trägern der Theater und Orchester im August 2010 geplant seien und das Ziel darin bestehe, mit dem Landshaushalt 2011 den für konkrete Vertragsabschlüsse notwendigen Haushalts- und rechtlichen Verpflichtungsrahmen zu schaffen. Das wäre im Herbst 2010 gewesen, also vor einem Dreivierteljahr, und es wäre eine Kabinettsabstimmung davor notwendig gewesen, die nicht nur die Intentionen des Kulturministers, sondern auch die des ganzen Kabinetts und insbesondere des Finanzministers, der durch Abwesenheit glänzt, eingeschlossen hätte.

So kommen wir also zum dritten Akt, der sich im Sommer des Jahres 2011 abspielt, und zwar in der letzten Plenarsitzung am 18. Mai. Dort hatte ich das Vergnügen, auf meine Mündliche Anfrage eine Antwort des Staatssekretärs Prof. Deufel entgegennehmen zu müssen, die sich durch Nichtssagenheit auszeichnete und einen wichtigen Satz hatte, nämlich: Alle halten die Hand auf der Tasche, entschieden werden könne gar nichts und über die Pläne der Landesregierung müsse man das Parlament nicht informieren.

Also folgt nun der vierte Akt mit dem heutigen Tag, der eigentlich wiederum ein Vorspiel hat. Der Minister entschloss sich nämlich, am letzten Freitag wenigstens mit Medienvertretern über die Zukunft der Theater und Orchester in Thüringen zu sprechen. Da kann ich nur sagen, LINKS wirkt, denn ich glaube, wir haben bis dahin so viel Druck aufgemacht, dass wenigstens diese Art und Weise der politischen Argumentation vor den Medienvertretern stattfinden musste.

(Abg. Dr. Klaubert)

(Beifall DIE LINKE)

Warum aber die Parlamentarier dieses Hauses von dieser Information zunächst ausgeschlossen sein sollten, erschließt sich mir nicht, denn wir haben keinerlei Informationen bis heute als die, die wir der Presse entnehmen konnten. Dort heißt es: Es wird über neue Förderstrukturen nachgedacht, es sei ein weitgehend schlüssiges Konzept mit minimalem künstlerischen und finanziellen Freiraum vorgelegt worden, mit höheren Lasten für die Träger - das ist dann schon ganz spannend - und von einem ausgebliebenen großen Wurf. Also viel scheint nicht gekommen zu sein. Ich erwarte immer noch mit großer Spannung, was uns der Minister heute darzubieten hat, denn eine Aufgabe, die haben Sie nicht gelöst und die scheiterte offensichtlich am Unwillen Ihres Koalitionspartners CDU und wahrscheinlich am Unwillen des Finanzministers, nämlich die solidarische Verteilung der Lasten, die aus der kulturellen Verantwortung dieses Freistaats entstehen, gerecht und gleichmäßig über das Land zu verteilen. Wir haben das mehrfach in die Debatte gebracht, nennen es solidarischen Kulturförderausgleich. Wir haben signalisiert, Sie hätten uns auf Ihrer Seite, wenn Sie das tun würden. Darauf haben Sie verzichtet. Bleibt die Frage: Wie geht der fünfte Akt aus? Wird es ein Drama, welches einen ungünstigen Schluss hat, den man dann im Allgemeinen als Tragödie bezeichnen muss? Ich bin gespannt auf Ihre Erörterungen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Als Nächster spricht für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Döring.

Abgeordneter Döring, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, jeder, der sich die Mühe macht, den Koalitionsvertrag zu lesen, wird feststellen, hier ist ein klarer Auftrag formuliert, keine Standarddebatten, Strukturveränderungen nur, wenn diese vom Träger selbst gewünscht werden, sichere Finanzierungsbasis, das heißt auch, schrittweise Annäherung an den Flächentarif. Diese klaren Vorgaben sind nicht zuletzt Ergebnis der desaströsen Goebel'schen Theater- und Orchesterdebatte. Ich denke, es ist deutlich geworden, eine Theater- und Orchesterlandschaft lässt sich nicht am Rechenbrett gestalten; Theater und Orchester sind Räume der Kommunikation. Sie sind sozusagen Andockstationen für völlig unterschiedliche Diskurse und sind Bezugspunkte für andere Formate - ich erinnere nur an Musikschulen - und damit natürlich auch in der Region verankert.

Meine Damen und Herren, hier werden Werte verhandelt, für die eine Gesellschaft Grund legt. Deshalb brauchen wir in der politischen Diskussion einen Paradigmenwechsel. Unsere Theater und Orchester sind keine Last, sondern wertvolles Potenzial für unser Land.

(Beifall SPD)

Wir entscheiden über die Zukunft von Theater- und Orchesterstandorten mit mehr als hundertjähriger Tradition, die sich zu einer einmaligen Kulturlandschaft formiert haben. Dabei hat jeder Standort seine spezifische Bedeutung und ist in der Region unverzichtbar. Wer das einmal am konkreten Beispiel nachvollziehen will, dem empfehle ich den Zeit-Artikel von Christoph Dieckmann vom 9. Juni über Steffen Mensching und Rudolstadt.

Meine Damen und Herren, es sind sowohl das Land als natürlich auch die Träger in der Verantwortung, das heißt natürlich auch in der finanziellen Verantwortung. Das Bildungsministerium hat in einem dialogorientierten Verfahren gemeinsam mit den Trägern erarbeitet, welche Aufgabe die jeweiligen Theater, Orchester in der Region erfüllen sollten und wie dazu die finanziellen Rahmenbedingungen auszusehen haben. Es versteht sich von selbst, dass detaillierte Angaben nicht zielführend sind, solange die Verhandlungen mit den Trägern andauern. Sie wissen ja, Sie dauern noch an.

Meine Damen und Herren, nun gibt es immer wieder sehr kluge Leute, die mit großer Geste einen Strukturwandel einfordern. Leider haben sie ein schlechtes Erinnerungsvermögen, denn die Möglichkeiten dazu sind inzwischen mehr als begrenzt. Altenburg und Gera sind fusioniert, mit einem Drittel des früheren Personals bespielen sie heute beide Standorte. Das Gleiche gilt für Rudolstadt und Nordhausen. Und auch Eisenach - das wissen Sie - wird vom Theater Meiningen mit Sprech- und Musiktheater versorgt. Bleiben Erfurt und Weimar. Aber drei Kulturminister haben sich daran abgearbeitet und alle sind kläglich gescheitert.

Meine Damen und Herren, wer also von Strukturwandel spricht, sollte ehrlich sagen, was er wirklich meint, nämlich Theaterschließung und Orchesterabbau. Hier kann ich nur unsere Ministerpräsidentin zitieren: „Wer immer nur sagt, wir müssen Kultur in Thüringen an wenigen Standorten konzentrieren, der hat von Thüringen nichts verstanden.“ Besser kann man es nicht sagen.

Meine Damen und Herren, übrigens den Träumern von der ersten Liga seien die Etats der Staatstheater Stuttgart oder der Bayerischen Staatsoper München in Erinnerung gerufen, jeweils weit über 80 Mio. €. Von unserem laufenden Landeshaushalt sind für alle Theater und Orchester rund 60 Mio. € eingestellt - so weit die Realität.

(Abg. Döring)

Meine Damen und Herren, unsere wichtigste Aufgabe ist es, im Umgang mit allen Thüringer Theatern und Orchestern Verlässlichkeit herzustellen, und dafür - das kann ich versprechen - wird sich die SPD-Landtagsfraktion auch weiterhin mit aller Kraft einsetzen. Ich danke Ihnen.

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Als Nächste spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Frau Abgeordnete Rothe-Beinlich.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte diese Aktuelle Stunde zum Anlass nehmen, zunächst erst einmal allen Kunst- und Kulturschaffenden in den Thüringer Theatern und Orchestern ganz herzlich für ihre Arbeit zu danken, die sie jeden Tag leisten, denn - das muss man ganz deutlich sagen und auch anerkennen - sie leisten unglaublich viel.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe gerade erst die Antwort auf meine Kleine Anfrage bekommen in der Drucksache 5/2844. Aus dieser kann man ablesen, dass es allein in der Spielzeit 2009/2010 3.644 Vorstellungen und 508 Konzerte gegeben hat mit über 1,2 Mio. Besucherinnen und Besuchern. Ich denke, das macht sehr deutlich, um was für einen wichtigen Standortfaktor es sich bei unseren Kulturschaffenden und den Theatern und Orchestern handelt.

Wenn wir uns dann aber auf der anderen Seite die Dynamik anschauen, die wir seit den 90er-Jahren erleben, nämlich sinkende öffentliche Zuweisungen vonseiten des Landes, Personalabbau, Spartenabbau, Fusionen von Häusern und auf der anderen Seite stetig steigende Betriebskosten der Theater und Orchester, dann muss ich sagen: Hut ab vor dem, was tagtäglich in den Theatern und von den Orchester immer noch, auch unter diesen Bedingungen geleistet wird. Das zeigt, das kleine Thüringen - und da gebe ich Hans-Jürgen Döring durchaus recht - hat große Theatertradition, und das nicht nur an ganz wenigen, sondern an ganz vielen Orten.

Das Land allein zahlt jährlich knapp 60 Mio. € für Zuschüsse an Theater und Orchester. 4,8 Mio. € werden zudem für Investitionen an Theatern und Orchestern bereitgestellt. Das wichtige und große Problem, über das wir aber reden müssen, ist - das hat Frau Dr. Klaubert eben in ihrem Beitrag schon angesprochen -, dass die Finanzierung nur bis zum Ende des Jahres 2012 überhaupt gesichert ist und es dringend Klarheit braucht, wie es weitergeht.

Denn die Theater und Orchester brauchen Planungsvorlauf, um ihre Vorhaben entsprechend zu realisieren; teilweise - das wissen wir auch - bis zu eineinhalb Jahre, um für Produktionen die entsprechenden Verträge zu machen. Da muss natürlich auch ich Sie, lieber Herr Minister Matschie, daran erinnern, dass Sie zum Ende des I. Quartals 2011 bereits Vorschläge für die künftige Theater- und Orchesterfinanzierung auf den Tisch legen wollten. Die sind uns bisher nicht bekannt. Auch im Ausschuss und auf diverse Kleine Anfragen, die unter anderem auch ich gestellt habe, gibt es dazu keine Aussagen. Stattdessen durften wir aber am 11. Juni in der Zeitung nachlesen, wie die künftige Theater- und Orchesterstruktur aussehen soll.

Wie aber soll sie aussehen? Alle Sparten und Standorte sollen erhalten bleiben, aber mehr Geld soll es nicht geben. Der Fördertopf soll dreigeteilt werden. So wird einerseits unterschieden in überregional bedeutsame Einrichtungen und in regional wirksame Einrichtungen. Außerdem, konnten wir nachlesen, soll es ein Staatsballett geben, in dem auch die Geraer Tanzkompanie aufgehen soll. Die Landesförderung soll insgesamt moderat erhöht werden. Die große Frage ist: Was heißt das konkret, was heißt das in Zahlen? Die überregional bedeutsamen Theater sollen anteilig stärker bedacht werden. Bei den kleineren Einrichtungen sollen sich die kommunalen Träger mehr einbringen. Wir wissen aber auch, dass das Vorhaben, die Kommunen, die kein Theater oder Orchester selbst haben, über den kommunalen Finanzausgleich zu beteiligen - Minister Matschie -, mehr oder minder am Widerstand des Landkreistages gescheitert ist. So bewerten wir das jedenfalls.

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaubert, DIE LINKE:
Am Koalitionsvertrag.)

Zugleich fordert Herr Minister Matschie den schrittweisen Ausstieg aus den Haustarifmodellen und eine Angleichung an den Flächentarif. Bis Mitte Juli sollen die Verhandlungen zu den Finanzierungsverträgen zu Ende gebracht werden. Was das Finanzministerium allerdings dazu sagt - leider ist Herr Voß jetzt nicht da -, ist auch noch völlig unklar. Wir jedenfalls befürchten, dass diese Ausgangslage der Beginn von weiterem Personalabbau ist und dass gerade die Kommunen und die Landkreise die Tarifsteigerungen allein mitnichten kompensieren können. Hier braucht es endlich ein Konzept und Planungssicherheit.

Wir wissen alle, dass es gemeinsame Kraftanstrengungen braucht, um die vielfältige Theater- und Orchesterlandschaft in Thüringen zu erhalten. Uns muss es, meine ich, darum gehen, gemeinsam zu schauen, wo Entwicklungspotenziale liegen und wie wir unsere Marketingaktivitäten gegebenenfalls verbessern können. Für uns ist jedenfalls klar: Die Theater- und Orchestervielfalt wird dauerhaft auf

(Abg. Rothe-Beinlich)

dem Finanzierungsniveau, wie wir es jetzt haben, nicht überleben können. Unsere Fraktion wird daher auch eigene Vorschläge einbringen, wie die Kulturförderung insgesamt nachhaltiger gestaltet werden kann. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Jörg Kellner.

Abgeordneter Kellner, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Aktuelle Stunde heute zu nutzen, um das Thema zu beraten, ist ein spannendes, denn dieses Thema ist in Thüringen sicherlich eines, was die meisten heute bewegt in der Diskussion um Strukturreformen unserer Theater und Orchester. Es wird immer sehr emotional beraten. Man merkt es auch schon an den einzelnen Redebeiträgen, wie schwierig die finanzielle Lage der Theater und Orchester ist, wie schwierig aber auch eine Veränderung der Struktur ist, so dass sie langfristig und zukunftssicher ist. Beides ist das Ziel. Leider habe ich bisher noch nicht so viel davon gesehen und gehört. Ich habe meine Informationen auch aus der Zeitung und war überrascht, dass ich dieses aus der Zeitung entnehmen musste. Die Vielfalt in Thüringen ist, denke ich, unbestritten. Das haben alle Vorredner schon gesagt und auch Minister Matschie hat noch im Februar mitgeteilt, ich zitiere: „Die Thüringer Kultur lebte und lebt immer von ihrer regionalen Vielfalt, Originalität und künstlerischen Vielströmigkeit.“ Und weiter: „Ich will keine neue Standortdebatte, das hat einen wichtigen Hintergrund. Zur kulturellen Identität Thüringens gehört, dass es aus der Tradition kleiner Fürstentümer mit vielen Residenzstädten kommt. Sie haben über Jahrhunderte ihre ganz eigene kulturelle Ausprägung entwickelt.“ Das - muss ich sagen - trifft es auf den Punkt und hat aber auch die Brisanz, dass wir diese kulturelle Landschaft und diese Vielfalt auch erhalten wollen und auch erhalten müssen. Ich werbe dafür und wir werden uns dafür stark machen, dass es auch dabei bleibt. Denn das darf man nicht vergessen, diese Vielfalt ist ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor für unsere Region, für unser Land Thüringen. Diese Vielfalt sind nicht nur die Leuchttürme, die auch schon angesprochen wurden, wie Erfurt und Weimar, Kultur in Thüringen ist viel mehr.

(Beifall CDU)

Ich habe Angst, dass man unter Umständen die Fläche vergisst, die sogenannten überregional bedeutsamen Standorte, die hier in die Diskussion eingebracht wurden, ohne das abschließende Konzept zu kennen. Es wäre sicherlich hilfreich gewe-

sen, das Konzept zu kennen, um hinterher über regional bedeutsame oder weniger bedeutsame Bereiche zu sprechen.

Meine Damen und Herren, kulturelle Vielfalt auf der Breite ist ein Pfund, mit dem man wuchern muss, und es ist auch unser Auftrag, dieses zu erhalten. Wenn wir diese Diskussion natürlich im Zusammenhang mit der finanziellen Betrachtung in Verbindung sehen und vor allem die Forderung, Flächentarif einzuführen in diesem Bereich, so wird es für viele Kommunen nicht leistbar sein, diese Aufwüchse allein zu leisten oder vielleicht auch nur anteilsweise.

Ich möchte einmal ein Beispiel nennen, was das bedeuten würde. Wenn die Philharmonie Gotha Flächentarif zahlen müsste, würde das Mehrkosten von 600.000 € jährlich bedeuten. Dies ist eine Größenordnung, die momentan in der Form nicht leistbar ist. Wir haben beschlossen, wir stehen zu dieser Philharmonie. Der Kreistag hat seine Finanzierung für die nächsten fünf Jahre festgelegt auf den ursprünglichen Satz. Aber alle Mehrkosten erschweren die Finanzierung beträchtlich und es birgt die Gefahr, dass durch Stellenabbau zum Beispiel Orchester und Theater nicht mehr die Leistung vollbringen und erbringen können, die man von ihnen erwartet.

Meine Damen und Herren, ich denke, es ist an uns allen, hier möglichst viel dazu beizutragen, dass die Theater- und Kulturlandschaft auch weiter diese Qualität und den Stand hat. Dazu gehören natürlich auch entsprechende Mittel. Ich möchte an der Stelle noch einmal sagen, es hilft nicht der Blick zurück auf Prof. Goebel und auf Vorregierungen zu schauen, uns hilft letztendlich nur der Blick nach vorn.

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaubert, DIE LINKE:
Helfen tut das wirklich nicht.)

Das ist einfach so. Die Realität ist heute und hier zu betrachten und das ist auszubauen und fortzuführen. Ich wollte es nur erwähnen, weil, Frau Dr. Klaubert, das hilft uns überhaupt nicht, wenn man nach hinten schaut. Wir schauen nach vorn und hoffen, dass wir auf einem guten Weg sind. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Für die FDP-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Marian Koppe.

Abgeordneter Koppe, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. „Wie weiter mit den Thüringer Theatern und Orchestern ab 2013?“ - der Titel der Aktuellen Stunde der Fraktion DIE LINKE. Ich würde gern mit einem Zitat beginnen, das folgenden Inhalt hat: „Wir wollen die traditionsreiche Thüringer Theater- und Orchesterlandschaft langfri-

(Abg. Koppe)

stig erhalten. Auf der Basis eines umfassenden Strukturkonzepts sowie in enger Zusammenarbeit mit den Trägern der Theater und Orchester werden wir deren Bestand, Attraktivität und Finanzierbarkeit sichern. Das Land Thüringen hat eine besondere Verantwortung für seine einmalige Kulturlandschaft.“ Dies ist nachzulesen im Landtagswahlprogramm der SPD von 2009, wen es genauer interessiert, unter dem Punkt „Kultur“, Seite 29. Jetzt könnte es den einen oder anderen geben, der sagt, ich lese mir das genauer und komplett durch. Ich empfehle jedem, die Onlinesuche nicht auszuprobieren, weil Sie es nicht mehr finden werden. Jetzt kann man sich einmal fragen, warum? Jetzt frage ich Sie, Herr Minister: Haben Sie das eventuell nach der letzten Landtagwahl aus dem Onlineportal Ihrer Partei nehmen lassen? Wenn ja, würde mich dann vielleicht einmal der Grund interessieren.

(Beifall FDP)

Falls es aber Interessenten gibt, wir haben uns noch ein Exemplar gesichert, da ich nicht annehme, dass jeder noch das Landtagswahlprogramm der SPD von 2009 hat. Interessenten können sich gern bei mir melden.

(Beifall FDP)

Jeder einzelne Punkt aus dem Landtagswahlprogramm im Titel Kultur ist aus unserer Sicht entweder nicht umgesetzt oder wenn, dann im kompletten Gegenteil.

(Beifall FDP)

Zum einen ist vom langfristigen Erhalt von Theatern und Orchestern überhaupt nichts zu sehen, es sei denn, Herr Minister, Sie meinen langfristig bis 2013. Zum Zweiten liegt uns, vielleicht im Gegensatz zu den Medien, noch kein neues Strukturkonzept vor. Das alte datiert immer noch aus dem Jahr 2009. Nach meinen Informationen gibt es auch noch keine offiziellen Aussagen an die Theater und Orchester. Besonders bemerkenswert ist: Die besondere Verantwortung, die sich die SPD 2009 ins Wahlprogramm geschrieben hat, nimmt aus meiner Sicht und aus unserer Sicht der zuständige Minister durch große Passivität überhaupt nicht wahr.

(Beifall FDP)

Wie sehen denn nun die Pläne des Ministeriums, die wir ja - wie ich schon sagte - bisher nur aus den Medien kennen, aus? Manche nennen es auch Leitlinien. Die Summe aller Zuweisungen an Theater und Orchester wird laut Medien nicht erhöht. Die Zuweisungen, die einzelnen, an die Häuser, können sich schon verändern. Jetzt zitiere ich aus der TA vom 18.05.: „Man biete allen Verhandlungspartnern einen ‚finanziellen Beitrag‘ für die ‚Rückkehr zum Flächentarif‘ an, verkündet Kulturstaatssekretär Thomas Deufel.“ „Man biete allen Verhandlungspartnern einen ‚finanziellen Beitrag‘ für die

‚Rückkehr zum Flächentarif‘ an ...“ - man möge sich diesen Satz mal ganz genau durch den Kopf gehen lassen. Dies betrifft im Übrigen sieben von zehn Häusern in Thüringen, die einen eigenen Haustarifvertrag haben. Ein Schelm ist aus meiner Sicht, wer dabei Böses denkt.

Eine Rückkehr zum Flächentarifvertrag bedeutet höhere Kosten für die Häuser, die die höheren Zuweisungen, selbst wenn sie sie erhalten, wieder aufzehren werden. Es kann unserer Meinung nach bei einem Verteilungswettbewerb unter den Häusern nur Verlierer geben.

(Beifall FDP)

Die Folge, die sich aus den genannten Punkten für uns ergibt: Die Häuser befinden sich im Konkurrenzkampf um die knappen Landesmittel. Die Häuser, bei denen reduziert wird, müssen Sparten schließen. Wenn es so wäre, dass man Schnitte tun muss, dann muss es ein Konzept geben, wo dieses geregelt ist und worüber man auch reden kann und worauf sich jeder rechtzeitig einstellen kann.

(Beifall FDP)

Es braucht zunächst also ein Entwicklungskonzept, bevor nun wieder begonnen wird, Theater und Orchester finanziell unter Druck zu setzen. Dieses Finanzierungskonzept oder dieses Strukturkonzept fand sich, wie bereits erwähnt, im Landtagswahlprogramm der Sozialdemokraten.

(Zwischenruf Abg. Huster, DIE LINKE: Vermögenssteuern.)

Der Kultusminister, oder jetzt Bildungsminister, aber auch zuständig für Kultur, muss einfach nur sein Versprechen einlösen. Dann können wir uns auch sachlich über die Fakten in der Diskussion stellen, Herr Machnig. Unsere Forderungen, Herr Machnig, nein - sehen Sie, da habe ich schon Herr Machnig gesagt -, Herr Matschie, legen Sie nicht nur den Medien, sondern legen Sie diesem Hohen Haus ein Strukturkonzept vor, worüber man sich unterhalten kann.

(Beifall FDP)

Dann werden Sie merken, Sie haben viele, viele in demselben Boot und vielleicht rudern wir sogar in die gleiche Richtung. Denn was ich nicht will, sind Leuchttürme, wie Erfurt und Weimar, und alle anderen Regionen sind gezwungen mit weniger finanziellen Mitteln ein qualitativ hochwertiges Programm

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Koppe, FDP:

auf die Beine zu stellen. Vielen Dank.

(Abg. Koppe)

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Gibt es weitere Wortmeldungen seitens der Abgeordneten? Das sehe ich derzeit nicht. Herr Minister Matschie, bitte schön, für die Landesregierung.

Matschie, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, vielleicht vorab, Herr Koppe, das, was wir ins Landtagswahlprogramm geschrieben haben, meinen wir ernst. Wir haben auch dazu entsprechende Vereinbarungen in der Koalitionsvereinbarung, dort kann man das auch nachlesen. Wenn Sie es noch ein bisschen ausführlicher beschrieben haben wollen, schauen Sie sich noch mal die erste Regierungserklärung der Ministerpräsidentin zur Kulturpolitik, zur Theater- und Orchesterlandschaft hier in Thüringen an.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, es ist jetzt mehrfach darauf hingewiesen worden, wir haben eine sehr spezielle Kulturlandschaft hier in Thüringen. Dabei ist es sicher so - Hans-Jürgen Döring hat das auch noch einmal deutlich gemacht -, dass sich einzelne Häuser mit ihren Etats sicher nicht mit den ganz großen Häusern in Deutschland messen können, und trotzdem ist unsere Kulturlandschaft einzigartig, nämlich in ihrer Dichte, in ihrer Vielfalt. Dahinter steht eine jahrhundertealte Tradition und wir müssen jetzt versuchen, dieser Tradition auch gerecht zu werden mit dem Struktur- und Finanzierungskonzept für die Zukunft.

(Beifall SPD)

Zu dieser Tradition in Thüringen gehört auch, dass es wieder einmal in Thüringen war, als das erste deutsche Hoftheater mit festem Ensemble gegründet wurde und mit klarem Budget. Es gab dann einen Theateretat in der herzoglichen Kammer, das war in Gotha 1775. Die Kenner wissen auch - ich sehe schon den Gothaer Abgeordneten ganz aufgeregt auf seinem Stuhl hin und her rutschen -, die Kenner wissen auch, der Theaterdirektor hieß damals Ekhof und ist ja auch heute noch der Namensgeber dieses Theaters. Dazu, wenn man ein bisschen tiefer in die Gesichte schaut, gehört auch, dass man feststellt, die Debatte, die wir im Moment führen, ist zu allen Zeiten geführt worden, von Anfang an, wenn es um Theater, um Orchester ging, um Finanzierung und Strukturen. Das Wort „Fusion“ wird ja in Thüringen nicht mehr in den Mund genommen, wenn es um die Theater- und Orchesterlandschaft geht. Aber ich darf Ihnen vielleicht mal zum Besten geben, was der Theaterdirektor Ekhof seinerzeit in Gotha am ersten deutschen Hoftheater mit festem Ensemble an die Herzogin Anna Amalia schrieb, Namensgeberin der Bibliothek in Weimar.

Er schreibt ihr folgenden Vorschlag: „Mein Gedanke war, wenn bei dem guten Einvernehmen, worin beide Höfe stehen, es tunlich und annehmlich wäre, dass beide sich vereinbaren, eine Gesellschaft zu errichten, sie gemeinschaftlich salarieren und alternativ die Gesellschaft in Weimar und Gotha spielen ließen. Die Vorteile wären, dass jedem Hofe in der Ausgabe jährlich nur die Hälfte der Unterhaltung zufiele.“ Also auch damals wurde natürlich schon über Strukturen, Finanzierung, Kooperationen, gemeinsame Unternehmungen diskutiert. Ich glaube, es ist damals auch nicht auf den Weg gekommen.

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Die Weimarer wollten nicht.)

„Die Weimarer wollten nicht“, ruft der Gothaer Abgeordnete.

(Heiterkeit SPD)

Ich sage Ihnen das als Beispiel, um einmal zu verdeutlichen, dass diese Debatte dazugehört.

Ich will Ihnen noch ein zweites Beispiel geben aus dem Ende der 20er-Jahre. Dort gab es ein Gutachten des Reichssparkommissars über die Theaterverhältnisse und dort heißt es - ich darf das auch zitieren -: „Zwingende Gründe zu einer grundlegenden Reform des thüringischen Theaterwesens liegen vor. Sie sind finanzieller Natur und sollen im Folgenden erläutert werden.“ Ich will jetzt die Erläuterungen nicht folgen lassen, aber es gibt noch einen klugen Satz, den die Gutachter dort damals auch schon formuliert haben, der heißt: „Die psychologische Bedeutung, die einer solchen Verbundenheit von Theater und Zuhörerschaft in Thüringen beizumessen ist, kann kaum hoch genug eingeschätzt werden.“ Sie sehen also, meine Damen und Herren, die Debatte über Strukturen, Finanzierung, die besondere Thüringer Kulturlandschaft hat uns durch die Jahrhunderte begleitet und immer wieder auch neue Lösungen hervorgebracht. Frau Rothe-Beinlich hat es dankenswerterweise eben noch einmal beschrieben: Unsere Theater- und Orchesterlandschaft besitzt eine hohe Attraktivität und sie ist hoch leistungsfähig und wir müssen dafür sorgen, dass diese hohe Attraktivität und Leistungsfähigkeit auch in der Zukunft erhalten bleibt.

Was haben wir in den letzten Monaten getan, um hier zu Ergebnissen zu kommen? Wir haben zunächst einmal in einer ersten Runde mit den Intendanten der Theater und Orchester und den Trägern zusammengesessen und langfristige Entwicklungskonzepte diskutiert und gesagt, legt doch mal eure Überlegungen auf den Tisch, wie kann das in den nächsten Jahren hier in Thüringen aussehen. Wir haben dann in einem Spitzengespräch mit den kommunalen Trägern eine Arbeitsgruppe vereinbart. In dieser Arbeitsgruppe saßen Vertreter der Städte, der Landkreise, die kommunalen Spitzenverbände, der Bühnenverein, das Innenministerium

(Minister Matschie)

und natürlich auch mein Haus. Ziel der Arbeitsgruppe war es, Kriterien zu definieren, nach denen sich die Fördergrundsätze bestimmen lassen, denn es ist klar, dass es hier unterschiedliche Positionen gibt. Wir wollten versuchen, eine gemeinsame Linie darin zu finden und nicht nur jede einzelne Einrichtung isoliert zu betrachten.

Diese Arbeitsgruppe hat einen grundsätzlichen Strukturvorschlag gemacht, nämlich gesagt, wir müssen die Theater und Orchester nach unterschiedlichen Kategorien in Thüringen betrachten, sie sind nicht alle untereinander vollständig vergleichbar. Es gibt Häuser, die sehen ihre eigene künstlerische Ausrichtung sehr stark auf die konkrete Region und auf lokale Zielgruppen zugeschnitten, und es gibt Häuser und Einrichtungen oder Sparten, die sehen ihre Bedeutung vor allem überregional, mit nationalem Anspruch. Wir können Häuser, die solche unterschiedlichen Perspektiven für sich selbst definieren, nicht gleich behandeln, sondern wir müssen schauen, wie wir mit dieser Unterschiedlichkeit umgehen. Wir haben diesen Zuordnungsvorschlag in persönlichen Gesprächen mit den Intendanten, auch mit den Trägern besprochen. Alle haben sich in dieser Zuordnung am Ende auch wiedergefunden und haben sie auch unterstützt und sagen, das ist ein sinnvolles Strukturelement. Das war der erste wichtige Schritt, den wir gemacht haben, nämlich dem Ganzen eine neue Struktur zu geben, die genau beschreibt, wie die Förderung aufgebaut sein kann. Dieser Struktur sollen unterschiedliche Förderlinien entsprechen. Wir wollen eine Förderlinie machen für die Häuser und Einrichtungen, die sich unmittelbar auf die Region beziehen, auf das lokale Publikum, und wir wollen eine Förderlinie machen für die Einrichtungen und Häuser, die mit einem nationalen oder überregionalen Anspruch ihre Arbeit ausrichten.

Warum schlagen wir das vor? Ich möchte nicht, und das hat Herr Koppe hier befürchtet, dass wir Große gegen Kleine ausspielen, dass wir sagen, am Ende müssen, wenn wir große Leuchttürme erhalten wollen, die kleinen Einrichtungen dafür bluten. Deshalb machen wir zwei unterschiedliche Förderlinien. Wir schaffen damit Transparenz in der Förderung und ordnen die Häuser diesen Förderlinien zu. Damit haben wir das erste Mal eine längerfristige Förderperspektive beschrieben, die der Eigenart der Häuser auch gerecht wird. Und ja, wir haben in den Verhandlungen auch mit den Trägern diskutiert, wie sieht es aus mit der Rückkehr zum Flächentarifvertrag? Ich finde, das gehört in solche Gespräche auch hinein. Es kann doch nicht sein, dass wir überall sonst im Leben akzeptieren, dass es Tarifverhandlungen und Tarifsteigerungen gibt, aber bei Theatern und Orchestern plötzlich sagen, die kommen auch ohne Tarifsteigerungen aus. Sie wissen ja auch, dass es zum Teil Haustarifverträge gibt, die dafür gesorgt haben, dass die Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter seit vielen Jahren gar keine Gehaltserhöhungen gehabt haben. Das kann nicht die Entwicklungsperspektive sein. Deshalb haben wir gesagt, wir wollen mit allen Beteiligten auch darüber reden: Gibt es Wege der Rückkehr zum Flächentarifvertrag?

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Da braucht man mehr Geld.)

Ja, Frau Rothe-Beinlich, Sie haben genau den Punkt getroffen, das bedeutet auch mehr Geld,

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wenn man zum Flächentarifvertrag zurückkehren will, und auch darüber haben wir mit den Trägern geredet. Es ist ja nicht so, dass wir aus Erfurt heraus allein bestimmen können, was dort passiert, sondern die Häuser sind in kommunaler Trägerschaft zum allergrößten Teil. Wir sind die Zuschussgeber und müssen deshalb mit den Trägern eine gemeinsame Linie finden.

Eines möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal klarmachen: Ohne das kommunale Engagement kann unser Wille, der hier auch von allen Fraktionen geäußert worden ist, nämlich die Vielfalt und Dichte der Thüringer Theater- und Orchesterlandschaft zu erhalten, nicht in die Tat umgesetzt werden; es geht nur gemeinsam.

(Beifall SPD)

Es kann auch nicht sein, dass die Kommunen rufen, Land, mach mal, wir können nicht mehr. Auch das Land ist in einer äußerst schwierigen Haushaltssituation ebenso wie die Kommunen und wir können nur auf beiden Seiten sagen, trotz schwieriger Haushaltssituation sind wir bereit, bestimmte Mittel in diesen Bereich der Kulturförderung zu geben, weil wir davon überzeugt sind, dass wir das für eine gute Entwicklung in Thüringen brauchen.

Ich persönlich bin der Auffassung - ich habe das hier auch schon mehrfach deutlich gemacht -, dass diese Kulturlandschaft ein Wesensmerkmal dieses Landes ist, dass sie Identität bedeutet, die eine Stärke dieses Landes ausmacht. Deshalb sage ich auch noch einmal, ich habe nie über Strukturveränderungen geredet, die dazu führen, dass diese Identität rasiert wird, infrage gestellt wird, sondern die Strukturveränderung, die wir vorschlagen, ist eine Zuordnung in neue Förderlinien. Natürlich diskutieren wir auch in den einzelnen Standorten über den Umfang der Angebote. Da bitte ich Sie einfach auch um Verständnis, wir sind noch mitten in den Gesprächen. Jeder, der schon einmal Verhandlungen geführt hat, weiß das, dass man deshalb nicht an dieser Stelle schon über Details reden kann. Ich habe Ihnen die Grundlinien deutlich gemacht, denen diese Gespräche folgen. Ich persönlich bin nach dem, was wir bisher besprochen haben, zu-

(Minister Matschie)

versichtlich, dass uns eine solche Neuregelung gelingen kann. Die Signale, die wir aus den Kommunen haben, auch einen eigenen Beitrag dazu zu leisten, die sind positiv. Mein Ziel ist es, dass wir bis Mitte Juli dann auch unterschriftsreife Vereinbarungen vorlegen können. Mein Wunsch ist, dass das, was wir dort tun, um diese Theater- und Orchesterlandschaft zu erhalten, dann auch, wenn es um Haushaltsdebatten geht, hier im Landtag mitgetragen wird. Das Ganze kann auch nur mit Ihrer Unterstützung gelingen. Sie sind Haushaltsgesetzgeber, Sie werden am Ende darüber entscheiden, wie viele Mittel für diese Aufgabe zur Verfügung stehen. Deshalb bitte ich Sie um Ihre deutliche Unterstützung, so, wie sie jetzt auch in der Aktuellen Stunde zum Ausdruck gekommen ist.

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Erneut zu Wort gemeldet hat sich Frau Dr. Klaubert. Bitte schön.

Abgeordnete Dr. Klaubert, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Minister, den Ball, den Sie jetzt hingelegt haben, den muss man schon in das Tor schießen. Sie haben an dieses Hohe Haus appelliert, man möge so, wie jetzt die Debatte gelaufen ist, zur Frage der zukünftigen Finanzierung der Theater und Orchester auch im Haushaltsgesetzgebungsverfahren entscheiden. Gern kann ich Ihnen sagen, von unserer Seite haben Sie die Unterstützung. Wir hatten beim letzten Haushalt schon einen Verpflichtungsermächtigungsantrag für die Jahre ab 2013 gestellt. Ich kann mich nicht erinnern, dass aus der Regierungskoalition dort irgendeine Stimme Ja gesagt hätte zu einem solchen Antrag. Wäre das damals geschehen, stünden wir heute besser da.

(Beifall DIE LINKE)

Eins kann ich nur sagen: Zwei Dinge wundern mich sehr. Eins, dass der Finanzminister zu Beginn dieses Plenums hier Platz genommen hatte und offensichtlich vor dem Hintergrund seiner eigenen Verantwortung im Kabinett dieses Haus wieder verlassen hat. Ich denke, das ist eine Debatte, die wir nicht nur mit dem Minister für Kultur führen müssen, sondern - ich habe es vorhin gesagt - mit dem ganzen Kabinett und insbesondere mit dem Finanzminister.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund verwundert mich auch, dass insbesondere aus den koalitionstragenden Fraktionen Reden kommen, als ob sie die Opposition aufgeschrieben habe. Es wundert mich auch, dass offensichtlich der Koalitionspartner in Gestalt

von Herrn Kellner weniger weiß als das, was sich so durch die Lande gesprochen hat, ohne dass man die Zeitung liest.

Herr Minister, Sie sprechen von den unterschiedlichen Förderlinien, die Sie jetzt erfinden wollen. Das mag alles eine Überlegung sein und das mag, wie Sie jetzt dargestellt haben, auch aus den Häusern kommen. Aber sind Sie denn wirklich der Meinung, dass man überregionale Bedeutung in Erfurt, in Weimar und in Meiningen hat und in Altenburg und in Rudolstadt nicht? Wer kommt denn auf solche Ideen? Die sind doch mit nichts zu begründen und die stimmen auch nicht mit dem überein, was jetzt die Kollegen aus den Koalitionsfraktionen gesagt haben. Und sie stimmen auch nicht mit dem eindeutigen Bekenntnis überein, welches Sie noch einmal abgegeben haben, dass die kulturelle Vielfalt die Stärke dieses Landes eigentlich ausmacht. Wissen Sie, wir können jetzt, nachdem wir nachgefragt und eine Aktuelle Stunde am heutigen Tag beantragt haben, nur einen Antrag ins Plenum bringen. Ich kann Ihnen versprechen, dass wir das auch tun werden. Dort werden wir darauf eingehen müssen, wie ein erhöhter Finanzbedarf aus den Häusern auch durch die Landesregierung, sprich dann mit der Unterstützung des Gesetzgebers, in die Gänge kommt. Ansonsten können Sie reden mit den Trägern, mit den Intendanten, mit sonst wem - zum Kulturforum reden Sie schon gar nicht mehr darüber, nein, darüber haben Sie noch nie geredet, über die Theater und Orchester -, Sie können reden, wie Sie wollen, der Flächentarifvertrag nach der 3. Periode der Existenz eines Haustarifvertrags ist kein Peanutsbetrag. Er ist nicht von den lokalen Trägern in Eisenach, in Weimar, in Rudolstadt, in Saalfeld oder in Altenburg oder wo auch immer aufzubringen. Dann müssen Sie umsteuern, dann müssen Sie Strukturveränderungen vornehmen. Unser Vorschlag lag dazu auf dem Tisch. Wir haben ihn „Solidarischen Kulturförderausgleich“ genannt und Sie haben ihn abgelehnt. Also werden wir solche Vorschläge wiederholen müssen und dieses Parlament auffordern, nicht nur in Sonntagsreden das Bekenntnis zu den Theatern und Orchestern hier abzugeben, sondern dem Ganzen auch Taten folgen zu lassen.

Frau Präsidentin, Sie haben von der Wolfsburger Erklärung der Präsidentenkonferenz deutschsprachiger Länder gesprochen. Da kann ich Ihnen nur sagen, wir dürfen dieser Regierung das alleinige Herumwursteln nicht mehr durchgehen lassen;

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dann müssen wir als Parlament aktiv werden. Ich kann Ihnen von meiner und unserer Seite versprechen, wir werden dabei in die Offensive gehen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Minister Matschie, bitte schön.

Matschie, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Frau Kollegin Klaubert, ich muss mich schon wundern, dass Sie hier gegen die Rückkehr zum Flächentarifvertrag wettern und dagegen, dass wir das in den Gesprächen eingebracht haben.

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaubert, DIE LINKE: Ich habe gesagt, wir brauchen dafür mehr Geld.)

Ich hatte eigentlich erwartet, dass gerade von der LINKEN eine Unterstützung kommt, wenn es um Flächentarifverträge geht.

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaubert, DIE LINKE: Die können Sie gleich haben.)

Jetzt ist das aber auch ein bisschen eine schizophrene Argumentation, ich sage das mal so offen.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Für „schizophren“ habe ich beim letzten Mal einen Ordnungsruf erhalten.)

Sie sagen, die Kommunen sind nicht in der Lage, die Mittel für die Tarifverträge aufzubringen. Wenn die Kommunen, die ja an Tarifverträge gebunden sind, nach Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst die Gehälter erhöhen, in ihrer Verwaltung, in ihren nachgeordneten Bereichen, wieso können sie das beim Theater dann nicht? Warum ausgerechnet da nicht? Ich finde, wir sollten hier wirklich eine offene Debatte führen,

(Beifall SPD)

wenn wir sagen, wir wollen den Versuch unternehmen und möglichst zum Flächentarifvertrag zurückgehen. Wenn es Gründe gibt, die das absolut nicht zulassen, dann muss man das akzeptieren. Aber erst mal muss der Wunsch und der Wille da sein, das gemeinsam auf den Weg zu bringen; allerdings nicht so, dass die Kommunen sagen, Land zahl mal, sondern, dass sie selber auch sagen, das ist mein Beitrag dazu. Anders kann es doch nicht gehen.

Frau Klaubert, Sie haben gesagt, wenn Sie sich durchgesetzt und eine Verpflichtungsermächtigung in den Haushalt geschrieben hätten schon für die nächsten Jahre, wären wir besser dran. Nein, das wären wir nicht. So erfahren sind Sie doch auch in Verhandlungssituationen. Wenn man vorher das Ergebnis auf den Tisch legt und sagt, das ist die Summe, dann hat man natürlich in Verhandlungen keine besonders guten Karten, wenn es darum geht, Spielräume auszuloten oder ein Gleichgewicht herzustellen zwischen Verhandlungspartnern, um am Ende zu einem sinnvollen Finanzierungser-

gebnis zu kommen, was für kommunale Träger und Land gleichermaßen akzeptabel ist. Deshalb haben wir gesagt, wir legen nicht vorher die Summe fest, sondern wir führen die Verhandlungen, wir sehen, wohin die Entwicklung geht, was notwendig ist, und dann, wenn wir den Überblick haben, welches Geld wir brauchen, um sinnvolle Theaterverträge abzuschließen, wird das Geld im Haushalt eingestellt. Ich finde, nur so herum wird wirklich ein Schuh daraus.

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaubert, DIE LINKE: Also auch mehr.)

Wenn wir mehr brauchen, dann werden wir am Ende darüber entscheiden und diese Summe im Haushalt einstellen müssen. Das hat aber nichts mit Verpflichtungsermächtigungen zu tun, die Sie vorher machen, sondern wir müssen erst verhandeln und dann sehen, wie viel Geld wir für eine sinnvolle Lösung brauchen.

Zum Schluss noch einmal zur Einordnung der Häuser, die Sie hier kritisiert und infrage gestellt haben. Die Häuser haben sich selbst eingeordnet in diesen Kategorien. Das, was Sie zu Gera und Altenburg in der Zeitung gelesen haben, stimmt selbstverständlich nicht. Das zeigt Ihnen auch, dass sich Journalisten manches zusammenreimen.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Das kann ich bestätigen.)

Sehen Sie, es gibt schon einige, die das bestätigen können. Gera-Altenburg ist selbstverständlich in der Kategorie mit überregionaler Bedeutung und nationalem Anspruch. Noch einmal, das ist nichts, was wir den Häusern aufgedrückt haben, sondern was in den Gesprächen mit den Häusern als sinnvolle Einordnung von allen Beteiligten akzeptiert worden ist. Jetzt bauen wir auf diese inhaltliche Ausrichtung die Förderlinien auf. Ich finde, das ist ein vernünftiger Weg und ich hoffe auf die Unterstützung, wenn es am Ende in die Haushaltsberatung geht.

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Danke schön, Herr Minister. Ich sehe eine weitere Wortmeldung des Abgeordneten Kellner der CDU-Fraktion. Bitte schön.

Abgeordneter Kellner, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, nicht dass man uns missversteht, wir sind nicht gegen einen Flächentarifvertrag. Wir würden das auch begrüßen, wenn die Künstler mehr bekommen, das ist gar keine Frage. Aber es kann nicht sein, dass das so einseitig in den Raum gestellt wird und letztendlich den Kommunen als Erstes aufgetragen wird. Ich habe ja eben vernommen, Herr Minister, dass

(Abg. Kellner)

Sie gesagt haben, man kann über alles reden, wo es Schwierigkeiten gibt. Ich hätte mir gewünscht und vielleicht kommt das auch noch bei der Strukturreform bzw. bei dem Konzept, dass man den Trägern und den Kommunen konkrete Angebote macht, worüber man auch ernsthaft reden kann. Jetzt die Forderung aufzumachen, Flächentarif ja, aber die Kommunen müssen es tragen, das wird draußen so nicht funktionieren. An der Stelle muss ich sagen, man ist ja bereit und man trägt ja auch schon sehr viel, die Kommunen leisten unwahrscheinlich viel mittlerweile, um die Theaterlandschaft und die Orchester aufrechtzuerhalten. Auch das sollte man mit betrachten. Wie gesagt, einem konkreten Angebot kann man sich nicht verschließen, aber im Moment steht das so nicht im Raum, sondern nur die Forderung, die Kommunen sollen das ausgleichen und das wird nicht funktionieren.

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich sehe, das ist nicht ... Doch. Herr Abgeordneter Blechschmidt, bitte schön.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Danke, Frau Präsidentin. Meine Damen und Herren, lieber Kollege Matschie, um noch einmal zum Tarifvertrag zu kommen, man kann auch sicherlich einiges missverstehen, aber so konnte man die Kollegin Klaubert nicht missverstehen,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass sie gegen Flächentarifverträge gewesen wäre, sondern sie hat deutlich gemacht, wenn wir dafür eintreten, Flächentarifverträge auch in Theatern und Orchestern anzustreben, wird das wirklich eine Stange Geld kosten. Dann muss man entsprechend dem, was die letzten drei, vier Perioden in den Theatern stattgefunden hat, wenn man es auffüllen will, eine große Stange Geld in die Hand nehmen, keine Frage. Danke, Herr Staatssekretär. Aber das ist nur eine Seite der Medaille. Wenn wir dann dieses auffüllen wollen und sagen, die Kommunen sollen sich daran beteiligen - da kann ich ganz konkret aus einer Kommune berichten, die sich sehr intensiv an dieser Finanzierung beteiligt, Erfurt -, hier muss ich sagen, das ist nur ein Teil des Problems. Das zweite Problem - und die Kosten steigen auch seit Jahren -, das sind die Sachkosten. Und auch da sollen die Kommunen noch ihre entsprechenden Beiträge leisten und da sind die Kommunen nicht mehr in der Lage, diese entsprechenden prozentualen Steigerungen - da geht es nicht um drei, vier oder fünf Prozent, sondern gegebenenfalls kommen wir dann auch an zweistellige Bereiche heran und wenn ich dann nur mal Erfurt als Beispiel neh-

me mit einer Finanzierung von fast 11 Mio. € und soll dann 10 Prozent draufsatteln, das ist schlechterdings für eine Kommune nicht mehr möglich. Herr Minister, ich verstehe auch die Position nicht ganz, wenn Sie sagen, wir müssen erst einmal verhandeln und dann sehen, was übrig bleibt, um dann zu sehen, was wir geben. Da ist vorhin ein Wort gefallen, das würde ich nicht wiederholen wollen, also das kann ich zumindest logisch nicht nachvollziehen, sondern ich muss doch gegenüber den Kommunen, wenn ich sage, ich will Flächentarifverträge haben und ich will gegebenenfalls etwas anderes noch ausgleichen, erst die Angebote machen und da muss ich danach sehen, was an Geld da ist oder was wir noch brauchen, um das zu finanzieren und nicht zu sagen, wir verhandeln erst mal möglichst runter auf 50 Mio. € und dann stimmen wir auch den Abschlüssen zu. Das geht so nicht und die Kommunen sind da am Ende angekommen. Ich kann Sie nur auffordern, die Vorschläge und die Diskussionen mit den Kommunen und den Trägern so zu führen, dass die Realitäten vor Ort wahrgenommen werden. Danke.

Präsidentin Diezel:

Herr Minister Matschie, bitte schön.

Matschie, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Herr Kollege Blechschmidt, ich will es noch einmal deutlich machen. Natürlich gehen wir in die einzelnen Gespräche mit den Einrichtungen, mit den Trägern mit konkreten Vorstellungen, die wir dort miteinander diskutieren. Das kann aber nicht Teil der öffentlichen Debatte sein, sondern das ist Teil der Gespräche, die wir führen, der Verhandlungen, die wir führen. Ich meine, das weiß doch nun jedes Kind, dass man solche Verhandlungen nicht auf dem Marktplatz führt, sondern dass man sich da zusammensetzt und schaut, dass man zu vernünftigen Entscheidungen kommt. Und natürlich ist klar, wenn es eine Rückkehr zum Flächentarif gibt, einige Häuser zahlen ja den Flächentarif, aber einige eben nicht. Und wenn es eine Rückkehr gibt oder eine Fortsetzung der Tarifsteigerung, dann ist klar, dass dafür Geld benötigt wird. Was ich hier nur deutlich machen will, Herr Blechschmidt, darum kann sich dann auch keiner herumogeln, der in der Kommune Verantwortung hat, im Stadtrat zum Beispiel, auch die Frage zu stellen, welchen Beitrag die Kommune dazu leistet. Auch das Land ist in einer äußerst angespannten Haushaltslage. Das werden wir noch diskutieren in den nächsten Monaten. Es ist ja nicht so, dass wir Geld übrig haben, was wir jetzt verteilen können. Ich akzeptiere, dass auch die Kommunen in einer schwierigen Lage sind, aber lösen können wir das Problem nur, wenn wir nicht den Schwarzen Peter hin und her schieben, sondern wenn wir gemeinsam versuchen, es anzu-

(Minister Matschie)

packen. Dazu dienen die Gespräche mit den Trägern, dazu braucht es die gemeinsame Kraftanstrengung, also auch das Versprechen der Kommunen, ihren Beitrag dazu zu leisten. Wenn das geschieht, dann, da bin ich sicher, werden wir auch zu einem Ergebnis kommen, was hier im Hause breit mitgetragen werden kann.

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann schließe ich den ersten Teil der Aktuellen Stunde und rufe auf den **zweiten Teil**

b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: „Guter Lohn für gute Arbeit - Differenzierung nach Ost- und West-Tariflöhnen beenden“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/2880 -

Als Erster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Bergemann von der CDU-Fraktion.

Abgeordneter Bergemann, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, anhand mancher Äußerungen im Vorfeld unserer heutigen Aktuellen Stunde konnte man schon die Überraschung erkennen, dass die CDU-Fraktion ein solches Thema „Guter Lohn für gute Arbeit - Differenzierung nach Ost- und West-Tariflöhnen beenden“ aufgerufen hat, aber ich meine, zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung ist es geboten, Lohnunterschiede zu beenden.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb geht es, glaube ich, in diesem Hause allen Fraktionen gleich. Man muss dafür sorgen, dass gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Ost und in West für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer endlich auch auf die Tagesordnung kommt. Das sollten wir gemeinsam tun. Deshalb haben wir heute auch versucht, es einzureichen mit dem Hintergrund, dass wir hier einen breiten Konsens finden. Ich glaube wohl, es ist richtig - das darf man auch sagen -, viele Jahre hat die Union darin einen Standortvorteil für die Entwicklung der Thüringer Wirtschaft gesehen. Ich erlaube mir die Bemerkung, wer die höchste Industriearbeitsplatzdichte und die niedrigsten Arbeitslosenzahlen auch über viele Jahre hin gelobt hat - das war so -, der muss auch sehen, dass es damals der richtige Weg war, aber wir alle wissen, die Zeit ist vorbei. Klar ist für mich, wer

gute Fachleute braucht, wer gute Arbeit haben will, der muss guten Lohn zahlen. Das ist der Grundsatz und es ist auch klar

(Beifall CDU)

- das ist auch die tiefste Überzeugung meiner Fraktion -, Verantwortung für die Höhe der Löhne tragen allerdings in erster Linie die Tarifvertragsparteien. Das sind die Arbeitgeber und das sind die Gewerkschaften.

(Beifall CDU, FDP)

Lohnabstände werden aber nicht nur durch unterschiedliche Tarifabschlüsse hervorgerufen, sondern es spielt schon eine entscheidende Rolle, wie ist die Tarifbindung. Leider ist diese bei uns in Thüringen dünn - 23, 24 Prozent Tarifbindung. Das ist ganz einfach zu wenig und das ist auch ein großes Problem. Fest steht, meine Damen und Herren, dass es auch viele Unternehmen gibt, die nicht nach Tarif bezahlen, und deshalb haben wir im Osten effektiv deutlich niedrigere Löhne als im Westen. Liebe Frau Kollegin Siegesmund, es sei mir gestattet ...

(Zwischenruf Abg. Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich habe doch noch gar nichts gesagt.)

Nein, aber Sie haben sich ja im Vorfeld deutlich geäußert und haben gesprochen von „amüsant“ bis „grotesk“, dass wir das einreichen. Ich fand das nicht so richtig klug, denn da sollte man ein bisschen Sachlichkeit walten lassen und Rundumschlag und all solche Dinge passen da nicht hin, weil die Zeit sich geändert hat.

(Beifall CDU)

Es hat auch in unseren Reihen immer Menschen gegeben,

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Einzelne schon.)

die sich für gute Arbeitsbedingungen der Leute eingesetzt haben. Ich will nur an dieser Stelle Norbert Blüm nennen, der 1997 unter einer Kohl-Regierung durchaus eine Debatte damals in Gang gesetzt hat. Natürlich ist das schwierig gewesen, völlig klar, aber nicht so pauschal bitte. Ich will noch einmal ein persönliches Beispiel nennen. Ich war 1990 - da waren Sie, glaube ich, 13 Jahre, wenn ich es richtig nachgeschaut habe -

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was soll denn das?)

Gesamtbetriebsratsvorsitzender in einem Betrieb mit weit über 7.400 Menschen und das war nicht einfach und da habe ich versucht, zu dem Zeitpunkt - Wolfgang wird das vielleicht noch wissen in unserer Verwaltungsstelle - gegen eine hundertprozentige Gleichstellung der Löhne anzugehen. Das war

(Abg. Bergemann)

der richtige Weg zu der Zeit. Wir hätten damals keine Chance gehabt, wir hätten viele ausgegründete und kleine Unternehmen, allein bei uns über 27 Ausgründungen in kleine Betriebe, die hätten die Aufträge nie bekommen. Das war eine völlig andere schwierige Zeit. Die ist vorbei, habe ich gesagt, der Blick nach hinten nützt nichts, das ist in Ordnung, aber es hätte für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu dem Zeitpunkt das Aus bedeutet. Natürlich, solche Entscheidungen sind auch immer im Einvernehmen mit den frei gewählten Betriebsräten getroffen worden zu dieser Zeit. Wie gesagt, Vergangenheitsrückblick nutzt nichts, man muss jetzt mal nach vorn schauen. Dass die Tarifvertragsparteien gefordert sind, das ist richtig. Man kann ja auch keinem Menschen erklären in der heutigen Zeit - ich will nur drei, vier Beispiele nennen - aktuelle Unterschiede in der Tarifentwicklung zwischen Ost und West. Leiharbeit haben wir besprochen - 6,69 zu 7,79 €; in der Pflegebranche relativ neu - 7,50 zu 8,50; in dem ganzen Elektrowerk als Baunebengewerbe, da sind es 8,40 zu 9,70; in der Gebäudereinigung 7 zu 8,55. Das ist doch völlig überholt, das kann man auch durch nichts begründen und es ist auch nicht zu verstehen.

Noch schwieriger finde ich es in der Ausbildung. Sonst wird ja immer die Produktivität als Faktor auch noch einmal hingestellt. In der Lehrlingsausbildung gibt es ja nun wirklich keinen Faktor, der an der Produktivität zu messen ist, auch da gibt es tarifweit Unterschiede.

(Beifall CDU)

Ich meine, da muss man für Veränderungen sorgen. Wenn wir in diesen neuen Ländern, bei uns über ein Drittel, was ja auch Statistiker sagen, Menschen in prekärer Beschäftigung haben - vorwiegend Frauen, die betroffen sind -, dann muss man sich zu Wort melden. Das wollten wir heute damit tun. Ich finde, wir müssen eine Debatte führen über gesellschaftlichen Wert der Arbeit, über Würde der Arbeit. Wir haben das, Herr Minister Machnig, auf Ihrer Veranstaltung, denke ich, auch sehr ordentlich führen können in dieser Debatte ohne soziale Tabus, ohne Populismus. Denn wichtig ist - das soll auch keine Worthülse bleiben - guter Lohn für gute Arbeit. Sie werden es verstehen oder akzeptieren, dass auch in der CDU-Fraktion gute Argumente dafür vorhanden sind. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, SPD)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Für die Fraktion DIE LINKE hat das Wort die Frau Abgeordnete Leukefeld.

Abgeordnete Leukefeld, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, verehrter Kollege Bergemann, ich gebe zu, als ich das gehört habe, habe ich zuallererst an Sie gedacht.

(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU: Danke.)

Ich weiß schon, dass es hier im Einzelfall durchaus ein Ziehen am gleichen Strick geben kann. Der breite Konsens, den können Sie sofort haben. Allerdings wundere ich mich, warum Sie dann nicht einen Antrag eingebracht haben,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sondern zum „schärfsten“ Mittel gegriffen haben, was wir parlamentarisch haben - die Aktuelle Stunde. Da frage ich mich natürlich, was ist so aktuell an der Aktuellen Stunde. Solange ich in diesem Landtag bin - das ist seit 2004 - wird jedes Jahr mehrfach thematisiert Niedriglohn, prekäre Beschäftigung, Einsatz für Mindestlohn. Da ist es eben wirklich so - das können Sie auch nachlesen, haben Sie sicher auch schon gemacht -, dass aus den Reihen der CDU immer das ganz klare Stopp und Halt und viel mehr gekommen ist. Aber vielleicht ist das Aktuelle ja daran gekoppelt, dass 70 Prozent der Befragten in der Bundesrepublik - das ist nachweislich - sich für gute Löhne, für faire Löhne, für Mindestlohn einsetzen oder dass jetzt die 34. Tagung der CDA gewesen ist, die Bundestagung, Überschrift „Sozial gerecht - Arbeit in Würde, altern in Würde“ und dort auch ein allgemeiner Mindestlohn beschlossen wurde. Allerdings - ich darf zitieren - steht in dem Beschluss: „Dabei ist es unser Ziel, spätestens in fünf Jahren - ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung - zu einer für Ost und West einheitlichen Höhe zu kommen. Denn auch mit Blick auf die neuen und die alten Bundesländer gilt unsere Forderung: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“ Sehr schön, aber nicht erst in fünf Jahren, sondern gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss hier und heute und überall und an jedem Ort gelten,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zwischen Frauen und Männern, zwischen Ost und West und auch zwischen Menschen, die hier zu Hause sind, die hier geboren sind, und ausländischen Menschen, die zu uns kommen.

(Beifall DIE LINKE)

Oder Sie sagen aktuell, weil eine ganze Reihe Experten - gerade was die gegenwärtige Entwicklung angeht - darauf aufmerksam machen, dass die Arbeitnehmer ja bislang kaum von der guten Konjunktur profitieren konnten. Das DIW hat dort erklärt, dass die Inflationsrate von 2,4 bis 3 Prozent da ist und dass Lohnzuwächse durch die Inflationsrate wieder aufgefressen werden; also es wird zu einem

(Abg. Leukefeld)

Reallohnverlust kommen, wenn wir nicht aufpassen. Ich glaube, dem muss entgegengesteuert werden. Das müssen wir einerseits der Wirtschaft sagen - selbstverständlich den Tarifpartnern -, aber Politik muss eben auch Rahmenbedingungen setzen, damit es Realität werden kann. Eines muss man auch noch einmal sagen: Dort, wo Tariflöhne existieren, ist eben die Lohndifferenz zwischen Ost und West nur gering; da ist der Ostlohn 96,1 Prozent vom Westlohn, während die Bruttolöhne im Westen eben immer noch 30 Prozent höher liegen. Da ist die Differenz zwischen Ost und West in Gänze noch sehr, sehr groß. Das ist unverständlich. Die Ursache ist genannt, das liegt an der geringen Tarifbindung.

Zu Herrn Mohring möchte ich noch einen Satz sagen, der das Ganze noch gleich verbinden will mit der Rentenangleichung Ost und West. Das sage ich Herrn Mohring - wenn er denn da wäre, so muss er es eben irgendwo hören -, das ist natürlich ein ganz langer Weg. Wir haben uns auf ganz was anderes einzustellen, nämlich auf Altersarmut. Das muss ich ganz klar sagen. Wer hier in prekärer Beschäftigung tätig ist, wer hier nur so wenig verdient - und wir haben jetzt gerade die Zahlen der Aufstocker noch einmal wahrnehmen können aus den Medien -, der wird keine gute Rente bekommen und die Rentenangleichung zwischen Ost und West wird ein sehr, sehr langer Weg sein. Deswegen müssen sie Ernst machen. Politik muss Rahmenbedingungen setzen. Wir brauchen einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Wir müssen prekäre Beschäftigung eindämmen und wir müssen dafür sorgen, dass Tariflöhne gezahlt werden, dass Gewerkschaften gestärkt werden, damit auch starke Verhandlungspartner da sind, und wir müssen dafür sorgen, dass von der Konjunktur die Menschen auch partizipieren, die die Werte schaffen. Wir, das kann ich Ihnen versprechen, werden demnächst noch einmal einen entsprechenden Antrag dazu einreichen und dann können Sie sich auch verhalten. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Als Nächster spricht für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Wolfgang Lemb. Bitte schön.

Abgeordneter Lemb, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben im Moment in der Bundesrepublik eine Lohnquote, die liegt bei 64 Prozent. Diese Lohnquote ist ein historisches Tief, dies hatten wir auch in den 20 Jahren nach der Wiedervereinigung nicht. Der eine oder andere wird wissen, dass es darum immer mal Debatten gab. Wir haben schon mal gehört, 70 Prozent ist der niedrigste

Stand. Wir liegen im Moment bei 64 Prozent Lohnquote. Insofern bin ich sehr dankbar für das, was Gustl Bergemann für die CDU-Fraktion gesagt hat und natürlich auch für die Aktuelle Stunde. Wir haben, glaube ich, bei der nächsten Aktuellen Stunde eine, die ist umschrieben von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN oder betitelt „Wer A sagt, muss auch B sagen“. „Wer A sagt, muss auch B sagen“ gilt natürlich nicht nur für die Energiewende, sondern „Wer A sagt, muss auch B sagen“ gilt auch für die Entwicklung der Löhne in Thüringen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An einer Stelle will ich Gustl Bergemann dann doch widersprechen, der in einem Nebensatz gesagt hat, das, was man mit Niedriglöhnen verbunden hat in den letzten Jahren, hatte seine Berechtigung. Ich glaube, Kollege Bergemann, das hatte so in dieser Form nie seine Berechtigung. Das hatte seine Berechtigung in bestimmten Stufen, bestimmte Angleichungsschritte vorzunehmen in den 90er-Jahren. Wir kennen das beide aus sehr praktischer Erfahrung. Aber die Definition Thüringens als Niedriglohngebiet hatte so in seiner Form nie die Berechtigung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Kollegin Leukefeld hat gesagt, wir müssen dafür sorgen, dass wir gleichen Lohn für gleiche Arbeit bekommen; wir müssen dafür sorgen, dass wir in der Zielsetzung, für gute Arbeit auch gute Löhne zu zahlen, vorankommen. Ich will das auch alles unterstützen. Ich will nur trotzdem versuchen, noch einmal ein etwas differenzierteres Bild aufzuzeigen, wo wir uns eigentlich bewegen. Wir haben auf der einen Seite natürlich die unterschiedlichen Branchen, Branchenstrukturen mit unterschiedlichen tarifvertraglichen Regelungen. Wir haben zum Zweiten das Thema der Leiharbeit mit unterschiedlichen Entgeltstrukturen zwischen den in Leiharbeit und den in Stamarbeit Beschäftigten. Wir haben 270.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Thüringen, also ein Drittel aller Beschäftigten, die ein Entgelt unter 8,50 € bekommen. Wir haben eine Vielzahl von nicht tarifgebundenen Betrieben. Gleichzeitig haben wir innerhalb der Tariflandschaft eine Vielzahl von einzelnen Tarifstrukturen, allgemein verbindliche Tarifverträge, Anerkennungstarifverträge, Haustarifverträge, Ergänzungstarifverträge, Überleitungstarifverträge, Sanierungstarifverträge und viele andere Dinge mehr. Warum sage ich das? Weil ich damit deutlich machen will, auch im Vorgriff auf das, was möglicherweise die Kollegen der FDP dazu zu sagen haben, dass wir eine sehr differenzierte Tariflandschaft haben und keineswegs ein einheitliches starres Tarifvertragssystem, wo sich alle Unternehmer irgendwie eingepreßt fühlen müssen. Nein, wir haben bereits heute eine sehr differenzierte Landschaft, die es uns ermög-

(Abg. Lemb)

licht, auf dem Weg „Guter Lohn für gute Arbeit, gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in der Tat voranzukommen.

Die entscheidende Frage ist: Was können wir eigentlich tun? Ich will zum Abschluss zwei, drei Aspekte aufzeigen. Wir alle wissen, das haben wir auch mehrfach hier im Hohen Hause diskutiert, dass die Regierung in Umsetzung des Koalitionsvertrages die konzertierte Aktion auf den Weg gebracht hat. Da geht es natürlich genau um den Appell an die Tarifvertragsparteien und auch den damit verbundenen Versuch, gemeinsam konkrete Schritte zu mehr Tarifbindung zu vereinbaren. Zum Zweiten, auch das gehört natürlich zur Wahrheit, müssen wir die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft gestalten, das heißt, im Hinblick auf Produktivitätsfragen, aber auch auf Effizienzfragen, um Spielräume für die entsprechenden Tarifangleichungen zu bekommen. Wir müssen die Tarifvertragsstrukturen im Lande stärken, das bedeutet Stärkung der Gewerkschaften beispielsweise durch eine Stärkung der Mitbestimmungsrechte im Betriebsverfassungsrecht. Wir könnten die Arbeitgeberverbände im Lande auffordern, ihre OT-Strukturen aufzulösen, die sie vor vielen Jahren gebildet haben und die kontraproduktiv zu den tarifvertraglichen Strukturen wirken. Wir könnten auch konkret überlegen, wie wir Allgemeinverbindlichkeitserklärungen für die Tarifverträge erleichtern. Ich will abschließend einen Vorschlag machen, bei dem ich mir sicher bin, dass die regierungstragenden Fraktionen das mittragen. Meine Fraktion würde hierzu auch gern die Initiative aufgreifen, ich hoffe auch, dass alle anderen Fraktionen sich dem anschließen, nämlich einen gemeinsamen fraktionsübergreifenden öffentlichen Aufruf an alle Thüringer Unternehmen, Arbeitgeberverbände, auch die Gewerkschaften zu starten und durchzuführen, mit dem Ziel, die Tarifbindung zu stärken und damit auf dem Weg „Guter Lohn für gute Arbeit“ tatsächlich und praktisch ein Stück voranzukommen. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Als Nächster spricht der Abgeordnete Kemmerich von der FDP-Fraktion.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Gäste. "Guter Lohn für gute Arbeit - Differenzierung nach Ost- und West-Tariflöhnen beenden" -

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Da müssen Sie aber jetzt selbst lachen.)

ein interessantes Thema, ein Thema, wo Herr Kuschel nicht Nein sagt, ich nicht Nein sage, sicherlich keiner im Hohen Haus Nein sagen würde.

(Unruhe im Hause)

Ich denke, jeder im Hohen Haus kann hier zustimmen, allerdings, Herr Bergemann hat es gesagt, letztlich verantwortlich bleiben die Tarifparteien.

(Beifall FDP)

Ich denke, auch dieses Hohe Haus will nicht die Axt an unser Grundgesetz und an die Tarifhoheit, die dort festgeschrieben ist, setzen; ich denke, auch Herr Lemb nicht. Denn da ist sicherlich auch ein Grundpfeiler der wirtschaftlichen Prosperität der Republik in den letzten 60 Jahren gelegt worden.

(Beifall FDP)

Insofern, lieber Herr Bergemann und liebe CDU-Fraktion, ist es kaum ein Thema für den Thüringer Landtag. Es ist und bleibt ein Thema für die Tarifparteien.

(Beifall FDP)

Es bleibt sicherlich ein Thema auch für wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die wir politisch befördern können, um nun mal den Grundsatz, dass letztlich Produktivität Lohn ermöglicht und damit auch Lohn zahlt, gesteigert werden kann.

(Beifall FDP)

Da gibt es ja durchaus Ansätze innerhalb der Wirtschaftspolitik, dass wir hier den Hidden Champion suchen, dass wir Wertschöpfungsketten ermöglichen wollen, die höhere, tiefere Wertschöpfung ermöglichen und damit den Produktivitätsnachteil von Ost zurzeit zu West aufholen.

(Beifall FDP)

Wir haben Branchen in Thüringen, die Löhne zahlen, die sich im Westen nicht verstecken brauchen, die teilweise sogar über den westdeutschen Tariflöhnen liegen, und hier ist die Crux. Wir können nicht mehr nach Ost-West, nach Thüringen-Sachsen, nach Thüringen-Hessen unterscheiden, sondern wir müssen sehr genau nach Branchen unterscheiden und eben Branchen fördern, ansiedeln und ermutigen, hier tätig zu werden, die andere Wertschöpfungsketten ermöglichen. Genauso müssen wir aufhören, Branchen zu fördern, die weniger Wertschöpfung ermöglichen, um zu sagen, wir konzentrieren uns auf zukunftsfähige, zukunftswillige Investitionen und auch Institutionen und Unternehmen.

Aber, meine Damen und Herren, zur Landespolitik, liebe CDU, aktuelle Themen habe ich genug und die sollten wir hier vielleicht diskutieren, die wirklich aktuell sind: Schulordnung, Reorganisation der Verwaltung, Ausschreibungen im Innenministerium, Energiepolitik, Energiesicherheit, Hochschulpolitik

(Abg. Kemmerich)

und deren Finanzierung, Haushaltspolitik, Schuldenbremse, Anerkennung ausländischer Abschlüsse, Bürgerrechte, Fachkräftemangel, Rechte von Asylbewerbern, Rasselisten in Hundegesetzen. Ich kann das ewig so fortsetzen und ende damit, ob wir denn auch die Spaßbäderlandschaft wieder verstärken wollen oder ob Multifunktionsarenen sinnvollerweise die Spaßbäder des nächsten Jahrzehnts werden.

Meine Damen und Herren, es gibt genug aktuelle Themen; wir haben sie beantragt;

(Beifall FDP)

wir werden sie weiter beantragen, wir werden sie hier zum Thema machen, damit wir Themen setzen und nicht andere Themen setzen lassen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Anja Siegesmund. Bitte schön.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kemmerich, ich glaube, die Überschrift der Aktuellen Stunde gerade lautete „Guter Lohn für gute Arbeit - Differenzierung nach Ost- und West-Tariflöhnen beenden“. Ich weiß nicht genau, wozu Sie geredet haben, aber zu dem Thema jedenfalls am allerwenigsten.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Er hat über seine eigene Verantwortung geredet.)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielleicht war das auch so etwas wie die erste alternative Regierungserklärung, die Sie gern in drei Jahren halten wollen. Ich weiß es nicht. Es ging um alles Mögliche, jedenfalls nicht zum Thema.

Herr Bergemann, ich bin Ihnen ausdrücklich dankbar für das Thema, weil die CDU, das sieht man an dieser Stelle immer wieder, fähig ist, einen zu überraschen, die FDP überhaupt nicht.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich meine, es ist die FDP-Lyrik der 70er-Jahre aus veralteten VWL-Lehrbüchern - immer wieder das Gleiche. Da kann man nachlesen, wenn man will, muss man aber nicht. Da muss man auch nicht vor 1977, so wie ich, geboren sein. Die kann man jetzt noch nehmen. Der Unterschied ist nur, ich zitiere nicht mehr daraus, denn manche bewegen sich einfach geistig dann auch weiter.

Also bei allen Ausführungen, die jetzt kommen, glaube ich, dass mindestens vier Parteien hier in diesem Plenum relativ nah beieinander sind, jedenfalls in großen Teilen,

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Das glaube ich allerdings auch.)

bis auf die Mindestlohnbremsen der FDP. Da sind Sie ja schon und kommen in Vorhand. Das ist schön, Herr Barth, dass Sie jetzt munter werden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das freut mich sehr, weil diese Mindestlohnbremsen der FDP bis heute nicht kapiert haben, dass diese über 1 Mio. Menschen, die unter Mindestlohn bezahlt werden, wertvolle Arbeit leisten, die, Herr Bergemann, gute Arbeit ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da freue ich mich, dass Sie zustimmen. Gestatten Sie mir den kleinen Ausflug bei der FDP. Wenn ich mir Herrn Kurth am Wochenende angehört habe, wie er den Chef der Landesarbeitsagentur Sachsen-Anhalt-Thüringen verrissen hat dafür, dass er genau gesagt hat, wir brauchen einen Mindestlohn, muss ich auch sagen, Ihr Kollege Patrick Kurth - unter Niveau und wieder hinter der Zeit. Aber wenn das Ihr Stil ist, bitte sehr.

Man kann beim Prinzip „Guter Lohn für gute Arbeit“ relativ schnell zueinander kommen, wenn man die Realitäten anerkennt. Herr Bergemann hat einiges skizziert. Wir müssen beim Thema Arbeitsmarkt - und das gehört jetzt tatsächlich auch zur Überschrift „Guter Lohn für gute Arbeit - Differenzierung nach Ost und West“ eben schauen, wir leben nicht mehr in der Bundesrepublik der 80er-Jahre und wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, Sie haben das genannt, die Tarifbindung der Arbeitgeber und die Bindung der Arbeitnehmer an die Gewerkschaften hat nun mal stark nachgelassen.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Dafür muss es Gründe geben.)

Deswegen ist es auch unsere Verantwortung, übrigens auch hier, Herr Barth, hier in diesem Plenum - oder Herr Kemmerich, der ja vorhin dazu sprach - darüber zu sprechen und die Situation hier einzuschätzen. Ich habe es gesagt, über 1 Mio. Erwerbstätige müssen ihren Lohn mit ALG II aufstocken, um über die Runden zu kommen, 400.000 von ihnen haben sogar eine sozialversicherungspflichtige Vollzeitstelle. Solche Niedriglöhne aufzustocken, kostet den Staat - und das müsste der FDP eigentlich wehtun - 11 Mrd. € im Jahr. Das sind die bekannten Fakten, das ist Wirtschaftsförderung. Wenn man der Ansicht ist, Etatismus ist nicht das Richtige, müsste man bei diesen 11 Mrd. € ansetzen und für einen Mindestlohn sein. Sie sind es bis heute nicht.

(Abg. Siegesmund)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Tarifautonomie, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist ein hohes Gut, aber wir müssen sie nicht wie ein goldenes Kalb vor uns hertragen, wenn wir sehen, dass Politik eben Rahmenbedingungen setzen muss, und da bin ich beim Mindestlohn. Wir kommen bei diesem Thema nicht umhin - und wir haben als GRÜNE eine unabhängige Mindestlohnkommission nach dem Vorbild der Low Pay Commission in Großbritannien vorgeschlagen -, im Rahmen eines Mindestarbeitsbedingungs-gesetzes soll das Ganze entstehen und soll sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Sozialpartner, der Wissenschaft zusammensetzen und beraten. Dann kann man gern über die Höhe sprechen. Natürlich können die Unternehmer da mitreden, das ist vernünftig, denn es macht auch Sinn, darüber zu reden, weil man die Lebenswirklichkeiten anerkennen sollte. Herr Barth, vielleicht wissen Sie auch, dass wir in der Bundesrepublik weniger ein Ost-West-, sondern vielmehr ein Nord-Süd-Gefälle haben und deswegen der plumpe Verweis auf die Frage der Differenzierung Ost-West nicht mehr trägt.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Das ist nicht unser Antrag.)

Übrigens der zweite Grund, warum ich mich freue, dass Herr Bergemann das Thema heute zur Aktuellen Stunde gemacht hat. Lassen Sie mich einfach zwei Beispiele nennen, wenn wir über den faktischen Mindestlohn sprechen: Der faktische Mindestlohn in Thüringen in der Friseurbranche liegt bei 3,18 €, in NRW immerhin bei 7,60 €, nur der Haarschnitt kostet, glaube ich, in Gummersbach genauso viel wie in Erfurt, oder? In der Pflegebranche gilt im Westen ein Tariflohn von mindestens 8,50 € Untergrenze, im gesamten Osten, also in Jena genauso wie in Demmin in Mecklenburg-Vorpommern, nur 7,50 €. Nur, und das ist der Punkt, in der Pflegebranche konkurrieren wir in Thüringen nicht mit Demmin, also den Ostländern, sondern mit den Westländern Hessen und Bayern. Deswegen ist es richtig, Herr Bergemann, dass wir heute hier in dieser Aktuellen Stunde debattiert haben. Das Instrument sollten wir weiterdiskutieren. Ich glaube, wenn die FDP irgendwann den Weckruf gehört hat, kommen wir auch einen Schritt weiter. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Als Nächster spricht Herr Bodo Ramelow von der Fraktion DIE LINKE.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich habe mich über die Aktuelle Stunde gefreut, ich war der festen Überzeugung, dass für zwanzigjährige aktive Arbeit die CDU-Fraktion Gustav Bergemann gestattet hat, eine solche Aktuelle Stunde hier zu stellen.

(Beifall DIE LINKE)

Ich freue mich auch, dass einige Abgeordnete der Union dageblieben sind, auch der Ausführung folgen. Aber die Fragestellung ist völlig richtig, die hier auf die Tagesordnung gesetzt worden ist. Die Unterscheidung Tariflöhne nach Ost und West ist einfach überholt, und zwar unabhängig davon, Gustav Bergemann, ob man rückwärts das so betrachtet oder so. Die Frage, dass die innerdeutsche Grenze mit diesen Unterschieden ständig wieder zementiert wird von denen, die immer in die Richtung der LINKEN mit dem Finger zeigen und insbesondere am 17. Juni dann besonders laut in unsere Richtung rufen, das sind diejenigen, die gleichzeitig im Bundestag Gesetze erlassen, die einen Ostlohn und einen Westlohn in differenzierter Form beinhalten. Das sind die eigentlichen Mauerbauer.

(Beifall DIE LINKE)

Insoweit finde ich es absolut aktuell und absolut richtig. Ehrlich gesagt, Kollege Barth, finde ich es grenzwertig, wenn Ihr Redner sozusagen die Personalisierung des Widerspruchs in sich ist in der Form, in der er hier vorn steht.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn jemand Verantwortung für Tariflöhne hat, dann auch ein Unternehmer; das postulieren Sie doch immer, Kollege Barth, und Herr Kemmerich ist Unternehmer. Sein Unternehmen ist eins, das einen Tarifvertrag anwendet, der seit über zehn Jahren nicht mehr verhandelt worden ist, der allgemeinverbindlich ist, der diesen Satz, den Kollegin Siegesmund gerade genannt hat, 3,18 € als Ecklohn in den Lohngruppen beinhaltet. Ich sage, solche Löhne sind ein Skandal.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde sie eine gottverdammte Sauerei, dass man überhaupt Menschen zumutet, für 3,18 € tätig sein zu müssen. Deswegen will ich einfach darauf hinweisen, dass ich das eben nicht nur grenzwertig fand, sondern es ist mir auf den Magen geschlagen. Herr Kemmerich, Sie sind wirklich der Widerspruch zu dem Thema, wenn es um gute Arbeit und guten Lohn geht. Sie sind wirklich derjenige, der irgendwie qualifiziert dazu nicht viel beitragen kann. Das haben Sie auch bewiesen.

Wenn wir aber über den Unterschied Ost-West reden - und Herr Kemmerich hat sich ja ein bisschen

(Abg. Ramelow)

entlanggehangelt an der Produktivität -, dann frage ich mal: Was ist denn die Produktivität im Friseur-gewerbe? Was ist die Produktivität bitte beim Alten-pfleger? Was ist die Produktivität beim Kellner, bei der Verkäuferin, beim Verkäufer? Aber die reale Entlohnung z.B. der Altenpfleger: Der Mann im Westen hat - im Statistischen Handbuch nachlesbar - ein reales Einkommen von 2.251 €, der Mann in der gleichen Tätigkeit im Osten hat ein Einkommen von 1.674 €. Das sind wir signifikant allein beim Mann-Vergleich Ost-West und dann, wenn wir noch den Frau-Vergleich dazupacken: Die Frau im Westen hat eine Realeinkunfteinnahme von 2.121 €, die Frau im Osten von 1.577 €. Mit welcher Produktivität begründet man die geschlechtsspezifischen Unterschiede und die Ost-West-Unterschiede?

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dafür kann ich überhaupt keinen Grund sehen. Ich finde, wenn die Volksvertreter nicht mal darüber im Parlament reden sollen, wie Herr Kemmerich es eben gesagt hat, dass man doch da lieber gar nicht reden soll, damit man wahrscheinlich nicht auf ihn und seine Verantwortung kommt, wenn wir nicht mal darüber reden, wie es dem Volk geht, wie es den Menschen in diesem Land geht und warum es einfach unerträglich ist, wenn beim Verkäufer der Mann im Westen 1.934 €, der Mann im Osten 1.717 €, die Frau im Westen 1.731 €, die Frau im Osten 1.574 € bekommt - die gleiche Bandbreite in der geschlechtsspezifischen Unterscheidung und in der Ost-West-Unterscheidung. Ich finde, das sind aktuelle Zahlen, die es uns zum Anlass geben sollten, als Volksvertreter darüber zu reden, dass diese Unterschiede weder geschlechtsspezifisch begründet sind noch nach der territorialen Herkunft, also nach Ost-West überhaupt nicht. Kollegin Siegesmund hat ja auf das Nord-Süd-Gefälle hingewiesen. Das gibt es in der Tat, quer durch die Bundesrepublik. Aber gesetzlich zementieren wir, Kollege Barth, und Ihre Abgeordneten in Berlin heben dazu brav die Hand, dass der Ost-West-Unterschied der einzige ist, der in Gesetzen steht.

(Zwischenruf aus der FDP-Fraktion)

Es ist einfach, die FDP beweist im Bund und im Land, dass sie nicht auf der Seite der Menschen steht, sie steht nicht auf der Seite der Menschen, die auf der anderen Seite der Ladentheke arbeiten. Sie stehen nicht auf der Seite derjenigen, die im Friseurladen tatsächlich den Kopf waschen, sondern Sie stellen sich nur hin und wollen den anderen den Kopf waschen, um dann anschließend allerdings aus dem Mehrwert, den Sie an dem Lohn dieser Menschen verdienen, sich die Taschen voll-zustecken, und das finde ich unverschämt und unerträglich.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Danke. Das war ein gutes Schlusswort, weil ich glaube, Herr Kemmerich war eine Zumutung für uns alle.

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie mir folgende Anmerkung: Der Ausdruck „gottverdammte Sauerei“ ist weder für einen Christenmenschen noch für einen Abgeordneten entsprechend.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: 3,18 € auch.)

(Beifall FDP)

Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Herr Minister Machnig.

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist schon mehrfach gesagt worden, in der Tat, herzlichen Dank, dass Sie das Thema, Herr Bergemann, hier auf die Tagesordnung gesetzt haben. Das Thema, wer ein bisschen nachdenkt, ist nämlich gar kein tarifpolitisches Thema allein, es ist im Kern ein wirtschaftspolitisches Thema, das wissen wir aus allen Studien, die wir zur Verfügung haben. Das entscheidende Thema für die weitere ökonomische Entwicklung in den neuen Bundesländern heißt Fachkräfte und Fachkräfte werden wir nur dann halten, wenn es uns gelingt, in den nächsten Jahren alle, die hier ausgebildet werden, hierzubehalten und vor allen Dingen neue nach Thüringen zu holen und zu gewinnen, damit wir überhaupt den Beschäftigungsstand, den wir in den nächsten Jahren hier in Thüringen aufbauen bzw. ersetzen müssen, weil 200.000 Menschen bis zum Jahr 2020 aus ihrem Job ausscheiden und damit ersetzt werden müssen, um sie in diesem Lande zu halten. Deswegen - und das ist das Entscheidende, Herr Bergner und liebe Kolleginnen und Kollegen -, das, was wir in den nächsten Jahren erleben werden, ist ein tiefgreifender Paradigmenwechsel, weil der Wert von Arbeit heute und morgen und übermorgen ein anderer sein wird als in den letzten 10 bis 15 Jahren. Das heißt, wir werden uns im Standortwettbewerb hier in Thüringen nur dann behaupten können, wenn es uns gelingt, das Niedriglohnimage des Landes zu verlassen, wenn es uns gelingt, eine vernünftige Lohnpolitik in den nächsten Jahren durchzusetzen, wenn es uns gelingt, auch dafür zu werben, dass hier faire Bedingungen zum Beispiel bei der Tarifpartnerschaft oder bei der Tarifpolitik herrschen. Die Wahrheit ist doch die,

(Minister Machnig)

dass wir zwar am Sonntag auch auf FDP-Parteigenossen im Übrigen die Tarifpartnerschaft betonen, aber am Montag dafür sorgen, dass überhaupt keine verhandlungsfähigen Gewerkschaften in den Unternehmen zugelassen werden und damit die Tarifpartnerschaft de facto außer Kraft gesetzt wird.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das kann man an den Zahlen im Übrigen sehen. Wir haben in Thüringen noch 22 Prozent der Unternehmen, die überhaupt noch in einer Tarifbindung sind. Das sind gerade mal 43 Prozent der Beschäftigten. Im Westen sind das 36 Prozent der Unternehmen und 63 Prozent der Beschäftigten. Jetzt will ich es an dieser Stelle mal so sagen: Es ist doch geradezu absurd, dass wir zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch so eine Lösung haben, wo es Zwangsmitgliedschaften bei den IHKs gibt, wo sich viele Unternehmer fragen, warum bin ich da eigentlich Mitglied, es aber keine verbindliche Lösung dafür gibt,

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass Unternehmen in Tarifgemeinschaften sein müssen, um eine vernünftige Tarifpolitik machen zu können. Das geht an der Lebensrealität vorbei.

Jetzt will ich noch ein weiteres Argument benennen, warum wir eigentlich in den nächsten Jahren eine wirkliche Wende brauchen, auch in dem Sinne, wie Sie das vorgeschlagen haben, nämlich dass wir keine Ost-West-Differenzierung brauchen. Wer sich die Branchenstruktur in Thüringen im Jahre 2011 anschaut, wird Folgendes feststellen: Wir haben Branchen, da haben wir heute schon ein Westniveau, will ich mal sagen. Das sind die Eisen- und Stahlindustrie, das Bankgewerbe, die Post, die Deutsche Bahn, das Umdruckgewerbe und der öffentliche Dienst. Wir haben andere Branchen, zum Beispiel die Landwirtschaft mit 70 Prozent, das Verkehrsgewerbe mit 60 Prozent, das Hotel- und Gaststättengewerbe mit 76 Prozent des Westniveaus. Wir haben andere Branchen, wie zum Beispiel die Energiewirtschaft, die chemische Industrie und die Metall- und Elektroindustrie, die bei 90 Prozent liegen. Schon allein diese Zahlen belegen doch eines, wie willkürlich die Situation heute schon ist. Wenn das stimmt, dass das alles produktivitätsorientiert wäre, wie hier behauptet worden ist, dann könnte es diese Differenzierung nicht geben, sondern da müssten alle etwa bei 70, 80 Prozent liegen; aber wir haben heute schon Branchen, die liegen bei 100 Prozent und manche liegen bei 90 Prozent. In der Chemiebranche, eine der produktivsten Branchen, die wir überhaupt in Deutschland haben, auch im Übrigen im Osten haben, spricht überhaupt nichts dagegen, morgen das gleiche Lohnniveau wie im Westen zu zahlen.

(Beifall SPD)

Das heißt, wir haben heute schon tarifpolitische Willkür und diese tarifpolitische Willkür muss beendet werden. Wie soll ich jemandem erklären, von dem wir sagen, wir brauchen dich in den nächsten Jahren in Thüringen, wenn er mich fragt, kannst du mir eines zusichern, dass ich hier vernünftig bezahlt werde, dass ich einen sicheren Job habe und dass ich hier Karrierechancen habe. Dann kann ich ihm auf zwei von drei Fragen keine so genaue Antwort geben. Deswegen brauchen wir eine Wende in der Entlohnungspolitik, und zwar heißt das für mich in der Tat eines, keine Differenzierung mehr Ost und West, heißt für mich auch, wir brauchen eine Lohnuntergrenze. Eines ist doch klar, ohne Lohnuntergrenze sind Lohnniveaus offensichtlich durchsetzbar, die weder existenzsichernd sind noch ansonsten der Würde des Menschen entsprechen.

(Beifall SPD)

Ich will eines sagen, weil wir ja heute über Sparhaushalte reden. Jetzt will ich mal eine Rechnung aufmachen, vielleicht können Sie das nach Berlin durchgeben, Sie regieren ja in Berlin. Wer 18 Mrd. € sparen will, der braucht nur Folgendes tun, der führt einen gesetzlichen Mindestlohn ein, die Aufstockerbeträge von 11 Mrd. € werden gestrichen und die zusätzlichen Einnahmen von 7,1 Mrd. €, die über einen Mindestlohn, einen verbindlichen Mindestlohn in die Staatskasse gebracht würden, das bringt 18 Mrd. € und dazu hätten wir dann mehr Geld für Investitionen im Bereich Bildung oder in anderen Fragen.

(Beifall SPD)

Das wäre ein vernünftiger Weg, man muss ihn nur beschreiten.

Zum Schluss ein für mich noch mal wichtiger Punkt, an einer Stelle will ich auf Folgendes hinweisen. Ich glaube, die Debatte über die Situation auf den Arbeitsmärkten darf man nicht allein lohnpolitisch führen. Das ist ein wichtiger Gesichtspunkt, das gestehe ich gern zu, aber ich glaube, wir müssen sehr viel breiter denken. Wir müssen wieder über den Wert von Arbeit neu nachdenken. Das heißt, wie qualifizieren wir richtig? Wie stellen wir sicher, dass ältere Arbeitnehmer auch wirklich länger arbeiten können, dadurch, dass sie einen Qualifizierungsanspruch haben? Wie stellen wir sicher, bei enormen sich verändernden Rahmenbedingungen, auch für jüngere Kollegen, dass sie eine Qualifizierungsmöglichkeit haben, um voll produktiv im Unternehmen zu sein? Wie stellen wir zum Beispiel sicher, dass auch Familienbelange stärker berücksichtigt werden? Dafür haben wir heute Morgen die Allianz für Familie gegründet. Das sind Fragen, die aus meiner Sicht die Qualität und den Wert von Arbeit unmittelbar berühren. Das geht weit über das Thema Tarifpolitik und Löhne Ost und West hinaus.

(Minister Machnig)

Ich würde mich sehr freuen, wenn der Vorschlag, vielleicht kann man das ja in einer der nächsten Plenarsitzungen tun, des Kollegen Lemb hier aufgenommen würde. Was hat der Kollege Lemb vorgeschlagen? Er hat vorgeschlagen, dass es einen fraktionsübergreifenden Antrag gibt, in dem das Parlament darum wirbt, dass die Tarifbindung in Thüringen angehoben wird, dass wir wegkommen von den 22 Prozent, dass wir 30 oder 40 Prozent der Unternehmen in die Tarifbindung hineinbekommen, damit wir mehr Beschäftigte und damit mehr Fairness und auch bessere Aushandlungsbedingungen im Rahmen der Tarifpolitik hinbekommen. Ich würde mich freuen, wenn der Gedanke aufgenommen würde. Das steht dem Parlament gut an, gerade in solchen wichtigen ökonomischen, sozialen und zukunftsorientierten Themen seine Stimme zu erheben und klar Position zu beziehen. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, SPD)

Präsidentin Diezel:

Die Redezeit ist insgesamt ausgeschöpft. Damit beende ich den zweiten Teil der Aktuellen Stunde und eröffne den **dritten Teil**

c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: „Wer A sagt, muss auch B sagen: Konsequenter Ausbau der erneuerbaren Energien, Effizienzsteigerung und Energieeinsparung in Thüringen“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/2883 -

Ich eröffne die Aussprache. Als Erste hat das Wort Frau Abgeordnete Anja Siegesmund von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, nach den beiden energiepolitischen Veranstaltungen der vergangenen Woche haben wir GRÜNEN Redebedarf. Deswegen, wer A sagt, muss auch B sagen. Wir wollen über Energieeffizienz, die Energiewende und Energieeinsparen reden, weil wir uns schon ein bisschen fragen: Was kommt denn nun zuerst in der Koalition bei CDU und SPD, die Parteien oder die Koalition oder das Land oder was denn nun?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir fragen uns auch: Wie viele Thesenpapiere später entscheidet sich denn nun die energiepolitische

Zukunft Thüringens? Wollen wir eine Energiewende mit Augenmaß oder wird das jetzt Augenwischerei? Wollen wir jetzt den grünen Motor anspringen lassen oder auf der Bremse stehen? Wollen wir eine echte Energiewende oder ein bisschen was Halbes oder was Ganzes mit allem Drum und Dran? Oder vielleicht doch nicht? Wo geht es hin, wo genau bewegt sich Thüringen hin? Deswegen der Titel der Aktuellen Stunde.

Wir haben, das steht wohl fest, auch aktuellen Anlass, darüber zu reden. Man schaut auf uns, man schaut auf die Bundesrepublik, man schaut auf Thüringen, überall in der Welt und fragt sich: Gibt es jetzt dort endlich die ökologische Zeitenwende, ja oder nein? Wie sieht die aus? Wie wird das gestemmt?

Lassen Sie mich kurz über den Tellerrand Thüringens hinausblicken, nach Italien. Wer das Referendum am Wochenende mitbekommen und gelesen hat, dass auch dort endlich das Atomkraftzeitalter vorbei zu sein scheint,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

jedenfalls haben das die Bürger und Bürgerinnen entschieden, dann sieht man, dass sich ganz Europa tatsächlich in der ökologischen Zeitenwende, lassen Sie mich das so nennen, bewegt. 90 Prozent, das muss man sich mal vorstellen, der Italienerinnen und Italiener haben gegen die Regierung gestimmt und gesagt, nein, wir wollen keinen Ausbau der Atomkraft. Das ist ein Zeichen, das auch uns beeindrucken müsste. Wenn die europäische Dimension des Ganzen jetzt auch der letzte Klimawandelskeptiker in der hiesigen CDU-Fraktion zur Kenntnis nehmen würde, dann hätten wir hier auch richtig viel geschafft

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und wir hätten vor allem eines, wir hätten Klarheit. Das Referendum in Italien zeigt uns zwei Dinge: Es zeigt uns erstens, dass Atomkraft ausgedient hat, das wissen viele von uns schon länger, manche halt immer noch nicht, deswegen muss man es noch mal sagen. Es zeigt uns zweitens, dass gerade im Bereich der Energiewende Bürgerbeteiligung das richtige Instrument ist, um zukunftsfeste Entscheidungen zu treffen. Die Bürgerinnen und Bürger haben Ja gesagt zum Ausstieg aus der Atomkraft in Italien, sie haben Ja gesagt zu einer sicheren Energieversorgung und sie haben Ja gesagt zu nachhaltigen erneuerbaren Energien, sie haben Ja gesagt zum Verzicht auf Atomkraft. Die Bürgerinnen und Bürger wissen, was richtig ist und was die kommenden Generationen verdienen.

Auf Bundesebene stehen historische Entscheidungen bevor. Für uns GRÜNE ist klar, dass der bevorstehende Ausstieg aus der Atomkraft die nunmehr dritte historische Zäsur in der Atompolitik darstellt.

(Abg. Siegesmund)

Wir freuen uns und hoffen auf den endgültigen rechtssicheren Ausstieg aus dem Ausstieg vom Ausstieg.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weil es gerade für uns GRÜNE eine wichtige Debatte ist, wird es in zehn Tagen einen Sonderpartei-tag geben, auf dem wir darüber sprechen werden, was das heißt. Für uns ist ganz klar, dass es Eckpunkte gibt, die entscheidend sind bei diesem, wenn Sie so wollen, historischen Moment, es darf eben nicht zu einer Deckelung des Ausbaus der Erneuerbaren kommen, denn die Energiewende gelingt nur mit mehr Energie von Sonne, Wind und Biomasse.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Energiewende heißt auch, dass es keine weitere Absenkung der Einspeisevergütung für Solar geben darf, heißt übrigens auch, dass wir Schluss machen müssen mit der Unterscheidung zwischen Onshore- und Offshore-Förderung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Energiewende heißt auch, dass wir nicht am Bürger vorbei Infrastrukturplanungen machen dürfen, denn genau darauf kommt es an, in Zukunft Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen. Diese Energiewende auf Bundesebene muss auch heißen, dass es nicht sinnvoll ist, darüber zu diskutieren, Wind aus dem Norden über lange Stromleitungen zum Porsche-werk nach Stuttgart zu leiten, sondern da muss man sich über intelligente Wege unterhalten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein letzter Punkt zur Bundesebene: Wir dürfen nicht in die Renaissance der Investition in Kohle kommen, sondern wir müssen neue Wege finden - deswegen Sonne, Windstrom, Biomasse. Die drei E in Thüringen sind deswegen richtig und wichtig, weil hier vier Ministerien am Arbeiten sind: das Kultusministerium, das in Forschung investiert, das Wirtschaftsministerium, das Wege vorgegeben hat, aber mindestens im Bereich Verkehr und Gebäudesanierung hinken wir hinterher. Deswegen lassen Sie mich hier deutlich sagen, für uns als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist wichtig, dass wir nicht nur darüber reden, die Erneuerbaren auszubauen, sondern im Bereich Energieeffizienz und -einsparung deutlich voranzukommen. Da vermissen wir Signale in der Verkehrspolitik, beim Ausbau des öffentlichen Verkehrs, im Bereich Energieeffizienz, im Bereich Gebäudesanierung. Dazu möchten wir mehr hören. Wo sind die Vorrangflächen für Windkraft, wie passiert die Energiewende in Thüringen im Zusammenklang aller vier Ministerien, die betroffen sind? Wer A sagt, muss auch B sagen. Erklären Sie uns, wie die vier zusammenarbeiten wollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Als Nächster spricht für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Henry Worm.

Abgeordneter Worm, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, „Wer A sagt, muss auch B sagen“, so der Titel dieser Aktuellen Stunde und treffender hätte die Überschrift für den Energieumbruch in Deutschland nicht sein können. Kompliment für so viel Selbsteinsicht bei der GRÜNEN-Fraktion.

(Beifall CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, man muss diesen Umbau hin zu den erneuerbaren Energien nicht nur wollen, sondern dem Bürger auch sagen, wie er gelingen soll und was er uns letztendlich kosten wird.

(Beifall CDU)

Wir wollen diesen Energieumbau und wir sagen den Menschen auch wie, nämlich erneuerbar, transportierbar, speicherbar und bezahlbar.

(Beifall CDU, FDP)

Unsere Fraktion möchte den Weg des Energieumstiegs zielgerichtet, bestimmt und mit der notwendigen Verantwortung gehen. Wir haben dazu unsere energiepolitischen Leitlinien verfasst und vorgelegt und stehen hier natürlich ganz klar zu den entsprechenden Inhalten. Wir sind somit nicht nur bereit, A zu sagen, sondern auch B. Jetzt schaue ich ein Stück weit nach LINKS oder zu den GRÜNEN, denn dort sollte die Botschaft dringlicher denn je wahrgenommen werden. Wer heute den Energieumstieg fordert, kann nicht morgen gegen den Ausbau des Trassennetzes vor Ort demonstrieren.

(Beifall CDU)

Wer die Erneuerbaren will und sich dafür ausspricht,

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wer sagt das?)

der muss auch für die notwendige Infrastruktur in Form von Verteilnetzen und Stromtrassen sein.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Da müssen Sie selbst lachen.)

Wir sehen deshalb auch die Notwendigkeit der 380-kV-Leitungen, und zwar in enger Kommunikation mit den Menschen vor Ort, aber auch mit der Bestimmtheit, dass diese Trasse gebraucht wird. Denn wenn wir wissen, dass vom Verhältnis her der größte Anteil der erneuerbaren Energien in den fünf neuen Bundesländern produziert wird - also im Verteilgebiet von 50Hertz - und dass auch noch von dieser Menge der erzeugten und vor Ort auch genutzten Energie jetzt schon gut 50 Prozent exportiert

(Abg. Worm)

tiert werden müssen - das hat etwas mit der wirtschaftlichen Situation und mit der demographischen Situation vor Ort zu tun -, dann gilt auch die logische Konsequenz, dass bei einem Ausbau der erneuerbaren Energie auch die deutschland- und europaweite Verteilbarkeit gewährleistet sein muss.

Ein weiterer und für uns wichtiger Aspekt sind bezahlbare Preise und natürlich Versorgungssicherheit. Der Umstieg muss kosteneffizient gelingen. Zum Nulltarif werden wir ihn aber definitiv nicht bekommen und deshalb müssen die Interessen der Privathaushalte und unserer Wirtschaft im Auge behalten werden. Wir brauchen vor allem grundlastfähige Energieträger, damit auch in Zukunft eine verlässliche und sichere Stromversorgung gewährleistet werden kann.

Ein weiteres B möchte ich anfügen, es ist die Forschung. Wer A sagt, muss auch B sagen, dazu gehört auch, dass wir in die Forschung investieren. Hier gab es ja auch ein klares Bekenntnis der Landesregierung. In Energieträger, die noch in Kinderschuhen stecken, aber eine dauerhafte und sichere Versorgung versprechen und Geothermie ist da ein von uns bereits breit kommuniziertes Forschungsfeld und genauso gut die Bioenergieforschung. Dieser Umstieg - und auch das gehört dazu, wenn man nach dem A B sagen will - kann nicht zulasten der Umwelt und der Menschen anderer Regionen gestaltet werden. Eine ehrliche Ökobilanz muss Bestandteil des Energieumstiegs sein.

(Beifall CDU)

Wir lehnen es mit Nachdruck ab, in Deutschland Anlagen zu errichten, welche sauberen Strom erzeugen, die aber in ihrer Herstellung Materialien verlangen, die unter menschenunwürdigen Bedingungen gewonnen werden und Giftschlämme und radioaktive Abfälle verursachen.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hurra, Hurra!)

Und wenn die Windenergie, wie schon angesprochen, immer wieder als der Heilsbringer der erneuerbaren Energien gepriesen wird, da sage ich, wir stehen für einen umsetzbaren und realistischen Ausbau und wir lehnen einen weitgehenden bzw. noch darüber hinausgehenden überproportionalen Ausbau der Windenergie deutlich ab. Um dies alles zu erreichen, braucht es geordnete Koordinationen zwischen den verantwortlichen Ministerien. Auch das ist schon angesprochen worden. Dazu fordern wir als CDU-Fraktion die Einberufung einer vom Kabinett beauftragten Arbeitsgruppe unter Leitung der Staatskanzlei. Diese soll entsprechend einen jährlichen Bericht vorlegen und über die koordinierten Maßnahmen und Fortschritte beim Energieumstieg berichten.

(Heiterkeit DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abgeordneter Worm, CDU:

Der Energieumstieg kann nur gelingen, wenn wir ihn entideologisieren und

(Zwischenruf Abg. Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja genau.)

alle Menschen auf diesem Weg mitnehmen. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Als Nächster spricht für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Hellmann.

Abgeordneter Hellmann, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Worm, ich wüsste ja so viel zu Ihren Ausführungen zu bemerken, aber dann kann ich mich nicht mehr an meine Stichpunkte halten. Es wird einiges beantwortet, würde ich sagen, und wir werden noch Gelegenheit haben, uns intensiv mit Ihren Ausführungen auseinanderzusetzen.

Ja, meine Damen und Herren, die Energiekonferenz der Landesregierung hat gezeigt, dass die dezentrale Energieerzeugung auf Basis erneuerbarer Energien in Thüringen möglich ist. Unser Bedarf könnte hinreichend gedeckt werden. Wir könnten sogar weitestgehend Energie in die benachbarten Länder exportieren. Es geht also nicht mehr darum, ob diese Energiewende vollzogen werden kann auf Basis erneuerbarer Energien, sondern - ja, wer A sagt, muss auch B sagen - es stellen sich jetzt andere Fragen: Wie? Wann? Wo? Wo soll die Energie erzeugt werden, ob in der Nordsee oder bei uns in Thüringen zum Beispiel? Wo sollen die Speicher stehen? Das sind alles Fragen, die geklärt werden müssen möglichst schnell, damit auch dieses intelligente Netz, was wir dringend brauchen, installiert werden kann. Dazu ist meines Erachtens zweifellos eine zumindest deutschlandweite Rahmenplanung notwendig und umsetzbar, ohne einem zentralen Energienetz europaweit das Wort reden zu wollen, das auf keinen Fall.

Ja, meine Damen und Herren, wir erleben gerade, dass mit der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes die Energiekonzerne ihr veraltetes, teures und zentrales Energiesystem stabilisieren wollen - voll an den Erfordernissen der Zeit vorbei. Um diese Aussage zu untermauern, möchte ich aus der Zeitschrift „Der Gemeinderat“, Heft 6/11, zitieren. Auf der Seite 11 ist die Meinung des Vizepräsi-

(Abg. Hellmann)

denten von EUROSOLAR nachzulesen, und Fabio Longo äußert sich wie folgt: Er „vermutet hinter der geplanten EEG-Novelle das Ziel, mit der überdimensionalen Förderung von Offshore-Windparks die Monopolstellung der Energiekonzerne absichern und Marktanteile der neuen Energieträger beschneiden zu wollen. „Anstatt die ländlichen Räume von Bayern bis Mecklenburg-Vorpommern mit neuen Wertschöpfungsmöglichkeiten aus Wind-, Solar-, Wasserkraft, Bioenergie und Geothermie zu stärken, kürzt Herr Dr. Röttgen bei der Windkraft an Land und verunsichert potenzielle Solaranlagenbetreiber sowie die deutsche Solarindustrie mit einem unvorhersehbaren und drastischen Vergütungsrückgang.“ Das ist, meine Damen und Herren, blanker Lobbyismus. Wenn wir das nicht verhindern - und das ist eine Aufforderung auch an unsere Landesregierung - bekommen wir vor allem eines: sehr teure Energie und ein sehr ineffektives Energienetz. Damit steht automatisch die soziale Frage. Diese soziale Frage wird sich verschärfen, wenn wir teure Energie bekommen. Die Frage „arm“ und „reich“ wird sich weiter auftun, und das ist mit uns, mit den LINKEN, nicht zu machen. Wir werden am 18.06. anlässlich unserer Energiekonferenz gerade zu dieser sozialen Komponente der Energiewende eine deutliche Antwort geben. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Kemmerich das Wort.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Gäste, wer A sagt, muss auch B sagen! Konsequenter Ausbau der erneuerbaren Energien, Effizienzsteigerung und Energieeinsparung in Thüringen - wer A sagt, muss auch B sagen. Aber, meine Damen und Herren, eines müssen wir bedenken, wenn nur wir Thüringer B sagen und nur wir Deutsche B sagen und damit eine Insellösung schaffen, da haben wir nichts gekonnt.

Dieser Konsens, dass Atomkraft sicherlich keine Zukunftstechnologie ist, muss nicht nur in Deutschland Platz greifen, sondern er muss weltweit ergriffen werden und die Konsequenzen dessen müssen weltweit in Angriff genommen werden. Sonst werden wir ökonomisch und auch ökologisch in keine gewisse Zukunft aufbrechen, weil das ökonomische wie ökologische Folgen einer einseitigen Bevorzugung von Technik Auswirkungen auch auf Deutschland haben wird. Das erleben wir in den letzten drei Monaten.

(Zwischenruf Abg. Hauboldt, DIE LINKE: Sie sind die Ersten.)

Die schwarz-gelbe Regierung in Berlin hat sich genau diesen Ausbau auf die Fahne geschrieben und hat sie in ihrem Energiekonzept auch festgelegt.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Mit 35 Prozent erneuerbaren Energien - das ist zu wenig.)

Zum ersten Mal wurden auch die Frage der Reaktorsicherheit und die Frage der Endlager angepackt. Das wissen Sie selber, dass das bei dem ersten Szenario des Ausstiegs unterlassen worden ist.

(Beifall FDP)

Das war das Freikaufen der Zustimmung der Atomindustrie/Kernindustrie zur Zustimmung des Ausstiegs, verbunden mit dem Nichtverfolgen von Sicherheitsfragen und von Wartungsfragen bis zum Ende dieser Periode. Dieses ist angepackt und jetzt auch geregelt worden.

Tun wir doch nicht so, als ob wir in Thüringen wirklich die Welt verändern können. Wir produzieren noch nicht einmal die Hälfte des verbrauchten Stroms in Thüringen selber. Wenn Herr Hellmann sagt, wir können sicherlich hier den Umstieg schaffen, das mag vielleicht für die privaten Haushalte gelten. Es mag sicherlich auch Konzepte geben, mit denen wir das weitgehend realisieren können. Aber erwecken Sie doch nicht den Anschein, dass wir, die deutsche Industrienation, ohne ein weiteres Ausbauen, Inanspruchnehmen von fossilen Brennstoffen kurzfristig auf Erneuerbare, also auf diese freie Technologie umstellen können. Das ist so aberwitzig wie nur irgendwas.

(Beifall FDP)

Die Meldungen der Bundesnetzagentur wie in den letzten Tagen, wie in den kommenden Wochen über die Endlichkeit der deutschen Netze, die Endlichkeit der deutschen Stromproduzenten und über die Möglich- und Nötigkeit des Stromimportes nach Deutschland haben wir alle gelesen. Blenden Sie es nicht aus. Wir sind es der Bevölkerung schuldig, eine wirklich vernünftige Wende zu einem neuen Zeitalter in der Energiefrage. Aber sie muss auch frei von fossilen Brennstoffen sein und sie muss möglich, machbar, zuverlässig und für den Endverbraucher bezahlbar bleiben.

(Beifall FDP)

Der Endverbraucher ist der private Verbraucher, aber auch die deutsche Industrie, die international wettbewerbsfähige Preise braucht, um wettbewerbsfähig zu produzieren, und auch das ist eine soziale Frage, dass wir hier keine an der Industrie hängenden Arbeitsplätze damit gefährden, dass wir - und ich komme damit zum Anfang - eine deutsche Insellösung bauen.

(Abg. Kemmerich)

Was die EEG-Förderung anbelangt, wissen Sie doch auch, dass die Hälfte der EEG-Förderung zurzeit in Photovoltaik versenkt worden ist. Es ist sehr sinnvoll, dass wir weitere Innovationen fördern und fordern. Es ist sehr sinnvoll, dass wir auch investieren, da hat die Landesregierung auch ein entsprechendes Programm angekündigt. Aber es ist nicht weiter sinnvoll, den Verbrauch zu fördern, der in erster Linie chinesische Produzenten fördert, das Geld dorthin abfließen lässt, den deutschen Verbraucher belastet und damit nötige Kapitalien diesem notwendigen Prozess entzieht. Wir müssen so produzieren, dass wir die Marktfähigkeit im Auge haben, die Bezahlbarkeit im Auge haben und darauf hinarbeiten. Dann haben wir der deutschen Nation, dem deutschen Verbraucher, der deutschen Industrie und auch der Natur wirklich einen Dienst erwiesen.

Ansonsten sollten wir aufhören, von Panik und Ideologie getriebene Energiedebatten zu treiben, und darauf achten, dass wir auch rationale und auch wirklich machbare und nachvollziehbare Lösungen gewähren. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Weber das Wort.

Abgeordneter Weber, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, „Wer A sagt, muss auch B sagen“, in der Tat halte ich diesen Titel für sehr geeignet, mal zu reflektieren, was die GRÜNEN denn so machen, wenn es um das B geht. Was die Regierungskoalition macht, ist, glaube ich, eindeutig, das hat sich manifestiert im Energiegipfel. Wir haben das Ziel, 45 Prozent vom Nettostromverbrauch aus erneuerbaren Energien zu speisen. Die Ministerpräsidentin hat im Rahmen des Energiegipfels noch einmal deutlich gemacht, dass, wenn der Bund verdoppeln kann, wir in Thüringen schon lange verdoppeln können. Ich bin ihr sehr dankbar für diese Feststellung und für die Feststellung, dass wir an diesen dort formulierten Zielen festhalten. Herr Hellmann nickt mit dem Kopf; er war beim Energiegipfel anwesend. Dazu sage ich später noch einen Satz.

Jetzt ist die Frage - wer A sagt, muss auch B sagen -: Was sagen denn die GRÜNEN, wenn es um die konsequente Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen geht? Schönes Beispiel: Das, was meine Kolleginnen und Kollegen im Schornsteinfegerhandwerk machen, da gibt es zahlreiche Initiativen der GRÜNEN auf Bundesebene, die versuchen, die Emissionsmessung bei Kleinfeuerungsanlagen zu reduzieren, abzuschaufen, auszusetzen oder im Intervall zu verlängern

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Zu privatisieren.)

mit folgendem Ergebnis: 1 Prozent Abgasverluststeigerung an den Anlagen sind rund 1 Mrd. Liter Heizöl per anno. Das ist der faktische Nutzen der Tätigkeit der Kolleginnen und Kollegen vor Ort. Ich kann Ihnen einmal eines deutlich machen, die Sommerpause kommt ja bald, wir haben noch ein Plenum, dann ist Sommerpause. Vielleicht fährt der eine oder andere von Ihnen einmal ins Ausland und dann biete ich Ihnen an, schauen Sie sich einmal die Heizungstechnik an in den Ländern, in denen nicht durch ein funktionierendes System, also so wie Sie es wollen als GRÜNE, diese Anlagen auf Emissionswerte und auf den technischen Standard kontrolliert werden. Schauen Sie sich das einfach einmal an. Schauen Sie sich die Energieeffizienz, die Wirkungsgrade dieser Anlagen in der Haustechnik an und Sie werden feststellen, dass es nicht besser ist als in der Bundesrepublik Deutschland, sondern viel, viel, viel schlechter.

(Beifall CDU, SPD)

Das ist ein Punkt. Das ist das B, wenn Sie A sagen.

Der zweite Punkt ist, wenn es darum geht, dass, wenn Menschen versuchen, vor Ort etwas zu bewegen - Solarpark Haßleben -, Ihre Mitglieder vor Ort sagen, das wollen wir nicht aus verschiedenen naturschutzrechtlichen Gründen.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist ja ein Witz.)

Ich will gar nicht sagen, dass die falsch sind, Herr Kollege Adams. Aber immer dann, wenn es darum geht, unangenehme Wahrheiten vor Ort bei den Bürgern auszusprechen, dann ist es schon schwieriger mit dem B-Sagen. Das gilt hierfür, das gilt für Goldisthal, das gilt für die 380-kV-Leitung.

(Beifall CDU)

Überall in diesem Land, wo sich 20 Menschen zusammenfinden für eine Bürgerinitiative, da laufen Sie hinterher und glauben, Sie gewinnen Wählerstimmen. Statt dass Sie einmal sagen, dass jede Entwicklung und jede Veränderung auch im energiepolitischen Sektor zwei Seiten einer Medaille hat, nämlich die eine, die jeder gern in Sonntagsreden betont, und die andere, wo Menschen Lasten zu tragen haben und wo es natürlich viele gibt, die nicht so begeistert sind von den Auswirkungen vor Ort, ob das Windkraftanlagen sind, ob das Solaranlagen sind, ob das Pumpspeicherwerke sind. Das gehört eben dazu, wenn man B sagen will. Das ist in Goldisthal so, das ist bei der 380-kV-Leitung so, Solarpark Haßleben usw., andere sind da ein Stück weit klüger.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie sind ein Quatschkopf.)

(Abg. Weber)

Im Energiegipfel haben wir sehr deutliche Ausführungen der Bundesnetzagentur zum Beispiel zur Notwendigkeit und zum Netzausbau gehört, 3.600 Kilometer, Sie kennen die dena-Studie. Ich will gar nicht sagen, dass wir die alle unbedingt brauchen. Vielleicht können wir mit weniger auskommen. Aber was wir nicht können, ist, weitere zehn Jahre um jede 90 Kilometer Netzausbau zu streiten. Das können wir nicht, wenn wir Energiewende wollen. Das ist entscheidend. Das können wir nicht.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wer macht das denn?)

Dann muss man mal eines deutlich machen in Richtung des Kollegen Worm, bei aller Wertschätzung ist doch eines klar, ich habe das hier, glaube ich, auch schon mehrfach betont: Der Gesamtenergiebedarf, wenn wir 2050 100 Prozent auf erneuerbare Energien umsteigen wollen, der liegt zwischen 500 und 700 TWh. 409 TWh davon sind mit Onshore- und Offshore-Windkraft möglich. Das ist das stärkste Pferd im Stall bei den erneuerbaren Energien. Wer glaubt, irgendeine Energiewende in diesem Land ohne massiven Ausbau der Windkraft hinzubekommen, der ist schief gewickelt, denn wer A sagt, muss auch B sagen. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Adams das Wort.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrte Frau Präsidentin, der Herr Weber hat jetzt noch kurz den Werbeblock für seine Innung hier halten müssen, das ist ihm auch gerne vergönnt. Herr Weber, Sie haben sich aber komplett verirrt an zwei Stellen, wenn Sie nämlich Goldisthal und Haßleben sagen. Da sind Sie nicht nur nicht richtig informiert, sondern da hinken Sie der Realität weit hinterher. In Haßleben gibt es einen Vorhabensträger, der einen Solarpark errichten möchte. Der hat eine Genehmigung bekommen und diese Genehmigung ist ohne Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt worden. Er hat selbst gesagt, die Genehmigung nehme ich nicht an. Seid ihr denn verrückt? Weil ihr mir das doch in wenigen Jahren vor die Füße schmeißt, wenn ich kurz vor der Realisierung stehe. Damit hat er sozusagen selbst die untere Naturschutzbehörde aufgefordert, das durchzuführen, was Sie jetzt als Blockade durch GRÜNE darstellen. Das ist grober Unfug, den Sie hier erzählen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie versuchen, hier Stimmung zu machen gegen Menschen, die sehr bewusst versuchen, in diesem Land real eine Energiewende durchzusetzen. Und beim Thema Goldisthal sind Sie auch nicht richtig informiert. Die Klage des BUND gegen den Vorhabensträger ist allein darauf begründet gewesen, dass ein Investor aus dem Westen ein Unternehmen in Ostdeutschland gekauft hat. Ich glaube, es war die Gesellschaftsbau Halle, die bar jedes rechtsstaatlichen Verfahrens eine Baugenehmigung für diesen enormen Eingriff in die Natur hatte. Da hat der BUND gesagt, das könnt ihr doch nicht machen. Selbst vor dem Hintergrund des Einigungsvertrags könnt ihr das nicht machen. Darüber hat man sich gestritten. Sie müssen bei der Realität bleiben. Wenn Sie versuchen wollen, Menschen zu diskreditieren, die seit 20 Jahren für eine Energiewende eintreten, dann müssen Sie früher aufstehen. Das schaffen Sie hier nicht, Sie nicht, lieber Herr Weber.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich durfte im Jahr 1991 meine Ingenieurabschlussarbeit vorlegen. Das Thema war die Beheizung eines Einfamilienhauses in Erfurt auch unter Beachtung der Nutzung von erneuerbaren Energiequellen. Die Prüfungskommission hat mir dann ins Stammbuch geschrieben, dass ich mich doch mit realistischeren Szenarien auseinandersetzen sollte, weil es in Thüringen niemals möglich sein wird, dass man eine solche Anlage baut. Wir wissen 20 Jahre später, dass dem nicht so ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gab eine lange Reihe von Diskussionen in der Bundesrepublik Deutschland, warum Solar, speziell PV, Photovoltaik, überhaupt keinen Sinn macht. Dies sei eine nicht ausgereifte Technik Mitte der 90er-Jahre. Sie sei viel zu teuer Ende der 90er-Jahre. Dann das EEG von Rot-Grün. Dann war es natürlich sinnvoll, das zu machen, aber damit könne man niemals eine Energiewende hinbekommen, weil es ja viel zu wenig sei, was wir aus dieser Energiequelle gewinnen können. Auf einmal wurde es viel zu viel, meine sehr verehrten Damen und Herren. Heute funktioniert das zwar mit der PV, aber die Kosten seien zu hoch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Thema Kosten zitiere ich an dieser Stelle sehr gern einfach nur die „Wirtschaftswoche“ in der vorletzten Ausgabe. Sie stellt fest, es gäbe einen großen Streit unter Volkswirten über die Kosten der PV und der Energiewende. Nur eines, stellt die Wirtschaftswoche sicher und klar, sei bewiesen, die Konventionellen werden viel teurer werden und die Ökoenergie wird viel billiger werden. Das ist unser Beitrag zu einer sozialen Energiewende, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Adams)

Herr Worm hat ausgeführt, und Herr Weber hat versucht, das zu unterstützen, dass die Landesregierung die richtige Richtung eingeschlagen hat und hier vorangeht, um eine Energiewende voranzubringen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Ministerpräsidentin und Herrn Minister Machnig will ich das sehr gern unterstellen. Aber wer bei dem Energiegipfel in der letzten Woche da war, muss auch gehört haben, welche Vorstellungen es in der Verkehrspolitik gibt. Da hatte Frau Prof. Kemfert uns noch am Vormittag in ihrem Vortrag, der sehr erhellend war, darauf hingewiesen, welche enormen Potenziale wir im Bereich Verkehr und Gebäudedämmung haben und Energieeffizienz. Dann mussten wir hören, dass unser Thüringer Verkehrs- und Bauminister nichts anderes anzubieten hat, als Neubauten, also ehemalige DDR-Plattenbauten, abzureißen und Passivhäuser zu bauen. Er hat im Verkehrssektor auf die direkte Nachfrage, ob der ÖPNV und die Mitte-Deutschland-Bahn nicht entscheidend wären für eine solche Energiewende, eingewendet, dass er zunächst einmal alle Straßen bauen wollen würde und diese mit Kreisverkehren verknüpfen, denn damit flutsche der Verkehr besser.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie müssen sich die Frage stellen, ob Sie das wirklich ernst meinen in dieser Koalition mit einer Energiewende. Wir bringen das hier in einer Aktuellen Stunde ein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu dem Thema Trassen will ich Ihnen nur eines sagen. In jedem Gespräch mit Herrn Neldner von 50Hertz hat er darauf hingewiesen, dass, ich glaube, im Jahr 2008 am 27. Dezember, also um die Weihnachtszeit immer der Worst Case entstehen würde, da brächen die Netze zusammen, deshalb müssten wir ausbauen. Wir konnten vor Ostern lesen, dass Ostern der GAU im Netz kommen würde. Wir konnten vor Pfingsten lesen, dass der GAU kommen würde. Zu Recht mahnt man davor, dass einige hier kokettieren mit einem Netzzusammenbruch. Ich warne davor, diese Koketterie auf die Spitze zu treiben. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Die Redezeit für die Abgeordneten ist damit erschöpft. Ich nehme an, für die Landesregierung Minister Machnig. Bitte.

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe schon vielen Debatten beige-wohnt, einer solchen wie dieser noch nicht. Wir be-

schließen gerade auf der Bundesebene den Ausstieg aus der Kernenergie und den Einstieg in Erneuerbare. Scheinbar sind bestimmte tragende Säulen der Bundesregierung, die auch hier in diesem Landtag sitzen, gar nicht dabei gewesen. Das ist schon eine merkwürdige Situation und die zeigt eines, den Energiekonsens, den wir dringend brauchen, den gibt es noch nicht. Ich sage ganz klar, warum ich für einen Energiekonsens bin und dafür auch z.B. bereit war, zu sagen, gut, wenn 2022 das letzte Kernkraftwerk vom Netz geht, stimme ich dem zu unter der Maßgabe, wir bekommen einen Energiekonsens, weil das Schlimmste, was uns passieren kann, ist, dass wir keine Planungs- und Investitionssicherheit für die nächsten Jahre haben. Wenn ich hier manchen Debattenbeitrag gehört habe, der ist genau dabei, dieses zu leisten, und dann allerdings ist es eine Self-fulfilling prophecy, dann werden wir die Energiewende eben nicht schaffen, allerdings dann zulasten aller, der politischen Klasse, der Industrie und der Menschen, die auf Strom angewiesen sind. Verantwortliche Politik, das sage ich hier ganz klar, sieht anders aus.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen bin ich für eine verantwortliche Politik. Wer auf dem Energiegipfel der Landesregierung war - nicht alle waren da, obwohl der eine oder andere darüber gesprochen hat hier -, da muss ich ganz klar sagen, da ist ein verantwortliches Papier vorgelegt worden. Auch die Art und Weise, wie dort diskutiert worden ist, war verantwortungsvoll, weil dort alle Bereiche, die für die Energiewende von Bedeutung sind, angesprochen worden sind. Da sage ich ganz klar, das sind die Leitlinien.

Jetzt einen Satz zum Kollegen Worm, denn ich habe mir die Leitlinie der CDU-Fraktion angeschaut: Ich muss mal sagen, da gibt es aber Nacharbeitungsbedarf.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eines will ich an der Stelle auch sagen, Kernfusion wird es mit mir in Thüringen nicht geben. Damit das auch ganz klar ist, weil die auch in dem Papier drinsteht.

(Beifall SPD)

Aber jetzt zurück. Was steht im Konzept der Landesregierung? Das ist für mich entscheidend.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Aber nur ganz kurz.)

Was steht im Konzept der Landesregierung? Unsinn, 70 Mrd. € ist doch Unsinn, das ist herausgeschmissenes Geld, das sich nie wieder refinanzieren wird, ob die Kernfusion - ich habe mich mal einige Jahre damit beschäftigt - jemals geht, wissen wir gar nicht, und wenn - das ist ja der Witz bei der Kernfusion - ist das Inventar, das dort produziert wird, um ein Vielfaches radioaktiver als das aus

(Minister Machnig)

Kernenergie. Das heißt, wir steigen von der einen Risikotechnologie in die andere ein. Das kann das Ergebnis nicht sein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt zu dem, was wir festgelegt haben. Das fand ich sehr interessant - auch das ist ein Ergebnis des Energiegipfels: Die Fachhochschule in Nordhausen hat ja drei Szenarien vorgelegt für die Energiewende in Thüringen. Ein Ergebnis war, wir können bereits im Jahr 2020 100 Prozent im Jahr in Thüringen erreichen. Das Potenzial ist da. Wenn wir die Weichen richtig stellen, ist das möglich und in den Folgejahren können wir sogar zum Exporteur von Strom werden. Das ist wahr. Wir haben jetzt ein, wie ich finde, dennoch vernünftiges Ziel formuliert, das heißt 45 Prozent. Wer 45 Prozent will, der muss A sagen und auch B sagen, weil das dann Ausbau aller erneuerbaren Energieträger heißt, sonst wird das auch nicht gehen. Deswegen wird die Landesregierung einen Gesetzentwurf vorlegen, wo für jeden einzelnen Regionalplanungsbereich ein ganz klares Ausbauziel für die nächsten Jahre definiert wird. Dann kann Technologie offen entschieden werden, wie man das macht. Nur wenn man dann ökonomisch denkt, dann ist doch eines klar, die kostengünstigste Variante im Bereich der Erneuerbaren ist nach wie vor der Windstrom. Deswegen muss ein bisschen auch Ökonomie eine Rolle spielen, wenn es um den Ausbau in den nächsten Jahren geht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Zweite, was ich sagen will, das gehört dann aber auch zur Wahrheit, im Übrigen werden die GRÜNEN dem zustimmen.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das können Sie doch gar nicht wissen.)

Ihr werdet Folgendem zustimmen

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie wissen doch gar nicht, ob wir zustimmen.)

Ihr wisst doch noch gar nicht, was ich sage. Ich sage, dass ihr zustimmen werdet, das will ich euch ja gerade erklären. Ihr werdet zustimmen, dass wir mindestens 10.000 MW zusätzliche konventionelle Kraftwerkskapazität in Deutschland zubauen müssen - dabei wird auch Kohle sein. Dem werdet ihr zustimmen auch auf eurem Parteitag, diese Prognose wage ich.

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das werden wir sehen.)

Jetzt gibt es nur eine Unbekannte bzw. ein Problem dabei. Die 10.000 MW allein werden nicht ausreichen, wir werden über 10.000 MW hinaus weiteren Zubaubedarf haben und da ist dann die Frage, in

welchem Umfang wird das Gas sein und in welchem Umfang Kohle. Und das ist ganz klar, in einem größeren Umfang wird das Gas sein, weil das eine Regelenergie ist und in geringerem Umfang wird das auch Kohle sein. Aber das wird die Wahrheit sein und zu der werden wir uns am Ende des Tages auch bekennen müssen.

Das Dritte - auch das ist entscheidend -, ohne Netze geht es nicht. Wer Herrn Kurth zugehört hat auf der Veranstaltung der Landesregierung, der wird Folgendes einräumen müssen: Ohne massiven Netzausbau werden wir die Energiewende in den nächsten Jahren nicht schaffen.

(Zwischenruf Abg. Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Welche Netze?)

Und jetzt will ich es noch erklären. Sie müssen mir mal eine Chance geben, meine Gedanken zu entwickeln. Jetzt will ich sagen, wofür ich bin, und dann sind nämlich viele Probleme sofort lösbar. Wenn wir eine Bundesnetzwegeplanung machen, das heißt, die Trassen qua Gesetz im Rahmen dieser Bundesnetzwegeplanung definieren und darin auch festgeschrieben ist, dass energiewirtschaftlich zweifelsfrei klar sein muss, dass die Trassen gebraucht werden, weil geprüft worden ist, ob denn alle Optimierungspotenziale im Netz stattgefunden haben, dann kann es keinen Zweifel mehr geben. Das war immer meine Position, das habe ich im Zusammenhang mit der 380-kV-Leitung hier schon gesagt. Aber eines ist klar, die 380-kV-Leitung hier durch Thüringen, die wird eines ergeben, trotz Netzoptimierung an anderer Stelle werden wir diese Trasse brauchen, das wird das Ergebnis sein, das kann ich Ihnen heute schon voraussagen, dazu braucht man sich nur mal die Lastgröße anzuschauen.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Schauen wir mal.)

Das heißt, dann hätten wir festgestellt, wie hoch der Netzausbaubedarf in den nächsten Jahren ist. Das machen wir qua Gesetz im Deutschen Bundestag, dazu muss sich auch die GRÜNE-Fraktion verhalten und jedem Netz, dem ihr zugestimmt habt, dem müsst ihr auch dann vor Ort eure Zustimmung geben. Auf den Tag freue ich mich, wo ihr dann die Bürgerinitiative „Pro Netze“ vor Ort gründen müsst.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind dabei, weil ich eines weiß, ohne Netzausbau werden wir in den nächsten Jahren nicht vorankommen.

(Beifall SPD)

Jetzt zum Thema - und da sage ich auch ganz klar, da weise ich auch die Kritik an Kollegen Carius zurück, das weise ich hier entschieden zurück, wir haben im Papier der Landesregierung, das ist für mich entscheidend, was den Bereich der Energieeffizi-

(Minister Machnig)

enz angeht, klare Ziele definiert. Ich will mal ein Beispiel sagen: Wir wollen die Sanierungsrate deutlich erhöhen. Wir werden auf Vorschlag ...

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Wie denn?)

Jetzt hört doch mal zu, ihr müsst mir schon mal die Chance geben und nicht immer dazwischenquaken, sondern ich muss auch mal die Chance haben, mein Argument hier zu entwickeln.

(Heiterkeit im Hause)

Herr Carius hat z.B. vorgeschlagen, die Sanierungsquote im Bestandsbereich zu verdoppeln. Ja, das wollen wir tun. Er hat zweitens vorgeschlagen, dass der Passivhausstandard, der europaweit erst 2020 kommt, in Thüringen in öffentlichen Gebäuden 2014 realisiert wird. Und wir haben ihn unterstützt, weil das richtig ist, weil notwendige Investitionen in dem Bereich der Energieeffizienz im Gebäudesektor auch morgen zur Kostenreduktion beitragen.

Und jetzt reden wir über folgende Frage und da streiten wir dann - nein, da streiten wir nicht, da setzen wir uns ein, da sind wir uns im Übrigen auch einig, die Länder gegenüber dem Bund, dass wir für das Gebäudesanierungsprogramm, für das die Bundesregierung 1,5 Mrd. € zur Verfügung stellt, deutlich mehr brauchen, um die Sanierungsquote nach oben zu bringen. Und es gibt jetzt Länderanträge, im Übrigen auch B-Länder, die sagen, wir müssen von 1,5 auf 5 Mrd. € pro Jahr kommen, um diese Sanierungsrate in den nächsten Jahren voranzubringen.

Auch beim Thema Mobilität muss ich dem Kollegen Carius ... Bitte?

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Was machen Sie in TH zur Gebäudeenergieeffizienz?)

Doch, wir wollen zunächst mal Bundesmittel abgreifen, natürlich, ja noch mal, da bitte ich euch mal. Wir müssten mal überlegen, dass wir eine seriöse Diskussion führen, wir können nicht an jeder Stelle sagen, wir wollen die Haushalte morgen konsolidieren und dann neue Programme in jedem Einzelfall auflegen, sondern was wir machen werden, ist, wir wollen umsetzen, dass wir mehr Mittel auch vom Bund bekommen zur Gebäudesanierung. Wir haben eine Energieeffizienzoffensive, das habe ich auf den Weg gebracht, das hat mein Haus auf den Weg gebracht, ThEO, Thüringer Energieeffizienzoffensive für den gewerblichen Sektor. Ja, das können Sie mal nachlesen, das ist ein schönes Papier, wenn man mal abends nichts zu tun hat, das liest sich wirklich sehr schön.

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das sagen Sie.)

Das heißt, dort haben wir Maßnahmen auf den Weg gebracht, wo wir im Bereich der Energieeffizienz etwas tun.

Und jetzt nenne ich das dritte Beispiel: Auch im Bereich der Mobilität haben wir im Rahmen der Landesregierung klare Verabredungen getroffen, z.B. beim Thema Elektromobilität. Wir haben das Thüringer Innovationszentrum für Mobilität eingesetzt. Wir wollen uns bei der bundesweiten Initiative bewerben, bei der es um die Frage geht, wo kommen Modellregionen für die Elektromobilität hin. Wir haben weitere Mittel zur Verfügung gestellt, um in diesem Bereich Elektromobilität und nachhaltige Mobilität natürlich immer im Rahmen der haushalterischen Möglichkeiten voranzukommen. Auch da stimmt das Argument nicht, dass die Landesregierung dazu kein Konzept hat. Entscheidend ist, dass das Eckpunktepapier der Landesregierung auch umgesetzt wird, davon gehe ich aus. Im Übrigen, die Arbeitsgruppe, die das umsetzen soll, gibt es schon, die heißt Kabinett, die tagt jede Woche Dienstag. Da werden wir dann jede Woche Dienstag aufs Neue auch über dieses Thema reden, wie setzen wir die Dinge durch. Dabei gibt es auch bewährte Aufgabenverteilung im Rahmen der Landesregierung, wer sich um welches Thema in diesem Kontext kümmert.

Ich komme noch mal an den Anfang zurück.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN: Wir sind gespannt.)

Ich benutze den Begriff „historisch“ nicht sehr häufig in der Politik. Dieses Ja oder dieses Jahr kann historisch sein beim Thema Energiewende aus einem Grunde: Es kann historisch sein, weil es wirklich gelingen kann, einen gesellschaftlichen, ökonomischen und energiepolitischen Kulturkonflikt in Deutschland für immer zu beenden. Ich finde, da müssten jetzt alle anschließend auch zum Konsens stehen, auch zu den Teilen, die man vielleicht nicht so gern mag. Ich könnte jetzt ein paar Teile aufrufen, dessen, was mir in Berlin noch fehlt. Ich will das hier mal nicht tun, sondern ich sage ganz klar, ich stehe zu dem, ich wünsche mir, dass noch mehr dazu zählt.

Jetzt ein letzter Satz zu den Kosten: Das ist auch eine Diskussion, ich bin Mitglied einer Partei, die sich auch um soziale Fragen kümmert, und denen braucht man eines nicht beizubringen, dass die Energiefrage

(Zwischenruf Abg. König, DIE LINKE: Bei uns?)

- das wäre schön. Ich bin nicht bei euch, aus guten Gründen im Übrigen nicht, damit das auch noch mal klar gesagt worden ist.

Wenn wir über Energiepreise reden, da gibt es im Moment mehr Unsinn, der in der öffentlichen De-

(Minister Machnig)

batte erklärt wird, als Realität. Es gibt Berechnungen, die gehen von 0,1 Cent bis 5 Cent pro Kilowattstunde. Das ist die Bandbreite. Im Übrigen, die 5 Cent haben diejenigen ausgerechnet, die noch gar nicht wussten, wie der Energiekonsens aussieht. Das war eine sehr seriöse Berechnung. Es gibt eine gerade erschienene neue Berechnung des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung und es gibt Berechnungen vom UBA und anderen. Aber ich will mal sagen, was das Potsdamer Institut, was die aktuellste Studie ist, ausgerechnet hat. Die kommen zu folgendem Ergebnis, dass der Energiepreis im Jahre 2022 nach deren Berechnung um 0,5 Prozent höher ist, als wenn man die Laufzeitverlängerung der Bundesregierung durchgesetzt hätte. Wir reden um 0,5 Cent pro Kilowattstunde. Da muss ich nun wirklich sagen, das ist ein überschaubarer Betrag, weil das, was in der Debatte immer durcheinandergeworfen wird, ist, dass es sowieso Kosten gibt, weil es einen bestimmten Erneuerungsbedarf und Investitionsbedarf ohnehin gegeben hätte, und zwar unabhängig von der Frage, ob wir aus der Kernenergie aussteigen oder nicht. Ich will ein Beispiel dazu sagen, in die Netze hätte ohnehin investiert werden müssen. Wir hätten trotz Verlängerung der Laufzeit auch weiterhin konventionelle Kraftwerke zubauen müssen. Das wären sowieso Kosten gewesen, die ohnehin entstanden wären, wenn das Ganze gelingt. Im Übrigen, wer nach Italien schaut, wer nach Österreich schaut, wer in die Schweiz schaut, wer sich die Debatte in Frankreich anschaut, die sich nämlich auch gerade verändert, wird eines erkennen: Wir gehen den richtigen Weg. Deswegen komme ich auch zurück auf das, was die Töpfer-Kommission aus meiner Sicht zu Recht gesagt hat. Bekanntermaßen ist Klaus Töpfer nicht Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, sondern ein ehemaliger Umweltminister der Christdemokraten. Er hat davon gesprochen, dass dies eine große Chance ist für das Industrieland Deutschland, weil mit einer solchen Energiewende eines verbunden ist, massive Investitionen. Das ist nichts anderes als ein wirklich neues Konjunkturpaket, das wir für Deutschland bekommen, allerdings ein Konjunkturpaket, das nicht aus öffentlichen, sondern aus privaten Investitionen gespeist wird. Das wird den Wachstums- und Beschäftigungseffekt in den nächsten Jahren in Deutschland befördern. Das ist auch gut so. Deswegen sage ich zum Abschluss, ich würde mir wirklich eines wünschen, wenn der Energiekonsens wirklich einer würde, wenn man sich zu den Dingen bekennt, auch zu den Dingen, die vielleicht nicht so schön sind, da habe ich auch das eine oder andere Thema, aber gemeinsam daran zu arbeiten, dass die Energiewende in Deutschland und in Thüringen Realität wird. Das ist eine riesige Chance für unsere Wirtschaft, für unsere Beschäftigungsfähigkeit und für die Innovationen und für Leittechnologien im 21. Jahrhundert. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt eine weitere Redemeldung. Für die FDP-Fraktion hat sich der Abgeordnete Barth gemeldet. Es sind fünf Minuten Redezeit.

Abgeordneter Barth, FDP:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will gestehen, dass mich diese ganze Debatte etwas ratlos danebenstehen lässt. Wir haben einen Koalitionsvertrag, in dem steht drin, dass 35 Prozent erneuerbare Energien als Zielgröße vereinbart sind. Dieser Koalitionsvertrag ist in den letzten Wochen mal eben außer Kraft gesetzt worden. Seither gelten 45 Prozent. Was offen bleibt, ist die Frage zum einen, wo die restlichen 55 Prozent herkommen sollen, genauso wie die Frage, wie das Ganze denn einfach so funktionieren soll. Wenn ich mir die Debatte anhöre und anschau, dann geht der eine davon aus, dass die Netze stabil bleiben, die Nächste geht davon aus, dass die Preisanstiege sich moderat gestalten. Der Wirtschaftsminister weiß, dass Kernfusion nicht funktionieren wird. Die Europäische Union investiert gerade über einen Zeitraum von 50 Jahren einen hohen zweistelligen Milliardenbetrag, um die Frage, die im Hause Machnig schon geklärt ist, wissenschaftlich klären zu lassen. Ich bin ratlos. Ich habe mal Physik studiert, das ist lange her und ich bin alles andere als auf dem aktuellen Stand in diesen Fragen. Aber mich so weit vorzuwagen, würde selbst ich mich mit meinem rudimentären Wissen in dieser Wissenschaft so ohne Weiteres nicht getrauen. Ich will einfach von dieser Stelle dazu aufrufen, dass wir die ganze Debatte, die für die Unternehmen, die für die Menschen in unserem Land ein emotionaler Punkt ist, dass der Atomkompromiss in Wahrheit 30 Jahre alt ist. Es weiß auch jeder, das ist der letzte Zeitpunkt, an dem wir ein Kernkraftwerk gebaut haben in dem Land. Seither hat es niemanden gegeben, der ein neues bauen wollte. Der Konsens, diese Brückentechnologie auch nicht weiter vom diesseitigen Ufer zu verlängern, der ist auch schon alt. Aber wir führen diese Debatte auf eine Art und Weise, die in Wahrheit niemandem in unserem Land weiterhilft. Wir wissen in Wahrheit nichts und jeder vermutet das, was ihm gerade in sein politisches Konzept passt, macht Stimmung und ruft fünf Minuten später dazu auf, gerade mal keine Stimmung zu machen, auch wenn das passt.

(Beifall FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen und auch meine Damen und Herren aus der Landesregierung, weil wir in Wahrheit nichts wissen, deswegen sind auch alle Konzepte, die wir aufschreiben, bestenfalls Wunschzettel, nichts anderes. Ich will wirklich nur dazu aufrufen, bei allen Dingen, die wir in dieser

(Abg. Barth)

Frage öffentlich diskutieren, und auch bei den Vergleichen, die wir ziehen, mal über 0,5 Prozent und im selben Satz dann über 0,5 Cent zu reden. Das ist ein Unterschied, kann ein Versprecher gewesen sein, das weiß ich nicht.

Das zeigt so ein bisschen die Art und Weise, wie die ganze Debatte geführt wird. Österreich, was völlig andere auch orografische Verhältnisse hat als Thüringen, was die Möglichkeit, auf Wasserkraft zuzugreifen, betrifft. Der Wirtschaftsminister gibt ein Kataster, ein Pumpspeicherkataster in Auftrag, wissend, dass ein Pumpspeicherkraftwerk am Ende eine Energievernichtungsmaschine ist wie jeder Speicher.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Das ist ein Energiespeicher.)

Natürlich, das ist ein Speicher. Selbst wenn es einen Wirkungsgrad von 80 Prozent hat, gehen 20 Prozent Energie verloren. Dort wird Energie gespeichert und nicht erzeugt. Sie müssen nämlich die Energie immer wieder reinstecken. All diese Dinge, liebe Kolleginnen und Kollegen, führen uns in Wahrheit in der Debatte nicht weiter und deswegen rufe ich dazu auf, mehr auf der Basis von Wissen und weniger auf der Basis von Wünschen und Vermutungen in dieser Frage zu agieren.

(Unruhe im Hause)

Dann, glaube ich, werden wir der Verantwortung, die wir alle in dieser Frage haben, besser gerecht, als wenn jeder jeden Tag eine neue Sau durchs Dorf treibt. Das hilft in Wahrheit niemandem. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt noch eine Wortmeldung von Frau Enders. Wir hätten noch eine Minute Redezeit, aber der Minister hat sich noch einmal gemeldet.

(Zwischenruf Abg. Enders, DIE LINKE: Der Minister erst.)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Minister Machnig.

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Dafür muss ich ja meiner Fraktion dann, weil Frau Enders jetzt noch eine weitere Wortmeldung bekommt, einen ausgeben, sonst - aber gut.

(Heiterkeit im Hause)

Also, Herr Barth, ich nehme das, was Sie gesagt haben, sehr ernst und ich nehme für mich wirklich eines in Anspruch: Das, was wir hier als Landesre-

gierung vorgelegt haben, ist kein Schnellschuss, sondern das bewegt sich exakt auf der Linie, was auf der Bundesebene verabredet worden ist, weil auf der Bundesebene zum Ausbau erneuerbaren Stroms Sie daran beteiligt sind; Sie wollen 35 Prozent im Jahre 2020, wir haben heute 17 Prozent, Sie verdoppeln. Thüringen hat heute einen Anteil Strom von 22 Prozent Erneuerbarer am Gesamtbedarf, wir verdoppeln. Und ich habe Ihnen meine Potenzialanalyse vorgestellt und die ist in einem einjährigen Prozess von der Fachhochschule Nordhausen unter Einschluss von anerkannten Experten errechnet worden. Wir haben gezeigt, dass selbst das am wenigsten ambitionierteste Szenario für die Erneuerbaren schon auf 43 Prozent erneuerbaren Strom führt, ohne dass wir massiv in die eine oder andere Technik ...

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Was reden Sie denn über Strom?)

Ich komme gleich dazu. Ich rede über Strom. Natürlich. Zum Wärmebereich komme ich gleich. Das heißt, diese Zahlen haben wir zugrunde gelegt, wie wir die 45 Prozent realisiert haben, und die sind gut unterlegt, da bin ich auf sehr festem Grund.

Das Zweite, was sehr viel schwieriger ist und in der Tat die viel größere Herausforderung in den nächsten Jahren darstellt, wird der gesamte Wärmesektor sein, weil dort nur in einem Bruchteil heute, nämlich nur 7 Prozent der Wärme aus Erneuerbaren gewonnen werden. Wir müssen in den nächsten Jahren massiv ausbauen, das geht auch. Ich will ein Beispiel sagen. Im Bereich der Geothermie gibt es in Thüringen erhebliche Potenziale unter Nutzung z.B. vorhandener Infrastruktur im Bereich der Fernwärmenetze. Dazu brauchen wir allerdings Investoren, um die werden wir uns in den nächsten Jahren bemühen. Der Wärmebereich wird ein viel schwierigeres Problem sein als der Strombereich. Was ich schon relativ putzig fand, das muss ich mal wirklich sagen, Ihre Definition eines Pumpspeichers. Das finde ich nun putzig. Worum geht es denn beim Pumpspeicher, warum ist der überhaupt interessant? Wir nutzen den Strom, der ansonsten gar nicht genutzt würde, aus Erneuerbaren, um ihn zu speichern, in der Tat. Dabei habe ich in der Tat auch Verluste. Das bestreite ich gar nicht. Die Alternative heißt an der Stelle, ich kann ihn gar nicht nutzen. Goldisthal hat einen Effizienzgrad von fast 90 Prozent oder ich nutze einen Effizienzgrad von 90 Prozent, um diese Energie zu speichern, darum geht es.

Jetzt ein letzter Satz zur Kernfusion. Kennen Sie den Running Gag der Kernfusionsforscher? Wenn Sie einen Fusionsforscher 1950 gefragt haben, wann habt ihr Break-Even, dann hat er Ihnen gesagt: Also Break-Even heißt ja nichts anderes, ich speise so viel Energie ein, die ich am Ende wieder rausbekomme. Und bislang ist es noch nicht mal

(Minister Machnig)

gelungen, dass ich die Energie, die ich eingespeist habe, um das Plasma zu entzünden, überhaupt wieder zurückgewinne. Da sind die noch nicht mal. Da haben die gesagt, 1950, das dauert noch 50 Jahre. Wenn Sie den gefragt haben 2000, dann hat er gesagt, noch bis 2050. Jetzt wage ich eine Prognose: Wenn Sie im Jahre 2050 fragen, dann wird er sagen 2100. Und jetzt sage ich, warum ist das falsch? Wenn es richtig ist, dass wir einen enormen Investitionsbedarf und Forschungsbedarf haben im Bereich der Energieversorgung, und wenn gleichzeitig richtig ist, dass wir eine internationale Kooperation brauchen und wir dann feststellen, das einzige wirklich globale Energieprojekt, das es überhaupt weltweit gibt, nämlich da, wo Russland, Japan, die EU und Amerika zusammenarbeiten, die Kernfusion ist, die aber in überschaubaren Zeiträumen überhaupt keinen Beitrag zur Energieversorgung leisten wird, dann muss die Frage erlaubt sein, ob das eigentlich eine vernünftige Investition ist. Ich kann Ihnen sagen, es gibt zunehmend auch Experten im Bereich der Plasmaphysik, die inzwischen sagen, wahrscheinlich ist das eine nette Grundlagenforschung, sie wird am Ende des Tages nicht relevant. Ich würde lieber diese Gelder für etwas anderes einsetzen, nämlich zum Beispiel für Forschung im Bereich Energieeffizienz, zur Optimierung der Netze oder wie können wir die Produktivität bei der Produktion im erneuerbaren Bereich verstärken. Bitte?

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Es geht doch um das Rahmenprogramm.)

Ich will Ihnen sagen, warum. Wir kommen allein dort nicht heraus. Ich verstehe ja Ihre Zwänge, weil das muss ja langfristig... Das bestreite ich doch gar nicht. Aber die Frage wird doch wohl erlaubt sein, ob wir denn das in dem Umfang fortsetzen oder ob wir hier in Deutschland nicht darauf drängen sollten, Verträge zu ändern.

Sie haben gesagt, wir hätten mal eben den Koalitionsvertrag auseinandergelöst. Wenn ich die Entwicklung ...

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Dafür müssen Sie sich doch nicht rechtfertigen.)

Nein, überhaupt nicht, ich habe damit überhaupt kein Problem, aber eins finde ich putzig, wenn eine Regierung wirklich dafür bekannt ist, nahezu tagtäglich den Koalitionsvertrag zu ändern, dann ist das die schwarz-gelbe Bundesregierung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir sagen, in der Tat, im Sinne von besserer Erkenntnis passen wir das Ziel beim Thema Erneuerbare an auf 45 Prozent, dann kann ich da nicht ... Eines darf uns nicht passieren, dass Koalitionsverträge zu Denkverboten und Lernverboten führen. Daran möchte ich mich zumindest nicht beteiligen und deswegen glaube ich, auch die Art und Weise,

wie wir methodisch das 45-Prozent-Ziel hergeleitet haben, das war nämlich nicht einmal so, sondern innerhalb von drei Szenarien, die auf dem Energiegipfel vorgetragen wurden, sage ich ganz klar, das ist seriöse und belastbare Politik. Deswegen komme ich noch einmal zu meiner wirklichen Aufforderung. Ich würde mir wünschen, dass wir einen Energiekonsens auf den Weg bringen, der ein wirklicher ist, weil das die Voraussetzung dafür sein wird, dass wir die Energiewende in den nächsten Jahren schaffen. Das heißt, dass wir die Chancen, die es für Deutschland und für Thüringen gibt, in den nächsten Jahren wirklich realisieren. Ich hoffe, die Debatten nach dieser Aktuellen Stunde in der weiteren Beratung dieses Themas werden von diesem Gedanken getragen sein. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion DIE LINKE hat Frau Abgeordnete Enders das Wort. Wir haben insgesamt noch acht Minuten Redezeit, aber Sie dürfen natürlich nur fünf Minuten nutzen.

Abgeordnete Enders, DIE LINKE:

Danke, Herr Minister. Sie haben ja jetzt die Möglichkeit eröffnet, noch etwas klar- oder richtigzustellen.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Das ist teuer für mich.)

Okay. Vielleicht noch einmal eines, was mir heute wichtig ist. Bürgerinitiativen werden immer wieder in diesem Landtag als Modernisierungsverhinderer hingestellt, sie werden als Verhinderer der Energiepolitik hingestellt. Ich muss ganz deutlich sagen, Bürgerinitiativen, wie zum Beispiel die Interessengemeinschaft „Achtung Hochspannung“, die auch heute wieder hier angesprochen worden ist, haben Alternativen aufgezeigt, wie man eine andere Energiepolitik in Thüringen machen kann, wie man eine andere Energiepolitik deutschlandweit machen kann, und sie haben nicht nur A, sondern auch B gesagt. Diese Bürgerinitiative hat in ihrer Argumentation immer wieder klar und deutlich gemacht, dass eine Energiewende oder eine nachhaltige und zukunftsweisende Energiepolitik drei Kriterien umfassen muss. Das heißt, erstens Energieeinsparung, zweitens Maßnahmen der Erhöhung der Energieeffizienz und drittens dezentrale Energieversorgung vor Ort organisieren und vor allem die Potenziale nutzen, die es in Thüringen an regenerativen Energien gibt. Da haben wir gewaltige Potenziale, die wir nutzen können, die wir momentan aber einfach nicht ausschöpfen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Enders)

Danke schön. Die Bürgerinitiativen sagen mit aller Deutlichkeit, Netze, Netzausbau muss begründet werden. Ein Netzausbau für diese 380-kV-Höchstspannungsleitung ist eben nicht geliefert worden. Es gab mehrere Erörterungstermine, dort sind Lastflüsse abgefragt worden von 50Hertz. Es sind uns diese Lastflüsse ... - das Schreiben liegt vor, ich habe nicht gedacht, dass wir heute wieder darüber reden.

(Zwischenruf Abg. Weber, SPD: Sie lernen es nie.)

Doch, Herr Kollege Weber, man kann nicht immer alten Dingen hinterherlaufen. Man kann nicht sagen, es gibt ein Gesetz, das verankert eben die Notwendigkeit. Es ist unsere Pflicht auch als Politiker zu prüfen, ob die Notwendigkeit für eine solche gravierende Maßnahme besteht.

Herr Minister hat es vorhin angesprochen, Optimierungsmöglichkeiten sollen genutzt werden. Dann frage ich mich, warum in diesem Verfahren, das jetzt gerade läuft zur 380-kV-Leitung, diese Optimierungsmöglichkeiten nicht abgeprüft werden,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

warum Vattenfall oder 50Hertz nicht transparent vorlegt und sagt, das sind die Lastflüsse, das ist jetzt das, was durch das Stromnetz transportiert werden muss, diese Erhöhung ist notwendig und kann uns auch belegen, dass die Vorschläge, die wir gemacht haben und die Wissenschaftler hier auch untersetzt und in einem Gutachten beschrieben haben, nicht funktionieren. Wir sagen noch einmal, es gibt Alternativen, es gibt Freileitungsmonitoring, es gibt Hochtemperaturseiltechnologie.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das wird doch gemacht.)

Warum wendet man diese Technologien nicht an? Und warum prüft man jetzt nicht in diesem Verfahren - Herr Minister, Sie haben es angesprochen, dann bitte sagen Sie auch dem Landesverwaltungsamt -, dass diese Optimierungsmöglichkeiten - auch die Genehmigungsbehörde kann dies fordern - auch betrachtet werden.

Und noch ein wichtiger Punkt, den ich heute auch noch einmal ansprechen will: Alle berufen sich immer auf dena I, dena II, das ist die Bibel, dort steht, dass wir weitere 3.600 km Höchstspannungsnetze brauchen. Ich muss einmal sagen, diese dena II, die ist gemacht worden - und auch dena I -, als noch eine ganz andere Energiepolitik überhaupt in der Bundesregierung thematisiert worden ist. Hier hat es zumindest wirklich schon ein bisschen eine Energiewende, eine Kehrtwende gegeben. Ob das dann auch durchgesetzt wird, wird die zweite Sache sein. Aber man geht davon aus. Man ist in der dena I und dena II von ganz anderen Kriterien ausgegangen. Dort ist man noch davon ausgegangen,

dass Atomkraftwerke länger laufen. Man hat dort im Prinzip ganz andere Betrachtungen gemacht. Man ist nicht von einem solchen Ausbau der regenerativen Energie ausgegangen, die man heute auch bespricht.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Eben, dafür brauchen wir ja ...)

Deshalb kann man dena I und dena II nicht mehr zur Grundlage für diesen Netzausbau machen. Natürlich, das ist doch vorhin gerade hier von diesem Rednerpult auch angesprochen worden.

(Unruhe SPD)

Ich denke ganz einfach, wenn auch in den Bundesländern - wir erleben das jetzt zum Beispiel in Baden-Württemberg, dort spricht man ganz klar und deutlich im Koalitionsvertrag von einem Ausbau der regenerativen Energien von 20 Prozent. Ich denke mal, gerade Baden-Württemberg ist ein Land, das einen sehr hohen Energiebedarf hat. Man redet in Bayern darüber, dass man auch hier über Alternativen nachdenken muss zum Ausbau regenerativer Energien vor Ort. Ich frage mich dann ganz einfach: Sind diese Netze notwendig? Ich sage Nein, es gibt Optimierungsmöglichkeiten, die genutzt werden können, die wir nutzen können. Ich sage auch, in anderen Bundesländern übrigens führt man momentan solche Verfahren zum Ausbau von 380-kV-Leitungen nicht weiter. Man sagt, wir wollen sehen, wohin die Energiepolitik geht, wohin die Energiewende geht, und dann erst wird dieses Verfahren weitergeführt.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Enders, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Ich weiß zwar nicht, warum die Uhr jetzt nicht weiterläuft, aber die Redezeit war jetzt schon überschritten.

(Beifall DIE LINKE)

Und es gibt eigentlich noch zwei Wortmeldungen. Ich sage, 3 Minuten habe ich noch zur Verfügung. Als Ersten habe ich den Abgeordneten Weber für die SPD-Fraktion gesehen, danach habe ich den Abgeordneten Kummer gesehen. Schauen wir mal, wie sich die 3 Minuten jetzt aufteilen lassen.

Abgeordneter Weber, SPD:

Ich werde im Gegensatz zur Frau Kollegin Enders, Frau Präsidentin, nicht die kompletten 3 Minuten verbrauchen.

Frau Kollegin Enders, ich lasse mir von Ihnen einfach nicht unterstellen, dass wir als SPD-Fraktion die Belange der Bürgerinitiativen nicht ernst nehmen. Ich war erst gestern mit zwei Bürgerinitiativen zusammen im Thüringer Wald, da ging es um Talsperrungen, und letzte Woche in Altenburg. Natürlich nehmen wir das ernst. Der entscheidende Unter-

(Abg. Weber)

schied zwischen Ihnen und uns ist, dass wir den Menschen Dinge auch sagen, die wir nicht ändern können, und nicht so tun, als könnten wir Strom durch die Gegend beamen

(Zwischenruf Abg. Enders, DIE LINKE: Sie können es verändern, Sie können es verändern.)

oder hätten tatsächlich die Chance, Frau Kollegin Enders, die nächsten 3.500 km ebenfalls zehn Jahre zu diskutieren. Das ist doch der entscheidende Punkt.

(Beifall CDU, SPD)

Wenn wir eine Energiewende auf den Weg bringen wollen, kann man nicht zehn Jahre über 90 km Leitung diskutieren. Das können wir uns gar nicht erlauben, Frau Kollegin Enders.

(Zwischenruf Abg. Enders, DIE LINKE: ... nicht zu verstehen.)

Wir nehmen das sehr ernst, und wir haben - lassen Sie mich doch ausreden, ich habe Ihnen fünf Minuten zugehört, Frau Kollegin Enders.

(Unruhe DIE LINKE)

Wir nehmen das sehr ernst, was die Menschen da sagen, und wir versuchen, mit den Menschen Lösungen im Einzelfall zu finden. Aber was Sie hier behaupten, das ist bar jeder Realität - dena-Netzstudie wäre von längeren Laufzeiten von Atomkraftwerken ausgegangen. Die ist nach dem Atomkompromiss 2001 erstellt worden. Entschuldigen Sie mal - völlig falsch. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Kummer, 1:30.

Abgeordneter Kummer, DIE LINKE:

Das reicht aus für ein paar kurze Worte an Herrn Barth zu den Speichern. Herr Barth, Ihre Aussage, dass jeder Speicher ein Stromvernichter oder ein Energievernichter ist, die kann man so nicht im Raum stehen lassen. Wir haben bei zu hohen Spannungen im Netz schon jetzt die Verpflichtung zur Abschaltung von bestimmten Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Und warum, wegen des Netzes.)

Da geht es nicht nur um die von einigen nicht so gern gesehenen Windkraftanlagen, schon die Turbine der Talsperre Leibis - wo sich Ihre Fraktion so intensiv dafür eingesetzt hat, dass Talsperren stärker zur Stromerzeugung genutzt werden - hat eine ferngesteuerte Abschaltautomatik, die funkgesteuert wird. Wenn zu viel Strom im Netz ist, geht dieser

Regenerativstrom zulasten von konventionellem Strom vom Netz, weil eben ein Kohlekraftwerk, weil ein Atomkraftwerk nicht so flexibel ist. Wenn ich in dem Fall diesen Regenerativstrom speichern kann, ist mir das allemal lieber, wenn ich das mit 80 Prozent Wirkungsgrad mache, als wenn ich ihn einfach in die Erde abgebe. Danke.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich nehme an, es gibt jetzt keine weiteren Redebeiträge. Eine Minute, Herr Abgeordneter Worm.

Abgeordneter Worm, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte noch einen Satz sagen, Frau Enders, zu Ihren Hochtemperaturseilen und Leitungsmonitoring: Es ist völlig unbestritten, das ist eine Technologie, die in Anwendung ist, die wird es auch zukünftig in Thüringen perspektivisch geben.

(Zwischenruf Abg. Enders, DIE LINKE: Das ist doch schon mal gut.)

Aber jetzt will ich es doch mal, damit es zu verstehen ist, bildlich darstellen: Sie können - unabhängig von der Frage, wo wollen Sie denn den Strom transportieren, wenn Sie die Seile aufrüsten, mal völlig weggelassen - ungefähr mit Leitungsmonitoring und Hochtemperaturseilen die Menge an Strom, die hier durchzuleiten wäre, auf den bestehenden Trassen ungefähr verdoppeln.

(Zwischenruf Abg. Enders, DIE LINKE: Das ist verkehrt, grundverkehrt.)

Das, was aber transportiert werden soll, ist das Fünf- bis Siebenfache dieser Menge. Das ist doch die Frage: Wo wollen Sie denn die Differenz transportieren?

(Zwischenruf Abg. Enders, DIE LINKE: Das ist völlig verkehrt. Sie reden von etwas, ohne ...)

Doch wohl nicht mit Säcken?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt jetzt keine weiteren Möglichkeiten für die Abgeordneten zu reden. Es sei denn, der Herr Minister entscheidet sich noch einmal, zu reden.

(Heiterkeit im Hause)

Das tut er nicht. Damit schließe ich den dritten Teil der Aktuellen Stunde.

Ich rufe nun auf den **vierten Teil**

d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der FDP zum The-

(Vizepräsidentin Dr. Klaubert)**ma: „Stand der Verhandlungen zur Hochschulrahmenvereinbarung III“**

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/2898 -

Ich eröffne die Aussprache. Für die FDP-Fraktion erhält der Abgeordnete Barth das Wort.

Abgeordneter Barth, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und Kollegen, im letzten Jahr hat die Landesregierung die sogenannte Notfallklausel in der Rahmenvereinbarung II gezogen. Grundlage dafür waren unabwiesbare Gründe. Nur auf so einer Grundlage ging das. Die unabwiesbaren Gründe haben, am Rande bemerkt, in rund 150 Mio. € Steuerermehreinnahmen gegenüber dem eigenen Haushaltsentwurf

(Beifall FDP)

für das laufende Haushaltsjahr bestanden. Ziel dieser Rahmenvereinbarung, liebe Kolleginnen und Kollegen, war es, die Attraktivität, die Leistungskraft und die Zukunftsfähigkeit der Thüringer Hochschulen zu gewährleisten. Es ging um den Ausbau der Thüringer Hochschulen als Wissenschaftszentren, es ging um die Schärfung der Profile durch wettbewerbsfähige und wirtschaftliche Strukturen in Lehre, Studium und Weiterbildung - und übrigens auch um die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses -, es ging um die Sicherung von guten Studienbedingungen im Freistaat. Insbesondere die Stichworte Planungs- und Finanzierungssicherheit standen immer im Mittelpunkt der Debatte. Genau diese Sicherheit ist mit dem Ziehen der Notfallklausel durch die Landesregierung nun aufgekündigt worden.

Im Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU ist vereinbart, die Hochschulen in Thüringen zu attraktiven Standorten auszubauen, die Zukunft der Hochschulen zu sichern und - und nun zitiere ich wörtlich aus dem Koalitionsvertrag - „Die Rahmenvereinbarung zwischen dem Land und den Hochschulen wird nach 2011 fortgeschrieben mit dem Ziel, die mit der derzeitigen Rahmenvereinbarung erreichte finanzielle Ausstattung der Hochschulen auf dem jetzigen“ - Stand 2009 - „Niveau und unter gleichen Bedingungen und Leistungen mindestens zu verstetigen.“ Im Haushalt 2010 ist auch tatsächlich noch eine Steigerung um 1 Prozent, genau so wie es in der Rahmenvereinbarung vorgesehen war, erfolgt. Im Jahr 2011, im laufenden Haushalt, manifestiert sich dieses Verstetigen in einer Kürzung trotz Steuerermehreinnahmen um rund 30 Mio. €. Das ist der Weg, auf dem die schwarze Landesregierung Thüringen zum Bildungsland Nummer 1 machen will, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP)

Dann kommt der Minister noch mit einem Trick und sagt, es kommen 16 Mio. € mehr vom Bund aus dem Hochschulpakt 2020 und die kompensieren zu einem großen Teil die Kürzungen, die wir hier selbst vornehmen. Was er zu erwähnen unterlässt, ist, dass die Mittel aus dem Hochschulpakt nur verwendet werden dürfen zur Schaffung zusätzlicher Stellen an den Hochschulen,

(Beifall FDP)

(Zwischenruf Prof. Dr. Deufel, Staatssekretär: Das ist falsch.)

keinesfalls aber zum Ersatz von Kürzungen der Landesmittel und als Beitrag zur Sanierung des Landeshaushalts. Herr Minister Matschie, wäre das zu Ihrer Zeit als Staatssekretär im Bundesbildungsministerium passiert, Sie wären jeder schwarz-gelben Landesregierung, die so agiert hätte, in die Parade gefahren. Zu Recht wären Sie ihr in die Parade gefahren, sehr geehrter Herr Minister.

(Beifall FDP)

Das Ergebnis für die Hochschulen ist ein völliges Fehlen einer Planungsgrundlage für die nächsten Jahre, insbesondere aber für das nächste Jahr. Es herrscht ein faktischer Berufungsstopp für Professoren, für Professuren wegen der fehlenden Planungssicherheit. Die Rücklagen, sofern sie denn vorhanden waren, sind aufgebraucht. Selbst Einsparungen können nicht geplant werden, weil selbst dafür die Grundlage fehlt. Das alles müsste Gegenstand einer Rahmenvereinbarung III sein, die aber nun zum 01.01.2012 in Kraft treten müsste. Grundlage dafür müsste aber ein Hochschulentwicklungsplan sein, den es ebenfalls noch nicht gibt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in einer Zeitung dieser Tage habe ich die Schlagzeile gelesen: „Ganz Thüringen wird Bauausstellung“. Der Beitrag des Bildungsministeriums besteht in den Baustellen in der Hochschullandschaft, in der Schullandschaft und übrigens, wie wir heute schon gehört haben, auch offenbar in der Theater- und Orchesterlandschaft.

(Beifall FDP)

Während sich hier Kollege Carius mit den Schlaglöchern in den Thüringer Straßen beschäftigen muss, müssen Sie sich mit den Kratern, die Sie in den genannten Landschaften selbst verursacht haben, beschäftigen.

(Beifall FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, um für die Hochschulen wenigstens das Schlimmste zu verhindern, weil das alles bis zum 01.01.2012 nicht mehr seriös zu schaffen ist, fordern wir Sie auf, die Rahmenvereinbarung II um ein Jahr zu verlängern und mit den Beratungen zum Hochschulentwicklungsplan und auch zur Rahmen-

(Abg. Barth)

vereinbarung III unverzüglich zu beginnen, damit diese dann zum 01.01.2013 in Kraft treten können. Wenn dann hier ein Vertreter der Landesregierung, der Finanzminister ist wieder einmal nicht da, das Wort ergreift, würde ich mich freuen, wenn ich hier nicht das Wünsch-dir-Was eines Fachressorts höre, sondern eine abgestimmte Meinung der Landesregierung. Denn das ist es, was die Studierenden und auch die Verantwortlichen an den Thüringer Hochschulen zu Recht von Ihnen erwarten. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Voigt das Wort.

Abgeordneter Dr. Voigt, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, „Stand der Verhandlungen zur Hochschulrahmenvereinbarung III“ ist ein wichtiges Thema für Thüringen. Darin sind wir uns auch einig, Herr Barth. Die Frage ist natürlich nur: Wie geht es weiter an den Thüringer Hochschulen und können wir jetzt ein Jahr länger warten, das war gerade Ihr Vorschlag, wenn ich ihn richtig gehört habe, oder geht es nicht darum, diese neue Qualität innerhalb der Thüringer Hochschullandschaft und die Prozesse, die jetzt auch schon angestoßen sind, zu einem gedeihlichen Ende zu führen? Natürlich geht es um Finanzen an der Hochschule. Es geht um personelle Ausstattungen und das Lehrangebot und es geht um die Frage, wie Ziel- und Leistungsvereinbarungen weiterentwickelt werden können. Thüringer Hochschulen konnten bisher immer auf einen verlässlichen Planungshorizont setzen. Mit der Zukunftsinitiative „Exzellentes Thüringen“ wurden in den Jahren 2008 bis 2011 insgesamt rund 2,8 Mrd. € in Bildung, Forschung, Innovation und Nachwuchsförderung in Thüringen investiert. Wesentliche Eckpunkte der Initiative waren der Thüringer Hochschulpakt, also richtig die Rahmenvereinbarung II, mit insgesamt 1,7 Mrd. € für Hochschulen sowie das zeitgleich unterzeichnete Thüringer Programm zur Umsetzung des Hochschulpakts 2020. Nun läuft diese Rahmenvereinbarung II zum 31. Dezember 2011 aus. Gleichzeitig ist sie ein Beleg und ein eindeutiges Bekenntnis zum Wissenschaftsland Thüringen unter dem Stichwort „Exzellentes Thüringen“ gewesen. Es ging nämlich nicht nur um die Fragestellung der Finanzen, sondern auch um konkrete Ziele: einerseits auf der finanziellen Seite größtmögliche Flexibilisierung durch die Budgetierung der Hochschulhaushalte, leistungs- und belastungsorientierte Mittelvergabe und auch der Abschluss von Zielvereinbarungen. Das war auf der einen Seite die finanzielle Fragestellung des Ganzen. Auf der anderen Seite gab es natürlich auch hochschul- und wissenschaftspolitische Zielstellungen. Der weitere

Ausbau der Thüringer Hochschulen als Wissenschaftszentren stand im Mittelpunkt genauso wie die Schärfung der Hochschulprofile, die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und die verstärkte Kooperation zwischen Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft. Hier ist ein Grund gelegt, meiner Meinung nach, der so auch weiterentwickelt werden kann, der deutlich zeigt, wo das Thüringer Hochschul- und Wissenschaftssystem hingehen kann, der aber trotzdem auch eine neue Qualität abfordert. Was soll die Rahmenbedingung III aus Sicht der CDU-Fraktion bedeuten?

1. Natürlich eine auskömmliche Finanzierung. Im Rahmen der Haushaltsverhandlungen wollen wir auch künftig für optimale Studien- und Forschungsbedingungen in Thüringen sorgen.

2. Klare Ziel- und Leistungsvereinbarungen gilt es so zu formulieren, dass wir uns nicht nur an quantitativen Maßstäben abarbeiten, sondern auch qualitative Zielsetzungen so aufbauen, dass wir den Hochschulen eine eigenständige Profilierung geben.

3. Wir müssen eine Planungssicherheit über einen längeren Zeitraum gewährleisten. Es gilt auch wieder Dinge zu verhandeln, die nicht nur von Jahr zu Jahr gelten.

4. Eine Schwerpunktsetzung der einzelnen Hochschulstandorte in einem Gesamtkonzept über die Zukunft der Thüringer Hochschullandschaften gilt es zu verbinden.

5. Das Ganze sollte gemeinsam mit den Hochschulen entwickelt und diskutiert werden.

Hier darf man auch einfordern, dass wir die Hochschulen aktiv einbeziehen in diesen Prozess. Ich glaube, da tut es auch not, dass wir das Ganze im Rahmen der Bildungspolitik hier in diesem Hohen Haus intensiv diskutieren, weil es letztlich eine Unterschrift eines Ministeriums, aber auch mehr ist, nämlich ein Bekenntnis eines ganzen Hauses für eine aktive und lebendige Wissenschaftslandschaft. Deswegen, glaube ich, gilt es jetzt, zügig in die Gespräche einzusteigen, auch regelmäßig im Bildungsausschuss darüber zu informieren. Ich glaube, es kann nicht unser Ziel sein, erst Ende des Jahres 2011 darüber eine Vereinbarung zu schließen. Denn auch die Hochschulen brauchen einen Planungshorizont, der deutlich früher einsetzt. Es können nicht erst im Dezember 2011 Verträge für 2012 verhandelt werden. Insofern haben wir ein enges und straffes Zeitfenster. Ich glaube trotzdem, dass es gut schaffbar ist. Die Hochschulen sind Demographiemagneten für ein junges Thüringen. Junge Menschen bleiben in der Heimat oder kommen nach Thüringen, wenn wir ihnen eine attraktive Hochschullandschaft bieten. Genau aus dem Grund

(Abg. Dr. Voigt)

sollten wir jetzt zügig in die Umsetzung der Rahmenvereinbarung III einsteigen. Schönen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion DIE LINKE hat Frau Abgeordnete Dr. Kaschuba das Wort.

Abgeordnete Dr. Kaschuba, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion hat den Antrag gestellt „Stand der Verhandlungen zur Hochschulvereinbarung III“. Sie hat vorher eine Hochschultour gemacht. Wir haben auf der Tagesordnung der Plenarsitzung zwei Tagesordnungspunkte stehen, die sich mit diesem Thema schon beschäftigen. Die Aktuelle Stunde ist also ein bisschen nach dem Motto „Ich bin all hier“ auf die Tagesordnung gesetzt worden, obwohl man nie genug Hochschulpolitik machen kann.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: So ist es.)

Es wurde schon mehrfach gesagt, die Rahmenvereinbarung läuft am 31.12. aus. Nach unserem Kenntnisstand finden bereits Diskussionen zur Rahmenvereinbarung III statt und man munkelt, dass es zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch deutliche Finanzierungslücken gibt. Es gab ja Zusammenkünfte, bei denen man den einen oder anderen getroffen hat.

Ich will hier noch einmal darauf hinweisen - das hat der Kollege Barth schon getan -, dass den Hochschulen Landesmittel in Höhe von ca. 20 Mio. € und dann noch mal ca. 10 Mio. € im Hochschulbau gekürzt wurden. Sie haben aber dann im Ausgleich - das wurde immer wieder gesagt - 15 Mio. € Bundesmittel bekommen. Die hätten ihnen aber ohnehin zugestanden. Das ist nach wie vor der kritische Punkt, den wir sehen. Das hatten auch Tausende von Studierenden kritisiert. Die Frage für uns ist nun, wenn die Landesregierung in Form von Staatssekretär Deufel immer wieder betont, dass sie die Mittel für die Hochschulen mit dem künftigen Haushalt in der Rahmenvereinbarung III verstetigen will, welchen Ansatz die Landesregierung will. Das ist die interessante Frage. Wählt sie den gekürzten Landesmittelansatz oder wählt sie den Ansatz des Jahres 2011, der die Bundesmittel mit einbezieht, oder bekommen die Hochschulen dieses Mal die ursprünglichen Landesmittel und zusätzliche Bundesmittel? Sie haben uns die Zahlen schon einmal benannt, das bewegt sich, glaube ich, so zwischen 12 und 19 Mio. € in den nächsten vier, fünf Jahren pro Jahr. Ich könnte das hier auch noch vortragen, aber dafür reicht die Zeit nicht.

Wir sehen außerdem bei der Ausgestaltung der Rahmenvereinbarung drei Probleme, die sich insbesondere aus der Umsetzung der Rahmenverein-

barung II ergeben und die unserer Meinung nach für die neue Rahmenvereinbarung Bedeutung haben, insbesondere für die Ziel- und Leistungsvereinbarungen. Die Haltezahlen für Studienanfängerzahlen sind ein Problem, die Erhöhung der erfolgreichen Abschlüsse in der Regelstudienzeit, wo sich die Landesregierung sehr hoch gesteckte Ziele gesetzt hat - das kann man nachlesen -, die erfolgreiche Akkreditierung und Reakkreditierung von Studiengängen an den einzelnen Hochschulen, da gibt es quantitative und qualitative Unterschiede, und die Ausstattung der Hochschulen, die ein qualifiziertes Studium ermöglichen, und nicht wie in einigen Studiengängen der Friedrich-Schiller-Universität mit einer Überlast von 240 Prozent gefahren wird.

In Diskussionen ist uns auch mitgeteilt worden, dass die entwicklungsplanerischen Ziele des Thüringer Ministeriums für Wissenschaft unter Berücksichtigung der Finanzplanung des Landes aufzustellen seien. Insofern ist die Aussage des Finanzministers, dass die Thüringer Hochschulen über ihre Studienanfängerzahlen nachdenken müssten, aus unserer Sicht bedenklich. Bedenken wir die Fachkräftesituation im Land und die Notwendigkeit der Qualifizierung junger Menschen, sollte man eher über die Erhöhung der Studienanfängerzahlen und nicht über ihre Absenkung aus finanziellen Gründen nachdenken.

Wir wissen auch, dass die Hochschulen über Rücklagen verfügen, die zum Teil gebunden sind, zum Teil auch bereits weg sind. Wir hoffen aber, dass bei der Rahmenvereinbarung III die Rücklagen der Hochschulen nicht zur Finanzierung angetastet werden. Davon gehe ich aus. Vielleicht könnte die Landesregierung sich noch einmal dazu äußern.

Wenn wir auf Probleme aufmerksam gemacht haben, welche die Ausstattung, die Qualifizierung der Lehre in einzelnen Hochschulen betrafen, wurde uns immer wieder gesagt, das sind hochschulinterne Probleme. Das sehen wir anders. Wir glauben, dass die Landesregierung eine hohe Verantwortung hat, um die Hochschulen auch finanziell adäquat auszustatten. Ich stimme Herrn Voigt insofern zu, dass die Verabschiedung der Rahmenvereinbarung III im Zusammenhang mit dem Haushalt 2012 viel zu spät ist. Dann sind die Messen gesungen, die Hochschulen haben keine Planungssicherheit und der Landtag hat auch keine Möglichkeit, sich in diesen Diskussionsprozess selbst einzuklinken. Da wünsche ich mir doch viel, viel mehr Möglichkeiten der gemeinsamen Diskussion. Wir möchten, dass sich Hochschulentwicklung nicht nur unter finanziellen Aspekten darstellt, sondern dass sie wirklich dem Ziel dient, Thüringen zum Bildungsland Nummer 1 zu machen, wie Minister Matschie das formuliert hat.

(Abg. Dr. Kaschuba)

Ich möchte noch ein Wort zur FDP sagen und dort möchte ich zitieren. Die FDP hatte bereits 2009 auf die prekäre Situation der Hochschulen hingewiesen - ich zitiere es jetzt nicht, weil ich keine Zeit mehr habe -, sie sagte aber, dass man den Hochschulen die Möglichkeit im Zuge der Autonomie einräumen sollte, Studiengebühren einzuführen. Das ist nicht unser Ziel bei der Formulierung der neuen Rahmenvereinbarung III. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich Frau Abgeordnete Rothe-Beinlich zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich denke, das Entscheidende ist, dass wir sehr bald Klarheit darüber brauchen, was die künftige Hochschulfinanzierung angeht. Das haben meine Vorrednerinnen auch schon zum Ausdruck gebracht.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Ich auch.)

Ich habe Sie durchaus mit gemeint, das müssen wir ständig ertragen, Herr Barth. Über die Ankündigung hinaus, dass der neue Hochschulpakt von 2012 bis 2017 entwickelt wird und mit den Hochschulen verhandelt wird, ist dem Parlament nämlich bislang keinerlei substanzuelle Information - so will ich es einmal nennen - mit Blick auf die Finanzierung zur Verfügung gestellt worden. Es ist natürlich auch völlig klar, dass, solange nichts offiziell ist - Frau Kaschuba hat es gerade angesprochen -, es wird viel gemunkelt und auch befürchtet, dass die Beteiligten in Sorge und verunsichert sind, denn es stecken ihnen durchaus noch die Kürzungen aus der letzten Haushaltsrunde für 2011 in den Knochen, auch wenn das aus den Fraktionen von CDU und SPD niemand so recht wahrhaben wollte. Hier wurden aber, darauf will ich noch einmal hinweisen, unter dem Strich doch 30 Mio. € weggenommen. Insbesondere die Angestellten und Beschäftigten, aber auch die Studierenden haben natürlich große Befürchtungen, wieder im Zuge der neuen Rahmenvereinbarung die Leidtragenden einer Sparpolitik der Landesregierung zu sein, die aus unserer Sicht am völlig falschen Ende ansetzt. Wenn man bedenkt, dass 80 Prozent der Thüringer Wissenschaftlerinnen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, dann werden sich die ohnehin schwierigen Arbeitsverhältnisse für viele Beschäftigte weiter verschlechtern und die Befürchtung, denke ich, ist durchaus gerechtfertigt, dass das sogenannte Wissenschaftsprekariat weiter zunehmen wird. Das kann keiner ernsthaft wollen und wir sa-

gen auch ganz klar - und so richtig witzig, Herr Matschie, ist das auch nicht -, dass durch Einsparungen im Bildungsbereich überhaupt gar keine Haushaltskonsolidierung erreicht werden kann, sondern ganz im Gegenteil, langfristig gesehen sind höhere Folgekosten zu erwarten, als die Einsparungen jemals erreichen können. Das müsste Ihnen eigentlich zu denken geben.

Wir wollen, dass die Hochschulfinanzierung, und das ist für uns entscheidend, in Thüringen transparent, zuverlässig und vor allem ausreichend erfolgt. Der nächste Hochschulpakt muss entsprechend krisensicher gestaltet sein. Eine weitere Notfallklausel, das will ich auch noch einmal in aller Deutlichkeit sagen, lehnen wir ab. Wir haben ja gesehen, was damit gemacht wird, wenn es opportun erscheint, die Debatten dazu hatten wir ja rund um die letzte Haushaltsberatung. Wir brauchen dringend Zuverlässigkeit und Planbarkeit für die Hochschulen. Die ist allerdings, das muss ich Ihnen leider so sagen, auch seit dem Regierungswechsel mitnichten gegeben. Vorher gab es da auch Schwierigkeiten, aber die Kritik an dieser Stelle kann ich Ihnen nicht ersparen.

Wir brauchen endlich Klarheit über die neue Rahmenvereinbarung mit den Hochschulen ab 2012 und zudem transparente Steuerungsmodelle. Das hat im Übrigen auch der Rechnungshof immer wieder angemahnt und, ich meine, dem sollten wir selbstverständlich auch im wahrsten Sinne des Wortes Rechnung tragen. Zudem haben wir die Initiative für die Aufhebung des Kooperationsverbots immer noch nicht aufgegeben, ganz im Gegenteil. Wir meinen, es ist an der Zeit, einen neuen Anlauf der gemeinsamen Finanzierung des Hochschulsystems durch alle Bundesländer zu wagen, und auch hier könnten wir uns Initiativen der Landesregierung nicht nur vorstellen, sondern wünschen sie sogar. Das im Grundgesetz eingeführte Kooperationsverbot des Bundes und der Länder im Bildungsbereich erweist sich gerade bei der Hochschulfinanzierung immer wieder als Hindernis bei der Wahrnehmung einer gemeinsamen Verantwortung für die Finanzierung von dringend notwendigen Bildungsinvestitionen. Wir meinen weiterhin, dass wir gerade angesichts des absehbaren Fachkräftemangels mehr Studierende - Frau Kaschuba hat auch schon darauf hingewiesen -, bessere Studienbedingungen, eine bessere Forschungsförderung und vor allem mehr Qualität in der Lehre brauchen. Mit Sparen an der Bildung wird das jedenfalls nichts. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Metz das Wort.

Abgeordneter Metz, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Barth, als ich Ihnen von da oben zugehört habe, war mir klar, warum Sie die Aktuelle Stunde heute eingebracht haben. Das ist ähnlich wie Aktuelle Stunden, die Sie bezüglich Wirtschaftspolitik einbringen, einfach mal nicht an einem konkreten Thema abarbeiten, sondern einen Rundumschlag machen, dieses Mal war es ein bildungs-, kultur-, wissenschafts- und hochschulpolitischer Rundumschlag gegen das Ministerium. Zu sagen, wir hätten Riesenkrater in der Bildungs- und Hochschullandschaft hinterlassen - ich kann Ihnen nur sagen, es gab kleinere Krater und Kräterchen in Thüringen und dann kommt es darauf an, ob man sie wie im Mittelalter mit Pferdemit und Stroh stopft oder mit nachhaltigen Baumaterialien. Ihre Vorschläge, die Sie in der Vergangenheit dazu gebracht haben, erinnern dann eher an die mittelalterliche Methode. Wir wollen doch eher modernere Methoden, denn die hervorragenden Thüringer Hochschulen sind unverzichtbar für die Entwicklung eines zukunftsorientierten Wissenschafts-, aber auch Wirtschaftsstandorts Thüringen. Wir haben vier Universitäten, vier Fachhochschulen plus last, but not least eine Musikhochschule und damit verfügt Thüringen über eine breite Hochschullandschaft, die es in Zukunft auch zu sichern gilt. Nicht nur die viel zitierten Stichworte „Fachkräftemangel“ oder „Fachkräftebedarf“ sind hier zu unterstreichen, sondern die Hochschulen sind auch ein Ort der Aufklärung und des Wissens und damit auch für die Tradition, für die Thüringen steht, wichtig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die derzeitigen Prognosen zur Entwicklung der Studierendenzahlen sehen gut aus. Immer mehr Studierende aus den sogenannten alten Bundesländern kommen nach Thüringen. Herr Voigt hat es gesagt, teilweise wirken die Thüringer Hochschulen schon wie Magneten auch für Studierende und kompensieren damit zumindest in der Prognose sogar den Rückgang der Abiturienten. Die Aussetzung der Wehrpflicht und doppelte Abiturjahrgänge werden auch in Zukunft dazu beitragen, dass die Entwicklung so bleibt. Vor diesem Hintergrund ist und bleibt es richtig, die Verstärkung der finanziellen Ausstattung zu erreichen. Die rote Linie in Sachen Kürzung ist für die SPD-Fraktion erreicht, denn weitere Kürzungen würden nur eines an dieser Stelle erreichen, die Entwicklung, die wir derzeit haben, nämlich ein dialogisches Verfahren, eine dialogische Entwicklung zwischen Minister, Staatssekretär, den Hochschulen, den Studierendengruppen und den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern würden schlagartig beendet bzw. unterbrochen werden, während andere Länder davonziehen. Was brauchen wir also? Wir brauchen ein attraktives, ausgewogenes und aufeinander abgestimmtes Studienangebot, eine klare Steigerung der Attraktivität

des Studienangebots auch für Menschen aus bildungsfernen Schichten, verstärkte Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Ohne ausreichende finanzielle Sicherung wird das nur eine Illusion bleiben.

Zusammengefasst heißt es: Die schwierige allgemeine Haushaltssituation des Freistaats hat die Landesregierung und den Landtag für 2011 zu Mittelkürzungen im Hochschulbereich gezwungen. Damit verbunden ist der Eingriff in die geltende Rahmenvereinbarung mit den Hochschulen, Herr Barth, und nichts anderes. Auch wenn ein Großteil der Reduzierung durch zusätzliche Bundesmittel kompensiert werden konnte, ist doch klar, dass die Hochschulfinanzierung durch den in den kommenden Jahren noch steigenden Haushaltskonsolidierungsdruck erneut in Kürzungsdiskussionen zu geraten droht. Das wäre für den Erhalt und die Weiterentwicklung des Hochschul- und Forschungsstandorts Thüringen kontraproduktiv. Ziel der SPD-Fraktion und des Bildungsministeriums ist es daher, die Fortschreibung der Rahmenvereinbarung zumindest zu einer Stabilisierung der Hochschulfinanzierung auf dem jetzt erreichten Niveau zu erhalten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung Minister Matschie, bitte.

Matschie, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Barth, Sie haben die Aktuelle Stunde beantragt und es war in den vergangenen Monaten schon gelegentlich zu beobachten, dass es Probleme mit der Wirklichkeitswahrnehmung bei der FDP gibt. Dass sie so groß sind, hätte ich nicht vermutet.

(Zwischenruf Abg. Bergner, FDP: Das ist das mit dem Glashaus.)

Ich möchte es mal an drei Punkten deutlich machen: Hochschulpakt 2020 - wie haben Sie gesagt -, er sei für zusätzliche Studienplätze gedacht. Das ist falsch, sondern wir haben im Hochschulpakt 2020

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Nein, für zusätzliche Stellen.)

- nein, auch nicht für zusätzliche Stellen - eine Referenzlinie gemeinsam mit dem Bund definiert und verpflichten uns zur Einhaltung einer bestimmten Anzahl von Studienanfängern. Das ist die Linie im Hochschulpakt 2020. Wir liegen deutlich über der Referenzlinie, haben also überhaupt keine Probleme, die Bedingungen des Hochschulpakts zu erfüllen.

(Minister Matschie)

Zweiter Punkt: Sie haben davon geredet, dass es einen Berufsstopp gibt. Ich lade Sie gern mal in mein Büro ein, dort liegen noch einige Mappen von Berufungen, die zu unterzeichnen sind. Ich habe auch einige in den letzten Monaten unterzeichnet. Auch das gibt es in der Wirklichkeit nicht, was Sie hier wahrgenommen haben. Es gibt keinen Berufsstopp.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Über die Wahrnehmung sollten wir uns noch mal unterhalten.)

Ja, genau. Mit den Kratern in der Bildungslandschaft ist das ganz ähnlich. Wenn Sie sich mal anschauen, wie sich die Bildungsfinanzierung seit 2009 entwickelt hat, seit Übernahme der Regierungsverantwortung durch die neue Landesregierung, dann werden Sie feststellen, dass die Bildungsfinanzierung deutlich ausgeweitet worden ist seitdem, und zwar obwohl wir bei den Hochschulen für das Jahr 2011 die Notfallklausel ziehen mussten. Ich bitte einfach, wenn wir hier versuchen, die Debatte miteinander zu führen über die Perspektive der Hochschulen, an der Wirklichkeit zu bleiben. Wahr ist, dass unsere Hochschulen hochleistungsfähig sind und über die Grenzen hinaus auch eine starke Anerkennung finden. Wir haben gerade heute aktuell die Nachricht einer Begutachtung durch den Wissenschaftsrat bekommen, die haben den Bereich Elektro- und Informationstechnik getestet an verschiedenen Hochschulen, die TU Ilmenau schneidet dort hervorragend ab. Acht Bereiche sind begutachtet worden im Vergleich und Ilmenau schneidet in allen acht Bereichen mit „sehr gut“ bis „gut“ ab. Das zeigt, wir haben hier eine extrem hohe Leistungsfähigkeit unserer Hochschullandschaft.

Ich möchte noch mal an die Debatte im letzten Jahr erinnern, als wir gezwungen waren, die Notfallklausel zu ziehen. Wir waren der Überzeugung, das lässt sich für ein Jahr verantworten. Für ein schwieriges Jahr kann man den Hochschulen das zumuten. Wenn ich heute die Entwicklung sehe, dann ist eben nicht das eingetreten, was Sie an die Wand gemalt haben, dass das Chaos ausbricht an den Hochschulen und dass die Forschungslandschaft zusammenbricht, sondern ich sehe hochleistungsfähige Hochschulen.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Noch, noch.)

Mittlerweile kommt jeder dritte Studienanfänger aus den alten Bundesländern.

(Beifall SPD)

Das spricht für die Attraktivität, das spricht für gute Studienbedingungen. Ich sage es auch ganz klar und deutlich: Ich sehe in den Thüringer Hochschulen auch wesentliche Entwicklungsmotoren für das Land. Die demographische Entwicklung ist angesprochen worden. Wir brauchen Institutionen, die in der Lage sind, Zuwanderung zu erzeugen. Die

Hochschulen sind für mich solche Institutionen. Dass das funktioniert, zeigen die Studienanfängerzahlen aus den alten Bundesländern. Ich setze mich dafür ein, dass wir eine gute finanzielle Ausstattung unserer Hochschulen auch für die Zukunft sichern. Dazu soll die Rahmenvereinbarung III dienen. Der Koalitionsvertrag trifft hier klare Aussagen:

1. Die Rahmenvereinbarung zwischen Land und Hochschulen hat sich bewährt, sie soll fortgesetzt werden.
2. Die finanzielle Ausstattung der Hochschulen ist zu verstetigen.

Da sage ich an dieser Stelle auch ganz klar dazu, weil das Wort hier gefallen ist, die finanzielle Ausstattung ist zu verstetigen, und zwar ohne Studiengebühren. Es wird auch in Zukunft keine Studiengebühren in Thüringen geben.

(Beifall SPD)

Ich setze mich dafür ein, dass die Hochschulen eine auskömmliche Finanzausstattung haben, damit wir gute Studienbedingungen sichern und eine leistungsfähige Forschung. Beides ist notwendig, damit Thüringen attraktiv ist und die Hochschulen ihre Aufgabe als Wachstumsmotoren ausfüllen können.

Derzeit laufen die Gespräche zur Haushaltsaufstellung. In diese Haushaltsaufstellung gehören auch die Gespräche zur Rahmenvereinbarung III, denn das erste Jahr dieser Rahmenvereinbarung ist das nächste Haushaltsjahr. Deshalb an Herrn Voigt und auch an Frau Kaschuba, wenn hier der Vorwurf kam, wir dürfen nicht erst Ende 2011 die Verträge der neuen Rahmenvereinbarung unterschreiben, will ich noch einmal das Verfahren klarmachen. Wir verhandeln jetzt die neue Rahmenvereinbarung, wir werden sie gemeinsam mit dem Haushalt dem Landtag zuleiten und dann hat der Landtag darüber zu befinden. Je schneller der Landtag den Haushalt entscheidet, desto schneller können wir natürlich auch die Rahmenvereinbarung unterzeichnen. Ich vermute aber einmal, nach dem normalen Prozedere wird mit der Haushaltsverabschiedung wahrscheinlich im November zu rechnen sein, so dass wir dann auch, wenn der Haushaltsgesetzgeber die Entscheidung getroffen hat, die Rahmenvereinbarung unterschreiben. Aber, und auch das wissen Sie ja, wenn wir die Rahmenvereinbarung verhandelt und in den Landtag eingebracht haben, dann können die Hochschulen auch mit einer gewissen Sicherheit davon ausgehen, dass der Landtag das nicht alles über den Haufen werfen wird, sondern im Wesentlichen diese Rahmenvereinbarung auch bestätigen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage auch ganz offen, das ist keine einfache Debatte, die wir führen, nämlich bei sinkenden Landeshaushalten wachsende Aufgaben an den Hochschulen zu finanzieren. Aber ich sage genauso klar, ich kämpfe

(Minister Matschie)

dafür, dass wir hier eine Verstetigung der Mittel bekommen, denn nur wer sät, der kann auch ernten, und nur wer heute in Bildung investiert, wird morgen eine leistungsfähige Wirtschaft und entsprechenden Wohlstand ernten können. Deshalb freue ich mich, wenn es hier eine starke Unterstützung aus dem Landtag gibt für diese Aufgabe der Hochschulfinanzierung. Gerade beim jüngsten Energiegipfel ist es noch mal deutlich geworden, wie wichtig auch das Zusammenspiel zwischen Forschung, Wissenschaft und Wirtschaft hier in Thüringen ist, gerade wenn wir neue innovative Wirtschaftsbereiche weiterentwickeln wollen. Wir haben dort eine Forschungsstrategie vorgestellt zum Bereich erneuerbare Energien, die auch auf breite Zustimmung bei den Wirtschaftspartnern stößt. Das zeigt noch mal am aktuellen Beispiel, wie wichtig es ist, dass wir ausreichend finanzierte Hochschulen haben. Sie verstehen, dass ich Ihnen, da wir noch mitten in den Verhandlungen sind, keine konkreten Zahlen heute auf den Tisch legen kann, aber eins kann ich Ihnen versichern, ich werde für starke Hochschulen kämpfen und ich hoffe auf die Unterstützung des Parlaments.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Mir liegen keine weiteren Redeanmeldungen mehr vor, so kann ich auch diesen Teil der Aktuellen Stunde schließen. Ich rufe nun auf den fünften und **letzten Teil**

e) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: „Rückkauf des von der rechtsextremen Szene genutzten Schützenhauses in Pößneck durch die Stadt“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/2899 -

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort für die SPD-Fraktion an den Abgeordneten Metz.

Abgeordneter Metz, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Thüringer Neonazis haben eine ihrer wichtigsten Immobilien verloren. Die jahrelange Nutzung des Schützenhauses für die NPD und für die Neonaziszene, in der Veranstaltungen, Treffen, Heimatabende und rechte Musikfestivals stattfanden, sind dank des Engagements des Bürgermeisters Herrn Modde und auch des Landrates Roßner endlich zu Ende.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Kapitel begann, indem einer der - erlauben Sie mir den Ausdruck in diesem Zusammenhang - widerlichsten

Figuren der Neonaziszene, nämlich Jürgen Rieger, das Objekt für 360.000 € erwarb und dann über eine Art Eugenik-Stiftung sozusagen in eine Finanzierungsgrundlage gegeben hat und über die Thüringer Neonaziszene dann in einer Geschichte nun endlich zum Verkehrswert von 180.000 € von der Kommune zurückgekauft wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich finde, das ist ein gutes Zeichen und ein gutes Signal, das nicht nur von hohem Symbolwerte ist, da Pößneck zentraler Veranstaltungsort beispielsweise für das Fest der Völker und andere neonazistische Veranstaltungen geworden ist, sondern es ist auch deshalb ein Zeichen, weil ich weiß, dass es in Pößneck um die Landtagsabgeordneten der Linkspartei und der SPD, um ein Netzwerk, das sich vor Ort engagiert hat, tatsächlich eins gezeigt hat, der Rechtsextremismus bekämpft sich dort, wo er auch stattfindet, nämlich in der Kommune. Rechtsextremismus und Neonazismus wird vor Ort bekämpft, die Auseinandersetzung mit Faschisten findet vor Ort statt und dazu gehören die Vertreter der Kommunen, der Gemeinden, der Städte, aber auch der Vereine vor Ort. Dazu benötigt es aber auch eine professionelle Beratungsstruktur auf Landesebene. Da hat sich das, was sich in den letzten Jahren entwickelt hat unter anderem mit dem kleinen „Kindlein“ Mobile Beratung, das sich mittlerweile zu einem professionellen und wirklich guten Erwachsenen entwickelt hat, tatsächlich bewährt, denn auch die Mobile Beratung war in Pößneck vor Ort aktiv und hat Hintergrundgespräche mit den Verantwortlichen geführt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich finde, dass die Vernetzung, die da passiert ist vor Ort, zu einem Erfolg geführt hat. Was heißt das aber? Die Toleranzgrenze für das Land, die Toleranzgrenze, die Pößneck und die Bürgerinnen und Bürger in Pößneck um das Schützenhaus errichtet haben, muss auch für die Thüringer Landesregierung gelten. Das heißt, wir brauchen eine Strategie seitens des Innenministeriums an dieser Stelle, wie wir mit rechtsextremen Immobilien und mit rechtsextremen Häusern auch in Bad Langensalza und anderen Städten umgehen, und wir brauchen die Debatte darüber, wie sich das Land hier einschaltet. Eine kleine Stadt, eine feine, aber trotzdem kleine Stadt wie Pößneck wird es schwer haben, die 180.000 €, die sie aufbringen muss, selbst zu stemmen. Die SPD-Fraktion steht bereit für Gespräche mit den Pößneckerinnen und Pößneckern vor Ort, auch über finanzielle Hilfe. Wir sind dazu bereit. Ich danke denjenigen in Pößneck für ihr Engagement und hoffe, dass wir in Zukunft auf Landesebene eine gemeinsame Strategie zum Umgang mit Immobilien finden. Danke.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion DIE LINKE hat sich Frau Abgeordnete Sedlacik zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Sedlacik, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, das Thema Chronik und Zukunft des Pößnecker Schützenhauses ist mir sehr wichtig und es ist mir auch sehr bedeutend. Ich hatte den Wunsch und auch die Hoffnung, dass daraus eine Partei kein politisches Kapital schlägt. Es ist nicht so eingetroffen. Danke für Ihren Beitrag, Peter Metz.

Ich möchte doch noch einmal einiges dazu erläutern. Zur Chronik des Schützenhauses gehört die Internetersteigerung vor acht Jahren, hinter der, wie sich dann entpuppte, der Rechtsextremist Jürgen Rieger steckte. Zur Chronik des Schützenhauses gehört auch die damit verbundene unerträgliche Präsenz der NPD in der kleinen, idyllischen Stadt Pößneck. Eine Stadt hat seitdem gekämpft und hat nach dem dritten Anlauf ihr ehemaliges Kulturhaus zurückerobert. Dazu beglückwünschen wir die Stadt und - der Bürgermeister sitzt heute als Gast hier oben - natürlich insbesondere den Bürgermeister Herrn Modde.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir alle oder die meisten erfuhren es aus der Zeitung mit Erleichterung, mit Genugtuung. Glückwunsch an die Beteiligten, die die Verhandlungen geführt hatten, und natürlich wünschen wir auch, dass der morgige Stadtratsbeschluss dazu, der das Ganze erst einmal einstimmig besiegelt, verabschiedet wird. An uns soll es nicht liegen. Mir obliegt es aber heute an dieser Stelle unbedingt, das gesellschaftliche Engagement zu würdigen, welches dazu beigetragen hat, dass sich mit viel, viel Initiative von unten immer wieder dem braunen Spuk im Schützenhaus und in der Stadt in den Weg gestellt wurde. Ob mit Kunst- oder Kulturaktionen, Mahnwachen, Demos, ja auch Sitzblockaden gehörten dazu, alles das waren wichtige Entscheidungshilfen. Sowie auf juristischem als auch auf politischem Gebiet wurden hier Zeichen gesetzt. Das Schützenhaus gehört wieder den Pößneckern. Was hier abgelaufen ist, ist beispielgebend für andere Orte in Thüringen. Es ist aber nur ein erster wichtiger Schritt, dem müssen zweite und dritte folgen. Ich denke, das Problem ist nicht unbedingt der Kaufpreis, das Problem ist, woher Geld für die weitere Sanierung auftreiben, und dazu erhofft sich vielleicht der Bürgermeister hier ein Signal. Jetzt ist es an der Zeit, das bürgerschaftliche Engagement erneut zu mobilisieren, sich zu beteiligen. Was soll nun mit diesem Haus passieren? Ich denke, es ist ein Glücksfall für die Stadträte, dass sich nun am 1. Juli ein Bürgerbündnis in Pößneck gründen wird, welches auf allen gesellschaftlichen Ebenen mehr

Bürgerbeteiligung fordert und sich mit ehrenamtlichem Engagement weiter einbringen möchte. Das erfordert aber jetzt, offen zu reden. Spätestens jetzt ist Schluss mit Taktieren hinter verschlossenen Türen. Die Stadt, die Bürgerinnen und Bürger müssen vom Haus wieder Besitz ergreifen. Eine dankbarere Aufgabe kann doch ein neues Pößnecker Bürgerbündnis gar nicht haben. Ich freue mich, heute hier verkünden zu können, bunt statt braun wird im Schützenhaus, wird in Pößneck endlich Wirklichkeit. Danke.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die FDP-Fraktion hat sich der Abgeordnete Bergner zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Bergner, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Bürgermeister Modde! Die Aktuelle Stunde spricht ein Thema an, bei dem nicht immer mit einem glücklichen Ende gerechnet werden konnte. Jetzt erwirbt dankenswerterweise die Stadt Pößneck das Schützenhaus, das 2003 von einer als rechtsradikal bekannten Persönlichkeit erworben wurde, wieder zurück und kann es endlich wieder zurück erwerben.

(Beifall FDP)

Ich glaube, meine Damen und Herren, die Menschen in Pößneck können stolz sein. Sie können stolz darauf sein, dass sie sich nicht ihrem Schicksal einfach hingegeben haben, und stolz darauf, dass sie sich nicht haben einschüchtern lassen. Im Gegenteil, die Bürgerinnen und Bürger in Pößneck haben sich engagiert durch Aufklärungsarbeit und durch friedlichen Protest. Und wenn ich das an dieser Stelle so sagen darf, Herr Bürgermeister, ich möchte Sie auch bitten, den Dank meiner Fraktion ebenfalls mit nach Hause nach Pößneck zu nehmen.

(Beifall FDP)

Ein besonderes Lob, meine Damen und Herren, geht aber auch an die lokale Polizei, die bei sehr schwierigen und angeheizten Situationen ihre Arbeit aus unserer Sicht doch recht professionell erledigt hat.

(Beifall FDP)

Die FDP-Fraktion war am 30. März 2011 zu einer öffentlichen Fraktionssitzung in Pößneck. Bei diesem Besuch konnten wir uns vor Ort ein Bild davon machen, mit welcher Leidenschaft und mit welchem Engagement in Pößneck und im gesamten Saale-Orla-Kreis diskutiert und debattiert wird. Was wir darüber hinaus verspüren durften, meine Da-

(Abg. Bergner)

men und Herren, war eine großartige Gastfreundschaft, auch dafür herzlichen Dank.

Nach nunmehr ca. acht Jahren kann die Stadt Pößneck das Schützenhaus zurückerwerben. Mit Zustimmung des Stadtrats am 16. Juni - worauf ich setze - tritt der Kaufvertrag in Kraft. Wie uns signalisiert wurde, herrscht große Zustimmung im Stadtrat zu diesem Vorhaben. Das ist auch gut so. Der rechtsextremen Szene wird dadurch ein Prestigeobjekt in Thüringen entzogen und es steht für Veranstaltungen, die Demokraten den Magen umdrehen müssen, nicht mehr zur Verfügung, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, FDP)

Dabei will ich noch einmal hervorheben, dass der Rückkauf des Schützenhauses nicht nur dem Image der Stadt Pößneck, sondern dem gesamten Freistaat Thüringen zugute kommt. Natürlich werden sich mit dem Kauf des Schützenhauses nicht alle Probleme in Luft auflösen, meine Damen und Herren. Wir sollten den Erfolg aber als Anstoß für weitere Handlungen nutzen. Deswegen halten wir es für richtig, dass das Schützenhaus zeitnah saniert und über eine angemessene Nachnutzung nachgedacht wird.

Dass dies natürlich auch immer mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Möglichkeiten zusammenhängt, meine Damen und Herren, ist allen bewusst. Die Sanierung des Gebäudes sollte aber auch dem Freistaat Thüringen ein besonderes Anliegen sein, um ein deutliches Zeichen gegen Extremismus in Thüringen zu setzen. Deshalb dürfen wir Pößneck jetzt nicht allein im Regen stehen lassen. Pößneck muss jetzt die mögliche Unterstützung erhalten, um das Geleistete auch zu zementieren.

(Beifall FDP)

Dabei ist auch der Freistaat Thüringen gefragt, und sei es als Fördermittelbehörde oder als Fördermitelgeber. Umgekehrt kann das natürlich nicht bedeuten, die Verantwortung ausschließlich beim Land abzulagern. Das könnte sich auf Dauer als eine fatale Marketingstrategie für alte Immobilien entpuppen. Mindestens ebenso, meine Damen und Herren, ist das bürgerschaftliche Engagement gefragt, da darf ich auch mit dem Beispiel aus der eigenen Kleinstadt aufwarten. Auch wir hatten uns, weil wir einen Hinweis darauf bekommen hatten, dass Rechtsradikale einen alten Saal übernehmen wollten, engagiert und diesen als Stadt übernommen und dort ein Bürgerzentrum in bürgerschaftlichem Engagement errichtet. Neben Fördermitteln war es der Einsatz der Menschen in der Stadt, der dann zum Erfolg geführt hat.

(Beifall FDP)

Damit, meine Damen und Herren, komme ich zur wesentlichen Konsequenz, wir müssen die Ge-

schehnisse der letzten acht Jahre zum Anlass nehmen, um daraus zu lernen und uns Gedanken zu machen über Frühwarnsysteme, die dazu führen, dass man rechtzeitig merkt, wenn solche Dinge im Anlauf sind. Das, meine Damen und Herren, setzt allerdings voraus, dass wir den Verfassungsschutz in seinen rechtsstaatlichen Funktionen stärken und ihn nicht abschaffen. Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Fiedler das Wort.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kenne Pößneck, das ist nicht so weit von mir, ein schönes kleines Städtchen. Herr Bürgermeister, weiterhin gute Entwicklungsmöglichkeiten mit Ihrem Stadtrat.

Meine Damen und Herren, wir sprechen heute hier über die ganze Geschichte, die wir alle kennen seit mehreren Jahren, Schützenhaus Pößneck, was dort alles passiert ist. Es ist eine unendliche Geschichte. Aber Gott sei Dank ist sie jetzt gut ausgegangen. Dazu möchte ich allen Dank sagen, die dazu beigetragen haben, dass es dazu gekommen ist.

(Beifall DIE LINKE, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage bewusst, allen. Ich möchte nicht die Unterscheidung, so wie es der Kollege Metz gemacht hat, da gibt es ein Netzwerk von LINKEN und SPD, vielleicht kann es sein, dass die alles richten. Aber ich entsinne mich, es war vor einer gewissen Zeit, da standen die Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht, Herr Kollege Ramelow und noch andere in einer Reihe, also wenn schon, denn schon, dann haben sich viele darum bemüht, aber die sich am meisten bemüht haben, das waren die Bürgerinnen und Bürger von Pößneck. Denen müssen wir Dank sagen zuallererst und dann können die anderen mithelfen.

(Beifall CDU, DIE LINKE)

Wir sollten das jetzt nicht jeder irgendwo für sich vereinnahmen, wir sind die Größten und die Schönsten, sondern man muss das wirklich klar analysieren. Ich denke auch - und das jetzt dem Innenminister hinzuschieben, wie das vorhin der Kollege Metz getan hat -, wenn, dann ist es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, wo wir uns alle irgendwo mit einbringen müssen im Rahmen unserer Verantwortlichkeiten. Wir haben unter anderem, Gott sei Dank, die Landesstelle für Gewaltprävention, wir haben ein Programm für Toleranz und Weltoffenheit und all diese Dinge, die hier schon deutlich dis-

(Abg. Fiedler)

kutiert wurden. Dort sind ja gute Ansätze, die auch hervorragend funktionieren. Wir sollten nicht alles jetzt neu erfinden und jetzt irgendjemandem zuschieben, sondern wir müssen jetzt sehen, wer, wo, welche Verantwortung hat. Dazu kommt natürlich auch die kommunale Selbstverwaltung, meine Damen und Herren. Wir tun schon wieder manchmal so, als ob das Land da überall seine Hand hineinstrecken könnte. Es gibt nun mal die kommunale Selbstverwaltung in guten wie in schlechten Tagen. Man muss in schlechten Tagen versuchen zu helfen. Da habe ich keine Abstriche daran zu machen. Aber man muss auch aufpassen, wenn auf einmal etwas hochkocht, sind wir auf einmal wieder alle schnell oben auf, sondern wir sollten kontinuierlich alles betrachten und ich warne etwas davor, bei aller Unterstützung, Herr Kollege Bergner, die Sie gerade gesagt haben, wohlfeile Worte. Auf der einen Seite werden wir alle aufgefordert, wir sollen sparen, sparen, sparen, auf der anderen Seite höre ich dann gleich wieder beim Ersten, was mal wieder gerade ist. Es ist eine Geschichte, die ist wichtig. Aber da kommt als Erstes, das Land muss sehen, wo es das Geld hernimmt und wie das alles weitergeht. Also wir müssen einfach aufpassen. Wir unterstützen dort, wo es möglich ist. Jedenfalls ist mir das zehnfach lieber, als zwei Stadien da irgendwo zu bauen. Lieber da ein bisschen Geld weggenommen und das dorthin gepackt.

(Heiterkeit DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Bergner, FDP: Darauf können wir uns einigen.)

Aber ich will damit nur sagen, wir müssen aufpassen, dass wir nicht einmal immer überall sparen wollen und wenn gerade mal was ist, dann sagen wir, legen wir überall was drauf. Da müssen wir einfach nur aufpassen. Im Rahmen der Förderprogramme muss geschaut werden, was dort möglich ist von der Landesseite, ganz klar - aber im Rahmen der Förderprogramme und da kann es nichts Neues geben. Wo ich dem Kollegen Bergner zustimme: Es kann natürlich nicht sein, dass jetzt hier wirklich ein Geschäftsmodell daraus wird, dass irgendwo Immobilien, die von irgendwelchen Rechts-extremisten oder Linksextremisten überhaupt genutzt werden, dass man versucht, einen Immobilienhandel daraus zu machen und am Ende die Preise hochtreibt und dann muss man sehen, wie man das Ganze wieder runter bekommt.

Ich erinnere an die Diskussion, die wir hier hatten, wir haben das immer gegeißelt. Es war einmal die Zeit, wo auch Kommunen und Landkreise Dinge einfach im Internet versteigert haben. Darüber haben wir uns heftig hier auseinandergesetzt. Genau so hat es das Land, die LEG, versucht, wo wir gesagt haben, Leute, denkt aber daran, wenn ihr irgendwas versteigert, dann kann es an jemanden geraten, wo es wirklich niemand haben will. Auch

solche Diskussionen haben wir hier schon treffend geführt. Ich denke, wir sollten dort wirklich gemeinsam aufpassen und jetzt nicht alle Dinge unter einen Hut packen.

Meine Damen und Herren, es sollte uns wirklich noch einmal Anlass sein, dass es Gott sei Dank gut ausgegangen ist, aber im Rechtsstaat und im internationalen Recht, wir haben ja gesehen, was das alles für Wellen geschlagen hat, ist es gar nicht so einfach, Dinge durchzusetzen. Wir sollten im Vorfeld aufpassen, auch Kommunen, dass man versucht, Nutzungskonzepte für bestimmte Objekte auf den Weg zu bringen. Ich kann aus meiner Praxis auch sagen, vor vielen Jahren wollte jemand bei mir in Laasdorf, ein kleiner Ort in der Nähe von Jena, ein Gasthaus kaufen von Rechten. Damals haben wir dort mit dem Bürgermeister geredet. Es ist mit dem Landrat gemeinsam verhindert worden. Heute ist es ein wunderschönes Dorfgemeinschaftshaus. Man muss auch ein bisschen was wagen und muss dann auch seine Prioritäten darauf ausrichten, dass man solche Dinge gemeinsam macht.

Ich bin froh, dass es hier so gut gelungen ist. Wir sollten weiterhin alles, was in irgendeiner Art und Weise extremistisch ist, bekämpfen. Hier ist ein guter Ansatzpunkt, wo wir gemeinsam weitermachen sollten.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Abgeordneter. Das Wort hat Herr Abgeordneter Adams von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister, der Rückkauf des Schützenhauses in Pößneck ist Thema in dieser Aktuellen Stunde hier im Landtag. Wer von uns will sich darüber nicht freuen? Es ist natürlich ein riesiger Erfolg für die Bürgerinnen und Bürger hier in Pößneck. Aber Wilhelm Busch sagte schon: „Wenn ich auf das Ende sehe.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, das darf hier in dieser Debatte nicht außer Acht gelassen werden. Die extrem rechte Szene, die immer wieder klamm ist, verfügt jetzt wieder über neue flüssige Mittel und auch das muss man in das Kalkül mit einbeziehen. Es ist nicht neu, dass die Rechten sich in einer sehr diffizilen Art und Weise als eine Art Immobiliendienstleister betätigen und immer wieder damit werben, dass dort, wo sie versuchen, Häuser zu erwerben, die Kommunen schnell dabei sind und diese zurückkaufen. Auch dieser Situation müssen wir

(Abg. Adams)

uns stellen und das müssten wir in unser politisches Handeln mit einberechnen und,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen uns auch klarmachen, dass wir an der Frage der rechtsradikalen Einstellung in Thüringen nichts durch die Investition von 180.000 € geändert haben. Wir haben damit nichts bewirkt bezogen auf Einstellungen in Thüringen. Das ist keinerlei Kritik an der Kommune, die versucht hat, dieses Objekt wieder zurückzubekommen, wofür sie lange gekämpft hat. Aber es ist für uns eine Aufforderung, ein ausdrückliches Ausrufezeichen in Richtung Landespolitik, zu erkennen, dass es landespolitisch nicht nur ein Erfolg ist, der hier zu feiern ist, sondern vor allen Dingen eine Aufgabe, nämlich zu erkennen, dass wir viel öfter alle Nordhäuserinnen und Nordhäuser sein müssten, die es vor wenigen Tagen geschafft haben, durch vielfältige bunte Angebote, ein buntes Bürgerfest und durch viele Veranstaltungen den Rechten keinen Raum zu widmen, ohne zu leugnen und die Augen davor zu verschließen, dass die Rechten die Chance hatten, in einen Nachbarlandkreis einfach auszuweichen und dort ihr Fest durchzuführen. Es ist wichtig zu erkennen, dass wir Solidarität mit den Menschen in Mühlhausen, die im Augenblick in einer ähnlichen Situation sind, wie man das in Pößneck war, üben müssen, weil dort die NPD ein Zentrum etablieren will. Es ist wichtig, dass wir erkennen, dass wir auch den Menschen in Mühlhausen keine einfachen Lösungen anzubieten haben, sondern dass es unser aller Solidarität mit den Leuten vor Ort bedarf, um sie nicht allein zu lassen und die Hoffnung darauf zu haben, dass man dort eine Lösung auch finden kann. Aber diese Lösung wird nicht einfach sein, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es ist wichtig zu erkennen, dass am Samstag in Kirchheim die NPD ihren Landesparteitag durchführen wird. Wir werden an diesem Tag nichts anderes tun können, als dort zu demonstrieren. Es ist wichtig zu erkennen, dass wir, wenn man sich dabei ohnmächtig fühlt, an diesem Tag dort einfach nur demonstrieren zu können, diesen Parteitag nicht verhindern zu können, natürlich jeden Tag die Chance haben, Gesicht zu zeigen, aufzubegehren, den Stammtischparolen entgegenzutreten. Es ist wichtig zu erkennen, dass dieser Weg, so einfach er sich auch anhören mag, ein extrem schwieriger Weg ist, das jeden Tag wieder durchzusetzen. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Abgeordneter. Das Wort hat jetzt Innenminister Herr Geibert.

Geibert, Innenminister:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Wilhelm-Tietjen-Stiftung für Fertilisation Limited mit Sitz in London ersteigerte am 13. Dezember 2003 das Schützenhaus Pößneck von einem privaten Eigentümer. Rechtsanwalt Jürgen Rieger war vertretungsberechtigter Geschäftsführer dieses Rechtskonstrukts nach englischem Recht und hatte die Verfügungsgewalt über das Objekt inne. Die Stiftung war seither im Grundbuch als Eigentümer eingetragen. So sehr der Erwerb eines Grundstücks durch Rechtsextremisten, ich denke bei jedem hier im Raum, Unbehagen auslöst, muss er in einem Rechtsstaat differenziert betrachtet werden. Jedermann hat das Recht, Grundstücke zu erwerben. Die Rechtsordnung missbilligt aber diejenigen Verhaltensweisen, die ihr Schaden zufügen können, und sieht dafür ein staatliches Einschreiten vor, bei welchem alle rechtsstaatlichen Mittel zum Schutz der angegriffenen Rechtsgüter ausgeschöpft werden müssen. Das ist etwa der Fall, wenn der Erwerb eines Grundstücks mit der Zielsetzung verknüpft ist, dieses als Ausgangspunkt für rechtsextremistische oder überhaupt extremistische Betätigungen zu nutzen. Die Sicherheitsbehörden können und dürfen nicht den gesamten Grundstücksverkehr beobachten, sondern sind an ihre jeweiligen gesetzlichen Befugnisse gebunden. So dürfen Erkenntnisse nur unter bestimmten Voraussetzungen den zuständigen Stellen, wie etwa den Kommunen, mitgeteilt werden, damit diese ihrerseits die rechtlichen Möglichkeiten prüfen können, die rechtsextremistische Nutzung eines Grundstücks zu verhindern. Es ist aber häufig schwierig einzuschätzen, ob eine Immobilie zum Zwecke verfassungsfeindlicher Betätigung oder zu Wohnzwecken erworben wird, da im Zeitpunkt des Erwerbs ihre konkrete Nutzung meist noch nicht absehbar ist. In Fällen der öffentlichen Versteigerung verbunden mit der Aufforderung an die Öffentlichkeit, Gebote abzugeben, bestehen zudem weitere Probleme. Die Person des Erwerbers steht hier erst mit dem Zuschlag fest, so dass es bei dieser Form der Veräußerung in aller Regel nicht möglich ist, bereits im Vorfeld eine Information über den Käufer zu erhalten. Die Mitteilung von Erkenntnissen kann daher nur im Nachgang gegeben werden. So verhielt es sich mit dem Schützenhaus. Zwischen allen Beteiligten bestand Konsens, dass es gleichermaßen im Interesse des Landes als auch der Kommune sei, die Nutzung der Immobilie durch die rechtsextremistische Szene so weit als rechtlich möglich einzuschränken.

Nach dem Tod des Rechtsanwalts Rieger am 29. Oktober 2009 waren zunächst zivilrechtliche Fragen im Zusammenhang mit den Eigentums- und Besitzrechten an der Immobilie zu klären. Die Stadt Pößneck zog in Erwägung, die Immobilie zu erwerben. Das ist nun geschehen. Die Stadt Pößneck hat

(Minister Geibert)

mit notariell beurkundetem Kaufvertrag vom 7. Juni dieses Jahres das mit dem Schützenhaus bebaute Grundstück erworben. Vor einem Notar in Pößneck haben Bürgermeister und ein Vertreter der britischen Firma Wilhelm-Tietjen-Stiftung für Fertilisation Limited einen entsprechenden Vertrag unterzeichnet und die Auffassung erklärt. Dieser Kaufvertrag ist allerdings noch nicht wirksam, da er unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Stadtrats der Stadt Pößneck abgeschlossen wurde. Dieser wird in seiner Sitzung am 16. Juni, also morgen, über die Zustimmung zum Kaufvertrag entscheiden. Ein entsprechender Tagesordnungspunkt ist für den nichtöffentlichen Teil der Stadtratssitzung vorgesehen. Erste Vorstellungen zur Nutzungskonzeption, zum Beispiel Nutzung des Festsaals, Freizeitzentrum für Kinder und Jugendliche, Mensa für Schulspeisung, Musikschule, sind zwar vorhanden, bedürfen aber noch weiterer Konkretisierung. Entscheidend ist heute, dass das Schützenhaus nicht länger Plattform rechtsextremistischer Umtriebe ist. Dafür bin ich außerordentlich dankbar.

Ich danke ausdrücklich der Stadt Pößneck und ihrem Bürgermeister für ihr entschlossenes Handeln. Die Stadt hat die Notbremse gezogen. Der Kauf eines solchen Grundstücks durch die Gemeinde ist das letzte Mittel und wird leider nicht überall möglich sein. In Pößneck war es die richtige Entscheidung. Es hat sich gelohnt, in all den Jahren mit vereinten Kräften von Bürgern und Stadt, aber auch der Sicherheitsbehörden den Rechtsextremisten mit Mut und Entschlossenheit entgegenzutreten und für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit einzutreten. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Innenminister. Es ist zunächst festzustellen, dass es keine zusätzliche Redezeit gibt. Jetzt haben wir den Sachverhalt, dass wir noch fünf Minuten Redezeit haben und zwei Wortmeldungen. Vielleicht kann man sich miteinander verständigen, dass sich die Redner insofern kurzfassen, dass beide noch die Möglichkeit haben, etwas zu sagen. Ich rufe zunächst die Abgeordnete Künast von der SPD-Fraktion auf.

Abgeordnete Künast, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, als Pößneckerin bin ich besonders froh, dass es meiner Heimatstadt nun endlich gelungen ist, das Schützenhaus wieder zu erwerben. Dem Bürgermeister und all denen, die mit daran beteiligt waren, herzlichen Dank. Damit ist ein wichtiger Schritt getan, um den rechten Spuk in Pößneck zu beenden. Der Imageverlust, der mit den regelmäßig dort stattfindenden Veranstaltungen der Rechten einherging, war enorm für die Stadt. Diese rechtsextremen Ver-

anstaltungen repräsentieren nicht die Menschen in Pößneck und auch nicht deren Gedankengut. Ich möchte all jenen danken, die an Gegenveranstaltungen zu Naziveranstaltungen teilgenommen haben. Exemplarisch möchte ich die Meile der Demokratie aus dem Jahr 2009 erwähnen. Als Gegenveranstaltung zur Naziveranstaltung, dem Fest der Völker, haben hunderte Menschen ihre Weltoffenheit demonstriert. So waren die friedlichen und demokratischen Kräfte den menschenverachtenden, undemokratischen zu jeder Zeit weit überlegen. Sie waren nicht nur aus Pößneck, sondern sie sind von vielen Städten aus Thüringen dazu gekommen und haben gezeigt, dass wir damit nicht einverstanden sind. Der verdeckte Vorwurf - Herr Fiedler ist nicht mehr da -

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Na, na, na.)

Ach da hinten, Herr Fiedler. Der verdeckte Vorwurf an die Stadt, sie hätte verhindern können, dass die Rechten dieses Schützenhaus kaufen, ist nicht in Ordnung, denn das Haus war in Privatbesitz und ist über das Internet versteigert worden, so dass man wirklich keinerlei Handhabe hatte.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Das habe ich nicht so gemeint.)

Da freue ich mich, wenn Sie das nicht so gemeint haben.

Meine Damen und Herren, der Kaufpreis von 180.000 € für das Schützenhaus und die Gelder, die nun für die Sanierung notwendig sind, sind für die Stadt Pößneck kein Pappenstiel. Deshalb hoffe ich, dass wir auch hier auf Unterstützung durch das Land zählen können. Bald alle Fraktionen haben es verkündet, dass jetzt Hilfe angesagt sein muss. Ich hoffe, dass das nicht nur leere Worte sind. Wir, die Stadt und die Bürger wollen, dass das Gebäude, welches früher das Kreiskulturhaus war, wieder ein Treffpunkt für alle wird. Der braune Geist muss daraus verschwinden. Aber wir müssen wachsam bleiben, wenn es um Umtriebe rechtsextremer Vereinigungen geht. Diese versuchen immer wieder mit perfiden Mitteln, im gesamten Bundesgebiet Immobilien zu erwerben. Sie wollen dort Anlaufstellen und Veranstaltungsorte für ihre menschenverachtende Ideologie und deren Anhänger schaffen. Das müssen wir verhindern und wir müssen wachsam bleiben. Ich bin sehr, sehr froh, dass uns der Rückkauf in Pößneck gelungen ist. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Frau Abgeordnete. Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Renner von der Fraktion DIE LINKE.

Abgeordnete Renner, DIE LINKE:

Danke, Herr Präsident. Meine geehrten Damen und Herren, ich will auf zwei Fragen noch einmal kurz eingehen. Die eine Frage stellt sich für uns jetzt schon am Wochenende, dort wird die NPD ihren Landesparteitag erneut im romantischen Fachwerk, hochromantisch ist da nichts an diesem Haus, in Kirchheim durchführen. Hier müssen auch das Bürgerbündnis und die Kommune vor Ort unterstützt werden, damit es auch in Kirchheim eine Situation geben wird und irgendwann gesagt werden kann, dort findet kein Nazitreffen mehr statt. Dasselbe gilt für Bad Langensalza, das Europabürohaus.

Vorhin ist eine zweite Frage aufgeworfen worden: Wie stärken wir Kommunen, präventiv mit dem Problem der Immobilienkäufe von Neonazis umzugehen? Ich denke, hier können ganz konkret drei Vorschläge gemacht werden, die jetzt zum Teil in der Diskussion auch schon angesprochen wurden. Ein Großteil der Veräußerungen von Immobilien an Neonazis erfolgt über Versteigerungen, zum Teil auch im Internet. Auch Rieger ist schließlich so an das Schützenhaus gelangt. Daraus folgt, dass wir darauf drängen sollten, dass Veräußerungen kommunaler Gebäude nur über regionale Auktionshäuser vorgenommen werden und anonyme Versteigerungen, insbesondere Internetauktionen, hier auszuschließen sind.

Dann kann man vertragliche Regelungen in Betracht ziehen im Kaufvertrag, der mit Käufern abgeschlossen wird. Bei Verkäufen von Immobilien im Besitz von Kommunen könnte so eine spätere Nutzung mit einem rechtsextremen, rassistischen oder antidemokratischen Inhalt vertraglich ausgeschlossen werden. Im Falle des Verstoßes ist ein Verfahren der Rückabwicklung zu regeln.

Ein dritter Vorschlag, glaube ich, ist sehr wichtig: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kommunen, die mit Immobilienverkäufen betraut sind, sollten tatsächlich zum Problem rechtsextremer Immobilienkäufe speziell geschult werden. Die Stadt Erfurt ist da sehr vorbildlich gewesen mit der Schulung ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Verwaltung. Hier, denke ich, müsste noch Schulungsmaterial entsprechend für die Kommunen für diese spezielle Frage erstellt werden.

Zuletzt: Wir denken, wenn wir diese Probleme gemeinsam mit den Kommunen und gemeinsam mit den Bürgerbündnissen vor Ort angehen, dann werden auch die weiteren Braunen Häuser in Thüringen irgendwann Geschichte sein.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Frau Abgeordnete. Die Rednerliste ist erschöpft und ich schließe damit die Aktuelle Stunde,

die, ich glaube, heute - das ist eine Rekordzeit - vier Stunden gedauert hat.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 34**

Fragestunde

und dort als Erstes die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Sojka von der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/2779, vorgetragen vom Abgeordneten Blechschmidt.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Danke, Herr Präsident.

Bald „Hermann-Danz-Schule“ in Schmalkalden?

Nach Darstellung von Schmalkalder Bürgern ist die 2006 getroffene Entscheidung, der örtlichen Schule den Namen des Widerstandskämpfers gegen den Nationalsozialismus Hermann Danz zu verleihen, nicht umgesetzt, obwohl der entsprechende Antrag der Schulkonferenz seinerzeit durch das Ministerium genehmigt wurde.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Bedeutung der Erinnerung an die NS-Opfer im öffentlichen Raum?
2. Welche Gründe standen in den letzten Jahren und stehen heute einer Umsetzung des Beschlusses der Schulkonferenz von 2006 entgegen?
3. Wie will das Ministerium vorgehen, um die Diskrepanz zwischen dem Beschluss der Schulkonferenz, der augenscheinlich im öffentlichen Diskurs in Schmalkalden hohe Zustimmung genießt, und dem derzeitigen Sachstand zu beheben?

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, in diesem Fall der Staatssekretär Prof. Merten.

Prof. Dr. Merten, Staatssekretär:

Vielen Dank, Herr Präsident. Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich beantworte die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Frau Sojka, vorgetragen durch den Kollegen Herrn Blechschmidt, im Namen der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Das Wachhalten der Erinnerung an das diktatorische Regime auf deutschem Boden und an seine Folgen, insbesondere für die NS-Opfer, ist ein außerordentlich wichtiger Aspekt bei der Bildung und Erziehung junger Menschen und ein zentraler Bestandteil der Erinnerungskultur.

Die Fragen 2 und 3 möchte ich gern zusammenhängend beantworten: Die im Jahr 2006 erteilte

(Staatssekretär Prof. Dr. Merten)

Genehmigung zum Führen des Schulnamens „Hermann Danz“ wurde vollzogen. Die Regelschule trug bis zu ihrer Aufhebung am 31. Juli 2007 diesen Namen. Nach dem Zusammenschluss der staatlichen Regelschule „Hermann Danz“ und der staatlichen Regelschule „Am Siechenrasen“ hatte die neu gewählte Schulkonferenz die Möglichkeit, gemeinsam einen neuen Schulnamen zu finden. Aufgrund der bis 2009 andauernden Sanierungsmaßnahmen des künftigen Schulstandorts „Am Siechenrasen“ verblieb die Regelschule noch am Standort Renthofstraße. Möglicherweise entstand dadurch der Eindruck, dass trotz der vorhandenen Schule der Name aberkannt worden sei. Dies ist jedoch, wie ich eben geschildert habe, nicht der Fall. Seit 2009 befindet sich nun die aus der Grundschule Asbach und „Am Siechenrasen“ errichtete Grundschule am Standort Renthofstraße. Ein Antrag auf Namensgebung liegt hierfür nicht vor. Da Schulnamen gemäß § 13 Abs. 6 des Thüringer Schulgesetzes auf Vorschlag der Schulkonferenz vom Schulträger im Einvernehmen mit dem für das Schulwesen zuständigen Ministerium festgelegt werden, ist ein Tätigwerden seitens des Ministeriums derzeit nicht angezeigt.

Vizepräsident Gentzel:

Ich sehe keine Nachfragen. Danke, Herr Staatssekretär. Ich rufe auf die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kuschel von der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/2817. Auch hier springt der Abgeordnete Blechschmidt wieder ein.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Danke, Herr Präsident.

Reduzierung Konzessionsabgaben für Wegerechte bei Energieversorgungsleitungen

Die Gemeinden erhalten für die Gewährung von Wegerechten bei Energieversorgungsleitungen Konzessionsabgaben vom Konzessionsinhaber. Die Höhe der Konzessionsabgabe ist u.a. von der Einwohnerzahl abhängig. So reduziert sich die Höhe der Konzessionsabgabe um rund 17 Prozent, wenn eine Gemeinde die Einwohnergrenze von 25.000 unterschreitet. Aufgrund der demographischen Entwicklung verlieren die meisten Thüringer Gemeinden in den nächsten Jahren Einwohner. So hat die Stadt Arnstadt zwischenzeitlich die Grenze von 25.000 Einwohnern unterschritten. Durch den Einwohnerrückgang reduzieren sich auch die Einnahmen aus der Konzessionsabgabe. Die geringere Konzessionsabgabe wirkt sich jedoch nicht unmittelbar und spürbar auf die Preisgestaltung der Energieversorger aus.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Begründung gibt es für die Berechnungsgrenze von 25.000 Einwohnern bei der Bestim-

mung der Höhe der nachgefragten Konzessionsabgabe?

2. Inwieweit hält die Landesregierung die nachgefragte einwohnerabhängige Berechnungsgrenze für die Höhe der Konzessionsabgabe auch mit Blick auf die demographische Entwicklung noch für zeitgemäß?

3. Welche Maßnahmen wären erforderlich, um die nachgefragte einwohnerabhängige Berechnungsgrenze für die Höhe der Konzessionsabgabe abzuändern; was will die Landesregierung in dieser Hinsicht unternehmen und wie begründet die Landesregierung ihre Auffassung?

4. Welchen Einfluss haben die einwohnerabhängigen unterschiedlichen Höhen der Konzessionsabgaben auf die Verbraucherpreise bei Strom und Gas und inwieweit sind die Energieversorger verpflichtet, diese unterschiedlichen Höhen der Konzessionsabgaben bei der Berechnung der Verbraucherpreise zwingend zu berücksichtigen?

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Abgeordneter. Für die Landesregierung antwortet das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie, Herr Staatssekretär Staschewski.

Staschewski, Staatssekretär:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich beantworte die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kuschel, vorgetragen von Herrn Abgeordneten Blechschmidt, für die Thüringer Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Die Bemessung und zulässige Höhe der Konzessionsabgabe ist in § 2 der Bundesverordnung über Konzessionsabgaben für Strom und Gas, der sogenannten Konzessionsabgabenverordnung, geregelt. Danach ist die Konzessionsabgabe unter anderem höhengestaffelt nach Gemeinden, und zwar wie folgt: bis 25.000 Einwohner, bis 100.000 Einwohner, bis 500.000 Einwohner sowie über 500.000 Einwohner. Das heißt, in größeren Gemeinden darf eine höhere Konzessionsabgabe vereinbart werden als in kleineren. Insofern gibt es nicht nur eine Berechnungsgrenze für Gemeinden bis 25.000 Einwohner, sondern die Staffelung, wie ich eben gesagt habe. Die Staffelung nach Gemeindegroßenklassen stellt eine Differenzierung dar und spiegelt den unterschiedlichen Wert der Wegerechte und Ertragskraft wider. Der Gesetzgeber geht davon aus, dass Energieversorgungsunternehmen in größeren Gemeinden höhere Erträge erzielen könnten bzw. günstigere Preise anbieten können, weil dort wegen kurzer Leitungswege und einer hohen Abnahmedichte die spezifischen Kosten geringer sind. Die Staffelung dient also, so die Bundesverordnung in ihrer Begründung, einem Ausgleich

(Staatssekretär Staschewski)

für unterschiedliche Versorgungsstrukturen und soll die Preise in kleinen und großen Versorgungsgebieten angleichen.

Zu Frage 2: Die einwohnerabhängige Bemessungsgrenze dient der Angleichung der Strompreise zwischen lukrativen und weniger lukrativen Versorgungsgebieten und ist damit geeignet, einer Benachteiligung der Bevölkerung in dünn besiedelten Gebieten vorzubeugen. Der demographische Faktor mag für den Fall eine Rolle spielen, dass eine Gemeinde von einer höheren in eine niedrigere der gestaffelten Gemeindegroße fällt und so weniger Einnahmen aus Konzessionsabgaben erzielt. Infrastrukturproblemen, die im demographischen Wandel ihre Ursache haben, sollte unserer Meinung nach durch geeignete Förderprogramme, wie z.B. Stadtentwicklungsprogramme zum Rückbau der Wohnungsbauten etc., begegnet werden. Eine Angleichung der Konzessionsabgabenansätze würde zu höheren Strompreisen führen, womit sich die Attraktivität der betroffenen Gebiete nicht erhöht, sondern weiter verschlechtert. Insgesamt wird die Staffelung von Konzessionsabgaben nach Einwohnerzahlen aus den vorher genannten Gründen durchaus für geeignet erachtet.

Zu Frage 3 möchte ich gern auf die Antwort zu Frage 2, die ich sehr ausführlich dargelegt habe, verweisen.

Zu Frage 4: Die Konzessionsabgaben werden vom Netzbetreiber zusammen mit den Netznutzungsentgelten erhoben, welche von den Regulierungsbehörden genehmigt und überwacht werden. In dem Sinne ist es auf Bundesebene die Bundesnetzagentur. Im Übrigen ist zu berücksichtigen, dass es bedingt durch die bundesweite Öffnung des Strommarktes Unternehmen nicht mehr so leicht möglich ist, überhöhte Preise zu fordern. Insoweit ist auch davon auszugehen, dass es Kostenvorteile zum Beispiel aus niedrigen Konzessionsabgaben an die Verbraucher weitergibt. Im Gasmarkt ist übrigens eine analoge Entwicklung absehbar.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine Nachfrage durch den Abgeordneten Blechschmidt.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Ja, ich habe erst mal eine Frage: Die Stadt Arnstadt, die als Beispiel an dieser Stelle gilt, ist ja erfüllende Stadt für weitere Umlandgemeinden, wie Wipfratal und die Wachsenburggemeinde. Wenn man dort die Einwohnerzahl mitrechnet, da ja die Stadt Arnstadt Dienste leistet, sind das über 30.000. Finden Sie nicht, Herr Staatssekretär, dass es sachgerecht wäre, so eine Überlegung dort einzubeziehen in der Berechnung bei den Konzessionsabgaben?

Vielleicht sogar noch gleich die zweite Frage, die als Beispiel einer sachgerechten Veränderung dienen würde: Das Erfurter Kreuz, was sich dort befindet, hat auch entsprechende Stromabnehmer in Größenordnung von ca. 7.000, die dort anliegen. Auch da die Frage: Kann man die nicht sachgerechterweise mit einbeziehen in die Überlegung, um somit für die Stadt entsprechend höhere Konzessionsabgaben zu bekommen?

Staschewski, Staatssekretär:

Herr Abgeordneter, es gibt sicherlich immer wieder auch Beispiele in so einer Verordnung, in dem Fall ist es eine Bundesverordnung, das haben wir ja nicht im Land gemacht, wo man sagen kann, das sind jetzt ein paar Ungerechtigkeiten. Was ich hier aufzeigen wollte, war, dass es durchaus Sinn macht, hier eine Unterscheidung zwischen großstädtischem Raum und ländlichem Raum zum Wohle übrigens der Endnutzer zu machen, was die preisliche Situation anbelangt. Es gibt immer wieder Ausnahmesituationen oder Besonderheiten, die man da durchaus mit in Betracht ziehen könnte. Wenn es darum geht, dass jemand - eine Stadt oder eine Gemeinde - unter eine gewisse Größenordnung fällt und aufgrund der demographischen Entwicklung einen Nachteil erreichen könnte, dann ist unsere Auffassung, könnte man solche Ungerechtigkeiten abfedern über Förderprogramme. Das wäre unser Ansatz.

Vizepräsident Gentzel:

Das Fragekontingent ist damit erschöpft. Danke, Herr Staatssekretär.

Ich rufe auf die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Hennig von der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/2820.

Abgeordnete Hennig, DIE LINKE:

Novellierung des Thüringer Hochschulgesetzes?

An verschiedenen Stellen wurde in den letzten Jahren eine Novellierung des aktuellen Thüringer Hochschulgesetzes in Aussicht gestellt. Tatsächlich deutet vieles darauf hin, dass eine Reform der Thüringer Hochschulstrukturen in der derzeitigen Form manches Problem lösen könnte, das den Betrieb der Hochschulen belastet.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung den Reformbedarf der Thüringer Hochschullandschaft, so wie sie im Thüringer Hochschulgesetz verfasst ist?
2. Hat die Landesregierung die Absicht, noch in dieser Legislatur die Novellierung des Thüringer Hochschulgesetzes anzugehen?

(Abg. Hennig)

3. Ist der Landesregierung bekannt, dass in einigen Fachbereichen von Universitäten und Fachhochschulen 2011 deutlich weniger als 50 Prozent der Mittel des Jahres 2010 zur Verfügung stehen, um den Lehrbetrieb technisch und personell abzusichern und selbst die oftmals praktizierten Interimslösungen fortzusetzen?

4. Wie will die Landesregierung sichern, dass die Thüringer Hochschulen bei möglichem weiteren Zustrom von Studierenden leistungsfähig und attraktiv bleiben?

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, diesmal Herr Staatssekretär Prof. Deufel.

Prof. Dr. Deufel, Staatssekretär:

Herr Präsident, wertere Abgeordnete des Thüringer Landtags, die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Hennig beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Thüringen verfügt mit vier Universitäten, einer Musikhochschule und vier Fachhochschulen über eine leistungsfähige Hochschullandschaft. Mit derzeit mehr als 300 Studiengängen bieten die Thüringer Hochschulen ein breit gefächertes Studienangebot. Vor diesem Hintergrund besteht für die Landesregierung derzeit keine Veranlassung, an der in § 1 des Landeshochschulgesetzes beschriebenen Hochschullandschaft Veränderungen vorzunehmen.

Zu Frage 2: Die Landesregierung hat zu Beginn der laufenden Legislatur mit dem Ersten Thüringer Hochschulgipfel einen Dialogprozess unter Einbeziehung aller in und an den Hochschulen mitwirkenden Personen und Akteure eingesetzt. Ziel dieses noch nicht abgeschlossenen Dialogs ist es, die bestehenden Rahmenbedingungen und damit auch das Thüringer Hochschulgesetz einer konstruktiven Evaluation zu unterziehen. Als Zwischenergebnis der bislang vorliegenden Äußerungen und des sich abzeichnenden Meinungsbildes ist festzustellen, dass derzeit kein grundlegender Handlungsbedarf im Hinblick auf eine umfassende Novellierung des Thüringer Hochschulgesetzes von den Teilnehmern dieses Dialogs gesehen wird. Nach Abschluss der Erörterungen und Diskussionen in den Dialogforen wird in der ersten Hälfte des kommenden Jahres zu entscheiden sein, ob und - wenn ja - in welchen Bereichen mit der Erarbeitung eines Änderungsgesetzes zum Thüringer Hochschulgesetz begonnen werden soll.

Zu Frage 3: Die Landesregierung hat per se keinen direkten Einfluss auf die Mittelverteilung innerhalb der einzelnen Hochschulen. Diese obliegt nach Maßgabe des Thüringer Hochschulgesetzes und

den Festlegungen in den Grundordnungen der Hochschulen den Organen der jeweiligen Hochschulen. Vor dem Hintergrund, dass den Hochschulen im Jahr 2011 insgesamt nur 1,9 Prozent weniger an Landesmitteln und Hochschulpakt-2020-Mitteln zur Verfügung stehen als im Jahr 2010, ist die in der Frage enthaltene Aussage für die Landesregierung nicht nachvollziehbar und kann auch nicht überprüft werden.

Zu Frage 4: Auch unter Bezugnahme auf die Antworten der Landesregierung zu verschiedenen Kleinen Anfragen zum Thema Rahmenvereinbarung III und Hochschulentwicklungsplanung antworte ich Ihnen auf diese Frage wie folgt: Die die Landesregierung bildenden Parteien haben in der Koalitionsvereinbarung unter anderem vereinbart, dass die Rahmenvereinbarung zwischen dem Land und den Hochschulen nach dem Jahr 2011 fortgeschrieben wird mit dem Ziel, die mit der derzeitigen Rahmenvereinbarung erreichte finanzielle Ausstattung der Hochschulen auf dem jetzigen Niveau und unter gleichen Bedingungen und Leistungen mindestens zu verstetigen. Mit dieser angestrebten Finanzausstattung der Hochschulen strebt die Landesregierung auch die Weiterentwicklung eines attraktiven, ausgewogenen und aufeinander abgestimmten Studienangebots sowie die Sicherung der guten sowie attraktiven Studienbedingungen und somit der Qualitätsverbesserung in Lehre und Forschung an.

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Staatssekretär. Es gibt zunächst den Wunsch auf Nachfrage durch die Fragestellerin.

Abgeordnete Hennig, DIE LINKE:

Ich hätte sogar gleich zwei Nachfragen. Die Erste: Wenn ich Sie richtig verstanden habe, Sie wissen noch nicht, ob Sie das Hochschulgesetz novellieren oder nicht?

Prof. Dr. Deufel, Staatssekretär:

Noch mal: Dialogprozesse - und das ist uns sehr wichtig, dass wir diesen Prozess in der Kultur des Dialogs führen, wie wir ihn begonnen haben - zeichnen sich dadurch aus, dass man am Anfang nicht weiß, was man am Ende miteinander als Ergebnis hat. Als Zwischenergebnis ist es so, dass alle Beteiligten bisher die Notwendigkeit zu großen, grundlegenden Änderungen nicht sehen. Was ich für durchaus im Bereich des Möglichen halte, ist, dass es in Einzelfragen Korrekturbedarf gibt, den wir miteinander ermitteln. Ich hatte Ihnen gesagt, bis Mitte nächsten Jahres werden wir ziemlich genau wissen, ob - ich würde mal eher vermuten, dass - und - wenn ja - in welchem Umfang wir solche Änderungen vorsehen.

Abgeordnete Hennig, DIE LINKE:

Ich bin gespannt. Meine zweite Frage: Sie sagen, Sie wollen die Rahmenvereinbarung III auf dem jetzigen Niveau fortschreiben, heißt das vor oder nach Ziehen der Notfallklausel?

Prof. Dr. Deufel, Staatssekretär:

Es ist das Wesen der Notfallklausel - das hat der Minister und das hatten wir auch seinerzeit betont, als wir gezwungen waren, die Landesregierung, sie für den Haushalt 2011 zu ziehen -, dass sie eine einmalige Abweichung von der Vereinbarung darstellt. Sie wissen, dass die Rahmenvereinbarung die Rückkehr zu den vertragsgemäßen Bedingungen vorsieht, wenn die Haushaltslage es wieder gestattet. Das muss ich grundsätzlich so sagen. Daraus ergibt sich logischerweise, dass wir in unseren Plänen zur Fortschreibung der Rahmenvereinbarung selbstverständlich anstreben, den Stand der regulären Rahmenvereinbarung II als Ausgangspunkt zu nehmen.

Vizepräsident Gentzel:

Ich sehe keinen weiteren Nachfragebedarf. Das ist so. Danke, Herr Staatssekretär. Ich rufe auf die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Leukefeld von der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/2868.

Abgeordnete Leukefeld, DIE LINKE:

Danke schön.

Reprivatisierung der CDA Datenträger Albrechts GmbH

In den Medien war zur Kenntnis zu nehmen, dass nach mehr als einem Jahrzehnt staatlicher Beteiligung die CD-Fabrik in Suhl-Albrechts verkauft wurde. Das CD-Werk Albrechts gilt als einer der größten unabhängigen Hersteller optischer Speichermedien in Europa. Das Produktspektrum umfasst darüber hinaus die Duplikation von Daten auf Speicherkarten und USB-Sticks. Zudem hat sich das Unternehmen erfolgreich als Hersteller von Bauteilen mit Mikrostrukturen am Markt etabliert. Im vergangenen Jahr erwirtschaftete das Unternehmen einen Umsatz von 25,6 Mio. €. CDA hat Tochterunternehmen und Vertriebsbüros in Frankreich, England, Belgien und den Niederlanden.

Nach Angaben der landeseigenen Beteiligungsgesellschaft Thüringen hat die NORD Holding Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH in Hannover die Südthüringer CD-Firma mit ihren rund 190 Beschäftigten übernommen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Was waren die Gründe für den Verkauf und wer hat letztlich die Entscheidung darüber getroffen?

2. Welches Ergebnis nach Gewinn- und Verlustrechnung wurde in den letzten fünf Jahren erzielt?

3. Wie hoch war der Vermögenswert der CD-Fabrik laut Bilanz zum 31. Dezember 2010?

4. Welcher Erlös wurde beim Verkauf erzielt und wie wird dieser in Thüringen eingesetzt?

Danke.

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie, Herr Staatssekretär Staschewski.

Staschewski, Staatssekretär:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, ich beantworte die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Leukefeld für die Thüringer Landesregierung wie folgt:

Die CDA Datenträger Albrechts GmbH befindet sich seit vielen Jahren im Portfolio der TIB. Aufgrund des permanent schrumpfenden CD- und DVD-Marktes war sie in einer wirtschaftlich schwierigen Situation. Ziel der TIB war es nun, die CDA durch diese schwierige Phase zu begleiten und zu unterstützen. CDA Datenträger Albrechts konnte sich strategisch neu ausrichten und erfolgreich am Markt etablieren und damit war und ist der Auftrag der TIB erfüllt. Die Entscheidung über den Verkauf wurde durch die Beteiligungsmanagement Thüringen GmbH vorbereitet und vom Vorstand der STUWT als Gesellschafterin der TIB genehmigt.

Zu Frage 2: Der Jahresüberschuss der CDA Datenträger Albrechts GmbH in den letzten fünf Jahren belief sich auf folgende Werte: 2006 0,1 Mio., 2007 0,5 Mio., 2008 0,7 Mio., 2009 0,6 Mio., 2010 1,7 Mio.

Zu Frage 3: Die Bilanzsumme des Unternehmens belief sich per 31.12.2010 auf 12,8 Mio. Das bilanzielle Eigenkapital betrug 4,2 Mio.

Zu Frage 4: Die vorangegangenen Fragen betreffen den Zeitraum, in dem die TIB Alleingesellschafterin der CDA Datenträger Albrechts GmbH war. Die vierte Frage nach dem Erlös bezieht sich jedoch auf den Kaufvertrag, der zwischen TIB und der NORD Holding geschlossen worden ist. Zwischen den Vertragsparteien wurde auf Betreiben der Käuferin Stillschweigen über den Kaufpreis vereinbart. Ich kann Ihnen aber versichern, dass der Erlös aus dem Verkauf der CDA Datenträger Albrechts GmbH der TIB zufließen und erneut als Beteiligungskapital für Investitionen in Thüringer Unternehmen zur Verfügung stehen wird.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine erste Nachfrage durch die Fragestellerin.

Abgeordnete Leukefeld, DIE LINKE:

Herzlichen Dank. Ich habe nur eine Nachfrage, und zwar würde mich interessieren, welche Regelungen beim Betriebsübergang für die Beschäftigten ausgehandelt wurden.

Staschewski, Staatssekretär:

Das kann ich Ihnen nachreichen. Das kann ich Ihnen jetzt nicht genau sagen.

Vizepräsident Gentzel:

Gut, die Antwort zu dieser Frage wird nachgereicht. Weitere Fragen sehe ich nicht. Danke, Herr Staatssekretär.

Ich rufe auf die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Hitzing von der Fraktion der FDP in der Drucksache 5/2873, sie wird vorgetragen durch den Abgeordneten Koppe.

Abgeordneter Koppe, FDP:

Vielen Dank, Herr Präsident.

Deutschlandstipendien für Studierende an staatlichen Berufsakademien im Freistaat Thüringen

Mit dem Deutschlandstipendium fördert die Bundesregierung seit dem Sommersemester 2011 Studierende aller staatlich anerkannten Hochschulen in Deutschland mit Ausnahme von Studierenden an Hochschulen in Trägerschaft des Bundes. Eine staatlich anerkannte Hochschule definiert sich nach den jeweiligen Gesetzen in den Bundesländern. Nach dem Thüringer Berufsakademiegesetz (ThürBAG) handelt es sich bei den beiden staatlichen Berufsakademien in Thüringen mit Sitz in Gera und Eisenach nach § 1 Abs. 2 ThürBAG um Bildungseinrichtungen im tertiären Bereich, nicht aber um Hochschulen nach § 1 Abs. 2 des Thüringer Hochschulgesetzes. Aus diesem Grund werden in Thüringen Studierende der staatlichen Berufsakademien im Gegensatz zu Studierenden an staatlichen Berufsakademien in anderen Bundesländern nicht über das Deutschlandstipendium gefördert.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Situation, dass Studierende an den staatlichen Berufsakademien in Thüringen im Gegensatz zu Studierenden an staatlichen Berufsakademien in anderen Bundesländern nicht über das Deutschlandstipendium gefördert werden dürfen?

2. Welche Gründe sprechen aus Sicht der Landesregierung für die dargelegte rechtliche Ungleichbe-

handlung von Studierenden an staatlich anerkannten Hochschulen und staatlichen Berufsakademien in Thüringen?

3. Plant die Landesregierung eine rechtliche Gleichstellung von Studierenden an den staatlichen Berufsakademien in Thüringen mit den Studierenden an den staatlich anerkannten Hochschulen, um eine Förderung über das Deutschlandstipendium zu ermöglichen?

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Herr Staatssekretär Prof. Dr. Deufel.

Prof. Dr. Deufel, Staatssekretär:

Vielen Dank, Herr Präsident. Verehrte Abgeordnete des Thüringer Landtags, die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Hitzing, die Herr Koppe vorgetragen hat, beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Entsprechend der Entscheidung des Bundesgesetzgebers werden nach § 1 Stipendienprogramm-Gesetz Stipendien nur an begabte Studierende der staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen in Deutschland - mit Ausnahme der Hochschulgesellschaft des Bundes -, die herausragende Leistungen im Studium oder Beruf erwarten lassen oder bereits erbracht haben, vergeben. Die Staatliche Studienakademie im Freistaat Thüringen ist - wie übrigens alle anderen staatlichen Schulen, Akademien und Berufsakademien in der Bundesrepublik Deutschland - keine Hochschule. Das ist keine Thüringer Spezialität. Deshalb gibt es entgegen der Aussage der Fragestellung keine Studierenden an staatlichen Berufsakademien, die ein Deutschlandstipendium erhalten. Soweit die Fragestellung auf die tertiären Bildungseinrichtungen in Baden-Württemberg abstellt, ist darauf hinzuweisen, dass die aus den ehemaligen Berufsakademien im Land Baden-Württemberg hervorgegangenen Bildungseinrichtungen jetzt duale Hochschulen und damit echte Hochschulen im Sinne des Hochschulgesetzes Baden-Württembergs sind.

Zu Frage 2: Der Bundesgesetzgeber hat die Vergabe der Stipendien nach dem Stipendienprogramm-Gesetz auf Studierende von staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen beschränkt. Da die Thüringer Berufsakademien jedoch keine Hochschulen im Sinne des Hochschulrechts sind, liegt aus Sicht der Landesregierung auch keine rechtliche Ungleichbehandlung vor.

Zu Frage 3 ist schlicht zu erklären, nein, weil - das darf ich ergänzen an der Stelle - es hier nicht um eine Gleichstellung von Studierenden gehen kann. Es müsste um eine Gleichstellung der Einrichtungen gehen, an denen die Studierenden studie-

(Staatssekretär Prof. Dr. Deufel)

ren. Das wäre, wie oben erwähnt, nur auf dem Wege der Umdefinition in duale Hochschulen möglich, die wir derzeit nicht vorsehen.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine Nachfrage durch den Abgeordneten Barth.

Abgeordneter Barth, FDP:

Vielen Dank, Herr Präsident, obwohl sie sich mit dem letzten Halbsatz schon fast erledigt hat. Meine Frage wäre gewesen, ob es denn Überlegungen gibt, auch mit Blick darauf, das Studium an diesen Bildungseinrichtungen vielleicht attraktiv zu machen, in Thüringen vielleicht den Standortvorteil - das sind ja auch Fachkräfte, die dort ausgebildet werden - zu schaffen, diese Akademien in duale Hochschulen umzuwandeln und damit auch in den Geltungsbereich des Deutschlandstipendiums einzubinden.

Prof. Dr. Deufel, Staatssekretär:

Ich habe Ihnen gesagt, wir haben derzeit keine fest formulierten Absichten, das zu tun. Ich will nicht ausschließen, dass man im Zuge der Bestrebungen, die duale tertiäre Bildung insgesamt zu stärken, über alle möglichen Wege nachdenkt, wie die Zukunft der Studienakademien aussehen kann. Dazu gibt es aber jetzt keine hier vorzutragenden Konzepte.

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Staatssekretär. Ich sehe keine weiteren Nachfragen. Deshalb rufe ich die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Hausold von der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/2878 auf.

Abgeordneter Hausold, DIE LINKE:

Aktivitäten der Landesregierung für den Erhalt von Call-Center-Arbeitsplätzen in Gera?

Das Unternehmen D+S Europe, das das frühere Telekom-Call-Center in Gera übernommen hat und dieses nun durch sein Tochterunternehmen TELDAS betreiben lässt, hat vor einigen Tagen öffentlich die Schließung dieses Standortes angekündigt. Damit verlieren 95 Beschäftigte ihre Arbeitsplätze. Die Beschäftigten waren schon durch die Verlagerung der Arbeitsplätze in die Tochtergesellschaft schlechtergestellt worden, da damit die ursprüngliche Tarifbindung weggefallen war. Zu klären bleibt, welche staatlichen Fördermittel das Unternehmen für die Arbeitsplätze in Gera in Anspruch genommen hat und wie sich die Landesregierung entsprechend des in Artikel 36 der Verfassung des Freistaats Thüringen festgelegten Staats-

ziels der Förderung von Existenz sichernder Arbeit für den Erhalt dieser Arbeitsplätze einsetzen will.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen will die Landesregierung zum Erhalt der Arbeitsplätze in dem Geraer Call-Center unternehmen?
2. Welche Fördergelder in welchem Umfang von welcher Stelle und mit welchen Zweck- und Rückzahlungsbindungen haben die o.g. Firmen D+S Europe bzw. TELDAS zur Förderung der Arbeitsplätze als Mittel an das Unternehmen bzw. zur Förderung einzelner Arbeitsverhältnisse erhalten?
3. Welche Rückzahlungsansprüche in welcher Höhe bestehen gegebenenfalls zugunsten öffentlicher Stellen gegenüber den o.g. Unternehmen?
4. Wie viele solcher mit in den Fragen 2 und 3 vergleichbaren „Rückerstattungsfälle“ hat es seit 2004 in Thüringen mit welchem jeweiligen Finanzvolumen gegeben?

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie, Herr Staatssekretär Staschewski.

Staschewski, Staatssekretär:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich beantworte die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Hausold für die Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Da bisher wegen einer beabsichtigten Schließung des Callcenters noch niemand an das TMWAT herangetreten ist, habe ich jetzt versucht, Kontakt mit den Vertretern der Arbeitnehmerinnen aufzunehmen, um ein paar Hintergründe zu erfragen. Das werden wir auch mit der Geschäftsführung machen. Wir müssen uns erst einmal kundig machen, was da im Hintergrund läuft, warum, was die Ursachen sind. Dann können wir erst schauen, inwieweit wir da helfen können.

Zu Frage 2: Am Standort Gera wurde eine Errichtung der Firma D+S communication center Gera GmbH in der Hainstraße mit Zuwendungsbescheid vom 27. Oktober 2008 gefördert. Die Höhe des bewilligten Investitionszuschusses beträgt ca. 1,3 Mio. €, 10 Prozent der förderfähigen Bruttolohnsumme, genau sind es 1,287.683 €, von denen bisher 732.142,65 € ausgezahlt wurden. Die Förderung erfolgte innerhalb des Programms der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, Lohnkostenförderung. Die Förderung ist gebunden an die Schaffung von 392,5 Dauerarbeits- und 10 Ausbildungsplätzen, wovon 340 Vollzeitbeschäftigte, also Wochenarbeitszeit nicht unter 40 Stunden, sein müssen. Die

(Staatssekretär Staschewski)

Arbeitsplätze sind bis spätestens 31.03.2011 zu schaffen und sind für fünf Jahre, beginnend ab der Besetzung des letzten Arbeitsplatzes, durchgängig zu besetzen. Wird derwendungszweck, u.a. Schaffung der Arbeitsplätze, Erbringung der Dienstleistung im überregionalen Bereich, nicht erreicht, ist der gewährte Zuschuss zurückzuzahlen. Für mögliche Rückforderungen besteht ein öffentlich-rechtlicher Schuldbeitritt der Muttergesellschaft D+S Europe AG.

Wenn es jetzt um diese Firma TELDAS geht, eine Förderung der Firma TELDAS ist innerhalb der GFAW nicht erfolgt. Um herauszubekommen, um welchen Teil es geht, müssen wir erst einmal nachforschen und nachfragen. Das sind unterschiedliche Unternehmungen.

Zu Frage 3: Rückzahlungsansprüche gegen die D+S communication center Gera GmbH bestehen derzeit nicht. Wir haben derzeit auch keine Anzeichen, dass die im Rahmen der GFAW geförderte Errichtung in der Hainstraße mit dem übernommenen Telekom-Call-Center in der Industriestraße im direkten Zusammenhang steht.

Zu Frage 4: Zu den Fragen 2 und 3 gab es keine Rückforderung, insoweit habe ich auch keine vergleichbaren Rückerstattungsfälle vorzutragen.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine Nachfrage durch den Fragesteller.

Abgeordneter Hausold, DIE LINKE:

Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Ich hätte noch eine Nachfrage, anerkenne natürlich Ihr Bemühen, sich jetzt mit der Sache weiter zu befassen und nehme das positiv auf. Sind Ihnen von der Unternehmensgruppe D+S Europe in Thüringen gegenwärtig noch andere ähnlich gelagerte Fälle bekannt?

Staschewski, Staatssekretär:

Nein, sind mir nicht. Aber wir werden das sicherlich auch ansprechen, wenn wir dann diese Gespräche führen, inwieweit hier weitere Probleme an anderen Standorten oder in anderen Bereichen sind, wo wir auch als Land betroffen sind.

Vizepräsident Gentzel:

Weitere Nachfragen sehe ich nicht. Danke, Herr Staatssekretär. Ich rufe die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Schubert von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/2882 auf.

Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Autostraßenrennen durch Wohn- und Naturschutzgebiete

In der Gemeinde Schalkau fand am 21. Mai ein Straßenrennen des ADAC statt, das diesmal erstmals auch mitten durch den Ort sowie durch sonst für den Kfz-Verkehr gesperrte Wege führte.

Ich frage die Landesregierung:

1. Auf welcher Rechtsgrundlage basiert die Genehmigung von Straßenrennen und vergleichbaren Veranstaltungen auf öffentlichen Straßen?
2. Welche Aussagen treffen diese Regelungen für die Genehmigung von Straßenrennen und vergleichbaren Veranstaltungen durch Ortslagen und Wohngebiete sowie durch Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete oder vergleichbare schutzbedürftige Gebiete?
3. Gibt es für solche Veranstaltungen Lärmobergrenzen oder vergleichbare immissionsrechtliche Bestimmungen, wenn ja, welche und wie werden diese überprüft, und wenn nein, hält die Landesregierung hier eine Regelung für notwendig?

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet das Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, Frau Staatssekretärin Dr. Eich-Born.

Dr. Eich-Born, Staatssekretärin:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Schubert beantworte ich für die Thüringer Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Die Genehmigung von Straßenrennen auf öffentlichen Straßen erfolgt auf Grundlage der Straßenverkehrs-Ordnung, der StVO. Hierbei ist zwischen Rennen auf öffentlichen Straßen gemäß § 29 Abs. 1 StVO in Verbindung mit § 46 Abs. 2 StVO und der mehr als verkehrsüblichen Inanspruchnahme einer Straße gemäß § 29 Abs. 2 StVO in Verbindung mit § 44 Abs. 3 StVO zu unterscheiden. Für die 11. ADAC-Rallye rund um die Feste Coburg wurde nach Anhörung der Beteiligten am 16.05.2011 eine Sondernutzungserlaubnis gemäß § 29 Abs. 1 StVO durch die Stadt Neustadt bei Coburg erteilt.

Zu Frage 2: Die in der Antwort zu Frage 1 genannten Regelungen enthalten keine materiellen Anforderungen an die Genehmigungserteilung. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens werden die Träger öffentlicher Belange beteiligt und in die Gesamtbewertung einbezogen. Die am 21.05.2011 stattgefundenen 11. ADAC-Rallye rund um die Feste Coburg fand ausschließlich auf öffentlichen Kreis-

(Staatssekretärin Dr. Eich-Born)

und Gemeindestraßen im Gemeindegebiet der Stadt Schalkau sowie in den Gemeindegebieten der Gemeinden Almerswind, Ehnes sowie Görzdorf statt. Wohngebiete, Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete oder vergleichbare schutzbedürftige Gebiete waren nicht betroffen.

Zu Frage 3: Bei der Genehmigungserteilung für solche Veranstaltungen ist die 6. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz, die TA Lärm, zu beachten. Nummer 6.1 TA Lärm legt die Lärmgrenzen in Abhängigkeit von der Gebietseinstufung fest. Darüber hinaus ist durch die Genehmigungsbehörde die Möglichkeit zu prüfen, ob im Einzelfall die höheren Immissionsrichtwerte für seltene Ereignisse gemäß Nummer 6.3 der TA Lärm einzuhalten sind. Die Überwachung der Einhaltung der zulässigen Immissionsrichtwerte erfolgt entsprechend den Festlegungen in der Genehmigung durch die Genehmigungsbehörde.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt den Wunsch auf Nachfrage durch die Fragestellerin.

Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank für Ihre Ausführungen. Offen geblieben ist bei mir, welche Genehmigungsbehörden denn zuständig sind. Hat das Land Thüringen überhaupt keine Zuständigkeit, wer ist zuständig?

Dr. Eich-Born, Staatssekretärin:

In das Genehmigungsverfahren waren an dieser Stelle eingebunden die Polizeidirektion Coburg, die Polizeiinspektion Neustadt bei Coburg und die Polizeiinspektion Sonneberg, das Landratsamt Coburg einerseits sowie das Landratsamt Sonneberg andererseits, das staatliche Bauamt Bamberg, die Städte Rödentel und Schalkau sowie die Gemeinden Lautertal und Mäder.

Vizepräsident Gentzel:

Ich sehe keine weitere Nachfrage. Danke, Frau Staatssekretärin.

Ich rufe auf die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Lukin von der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/2884.

Abgeordnete Dr. Lukin, DIE LINKE:

Behebung der Belastungsüberschreitungen bei Feinstaub und Stickstoffdioxid

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, der Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe, Jürgen Resch, äußerte gegen-

über der Thüringer Allgemeinen vom 9. Februar 2011 seine Enttäuschung, dass sich Thüringen in Bezug auf den Schutz der Bevölkerung vor Feinstaub zum Schlusslicht in Deutschland entwickle, und betonte den Sinn von Umweltzonen. Außerdem lief im Mai die Frist der EU zur Behebung von Belastungsüberschreitungen bei Feinstaub und Stickstoffdioxid aus. Gegenwärtig halten neben Erfurt auch Mühlhausen und Weimar die geforderten Grenzwerte bei Feinstaub nicht ein. In Suhl, Gera und Jena sind die Belastungen durch Stickstoffdioxid zu hoch.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen hält die Landesregierung für geeignet, die durch eine erhöhte Feinstaubbelastung betroffenen Städte bei der Verminderung dieser Belastungen zu unterstützen, und welche Fördermöglichkeiten können für die betroffenen Kommunen herangezogen werden?

2. Welche Maßnahmen, mit Ausnahme der Einrichtung von Umweltzonen, hat die Landesregierung vorbereitet?

3. Wie unterstützt die Landesregierung den Schutz der Bevölkerung vor Stickstoffdioxid, vor allem in den Orten, die die Grenzwerte überschreiten?

4. Welche weiteren Gebiete und Orte sind in Thüringen vorrangig von der Belastung durch Feinstaub und Stickstoffdioxid betroffen und welche Maßnahmen bereitet die Landesregierung zur Verminderung dieser vorwiegend durch Verkehr hervorgerufenen Umweltbelastung vor?

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet der Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz, Herr Reinholz.

Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Lukin beantworte ich im Namen der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Im Falle der Überschreitung von Emissionsgrenzwerten, wie zum Beispiel denen für Feinstaub, sieht das Bundes-Immissionsschutzgesetz die Aufstellung von Luftreinhalteplänen vor. Im Zuge der Aufstellung legt die dafür zuständige Behörde, also das Thüringer Landesverwaltungsamt, die notwendigen Maßnahmen zur Belastungsminde- rung fest. Welche Maßnahmen das im Einzelnen sind, richtet sich nach den Belastungsursachen und den jeweiligen örtlichen Rahmenbedingungen. Da der motorisierte Straßenverkehr in den betroffenen Thüringer Städten Hauptverursacher der Grenzwertüberschreitung ist, bilden diesbezügliche Maß-

(Minister Reinholz)

nahmen in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorgaben den Schwerpunkt. Das Spektrum reicht dabei vom Ausbau des ÖPNV-Angebots bis zur Optimierung des Verkehrsflusses. Ergänzende Maßnahmen richten sich beispielsweise auf die Minderung von Feinstaubemissionen aus Verbrennungsprozessen. Zur kontinuierlichen Verbesserung der Belastungssituation trägt dabei auch die normgerechte Modernisierung von industriellen und gewerblichen Anlagen, aber auch von Kleinfeuerungsanlagen bei. Das Land unterstützt die Kommunen bzw. die kommunalen Aufgabenträger insbesondere bei der Finanzierung attraktiver Angebote im ÖPNV durch Bereitstellung anteiliger Finanzhilfen. Darüber hinaus werden umfangreiche ÖPNV-Investitionsmittel zur Verbesserung der ÖPNV-Infrastruktur und zur Beschaffung neuer emissionsarmer Linienbusse und Straßenbahnen zur Verfügung gestellt.

Die Fragen 2 und 3 beantworte ich gemeinsam wie folgt: Für die Stadt Erfurt wurde bereits im Jahr 2005 ein Luftreinhalteplan aufgestellt. Gegenwärtig wird dieser Plan fortgeschrieben. Für die Städte Weimar und Mühlhausen wurden Luftreinhaltepläne in den Jahren 2008 bzw. 2010 aufgestellt. Für Städte mit Überschreitung des Stickstoffdioxidgrenzwerts werden gegenwärtig Luftreinhaltepläne erarbeitet. Bezüglich der darin enthaltenen Maßnahmen verweise ich auf meine Antwort zu Frage 1.

Zu Frage 4: Die Messergebnisse der Thüringer Landesanstalt für Umwelt und Geologie für das Jahr 2010 weisen Überschreitungen des Kurzzeitgrenzwerts für Feinstaub in Erfurt, Mühlhausen und Weimar aus. Dagegen wurde der Jahresgrenzwert für Feinstaub in ganz Thüringen eingehalten. Der Jahresgrenzwert für Stickstoffdioxid wurde in Erfurt, Jena, Weimar, Mühlhausen, Gera und Suhl überschritten. Der Kurzzeitgrenzwert für diese Luftschadstoffe wurde thüringenweit eingehalten. Für diese Städte liegen entweder Luftreinhaltepläne vor, die Schritt für Schritt umgesetzt werden, oder es werden gegenwärtig Luftreinhaltepläne zur Belastungsminderung aufgestellt.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt zunächst eine Nachfrage durch die Fragestellerin.

Abgeordnete Dr. Lukin, DIE LINKE:

Vielen Dank, Herr Minister. Ich habe zur Beantwortung der Frage 1 eine Frage. Sie hatten erwähnt, dass zusätzliche Mittel zur Verbesserung des ÖPNV zur Verfügung gestellt werden. Sind das jetzt über die bereits normal geplanten Mittel hinausgehende oder wird gehofft, dass mit den bereits vorgeplanten Mitteln eine Verbesserung der Feinstaubbelastung erreicht werden könnte?

Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz:

Das Zweite ist der Fall.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine Nachfrage durch den Abgeordneten Meyer.

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank. Herr Minister, man kann feststellen, dass die beiden Luftreinhaltepläne für Weimar und Mühlhausen ihren Zweck bislang nicht erfüllt haben. Diese Pläne enthalten Vorsorgemaßnahmen, die bislang teilweise durchgeführt worden sind, wie beispielsweise die Anschaffung von bestimmten neuen Bussen, Fahrverbot respektive Fahrbeschränkung. Sehen Sie seitens der Landesregierung die Notwendigkeit, die bislang nicht in den Luftreinhalteplänen vorgesehenen oder dort gar nicht vorgesehenen, aber notwendigen Maßnahmen im Rahmen einer Ersatzmaßnahme durch das Land zu veranlassen und die rechtlichen Möglichkeiten dafür zu schaffen, sofern die Kommunen selbst dem Schutz der Bevölkerung keine größere Aufmerksamkeit widmen?

Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz:

Das war jetzt ein bisschen sehr kompliziert und komplex. Wir gehen erst einmal davon aus, dass die Luftreinhaltepläne im vollen Umfang umgesetzt werden. Danach wird sich ergeben, ob aus den Messergebnissen Verbesserungen oder keine Verbesserungen entstehen, und dann muss man weitere Schritte diskutieren.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine Nachfrage durch die Abgeordnete Schubert.

Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ich frage noch einmal nach: Welche Fristen haben denn die Kommunen, wenn es welche gibt, die entsprechenden Grenzwerte einzuhalten?

Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz:

Die Frage kann ich aus dem Stegreif nicht beantworten, wir reichen die Antwort nach.

Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das wäre nett.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine weitere und letzte Nachfrage durch die Fragestellerin.

Abgeordnete Dr. Lukin, DIE LINKE:

Sehr geehrter Herr Minister, Sie erwähnten, dass die von Stickstoffdioxidbelastung gekennzeichneten Städte, wie Suhl, Jena, ebenfalls Maßnahme- und Luftreinhaltepläne erarbeiten sollten. Wie wird die Landesregierung die Erarbeitung bzw. die Kontrolle der schon vorhandenen Pläne realisieren? Übt sie überhaupt eine Kontrolle aus und wie funktioniert das Ganze, damit die Kommunen gegebenenfalls auf ihre Problemlagen, falls sie das nicht selber tun, aufmerksam gemacht werden?

Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz:

Frau Dr. Lukin, wir messen und die Messdaten stehen den Städten natürlich zur Verfügung. Daraus können die auch selbst die Schritte ableiten, waren die Maßnahmen, die wir bis jetzt ergriffen haben, ausreichend oder nicht.

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Minister. Ich entlasse Sie gern, weil ich im Regieplan sehe, die nächsten drei Anfragen sind auch die Ihrigen.

Wir kommen zu der Mündlichen Anfrage der Abgeordneten Frau Wolf von der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/2885.

Abgeordnete Wolf, DIE LINKE:

Danke schön.

Schiefergas in Thüringen

Die Bedeutung des sogenannten unkonventionellen Gases ist in letzter Zeit deutlich gestiegen. Durch neue Bohr- und Fördertechniken ist es inzwischen möglich, dieses Erdgas zunehmend zu fördern. Gerade in Mitteleuropa sind die Vorkommen des sogenannten Schiefergases enorm. Zahlreiche Firmen erkunden diese inzwischen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie groß werden die Vorkommen des unkonventionellen Gases in Thüringen geschätzt?
2. Wo befinden sich in Thüringen die größten Vorkommen und welche Fördertechnik wäre zu erwarten?
3. Gibt es schon Forschungen/Erkundungen/Probebohrungen in Thüringen, wenn ja, wo und durch wen und wenn nein, gibt es schon Kontakte zu möglichen Firmen, welche diese erkunden wollen, wenn ja, zu welchen?

4. Wie bewertet die Landesregierung die Nutzung von Thüringer Schiefergas?

Vizepräsident Gentzel:

Wie angekündigt, Herr Minister Reinholz.

Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz:

Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Wolf beantworte ich im Namen der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Über die Größe eventueller Vorkommen von Schiefergas in Thüringen liegen der Landesregierung derzeit keine verlässlichen Erkenntnisse vor. Aufgrund der lithologischen Ausbildung der potenziell Schiefergas enthaltenden Gesteine in Thüringen kann nach heutigem Kenntnisstand von einem eher geringen Vorkommen ausgegangen werden.

Zu Frage 2: Zur genauen Lage möglicher Vorkommen von Schiefergas in Thüringen liegen der Landesregierung derzeit ebenfalls keine verlässlichen Erkenntnisse vor. Grundsätzlich wird Schiefergas wie auch Erdgas über Bohrungen gewonnen.

Zu Frage 3: Bisher gibt es in Thüringen weder Forschungen noch Erkundungen oder Probebohrungen auf Schiefergas. Durch das Thüringer Landesbergamt wurden allerdings zwei Erlaubnisse zur Aufsuchung von unkonventionellem Gas in Thüringen erteilt. Erlaubnisinhaber ist die Firma BNK Petroleum aus Kanada. Für die Aufsuchung, das heißt für die Erkundung von konkreten Vorkommen in den betreffenden Erlaubnisfeldern, liegen bisher jedoch keine Betriebspläne zur Zulassung vor. In der Deutschen Rohstoffagentur und an der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe beginnt aktuell ein mehrjähriges Forschungsprojekt unter dem Titel „Niko: Erdöl und Erdgas aus Tonsteinen - Potenziale für Deutschland“, in das auch der geologische Landesdienst der Thüringer Landesanstalt für Umwelt und Geologie einbezogen werden soll.

Zu Frage 4: Dem Energieträger Erdgas kommt beim Umbau des Energiesystems hin zu erneuerbaren Energien eine entscheidende Rolle zu. Die Integration eines hohen Anteils erneuerbarer Energien erfordert unter anderem den flexiblen Einsatz konventioneller Kraftwerke, Gaskraftwerke sind flexibel zu betreiben, zudem verursacht Gas vergleichsweise geringe CO₂-Emissionen. Auch das unkonventionelle Erdgas wird bei der künftigen Energieversorgung eine wichtige Rolle spielen. In welchem Umfang die in Thüringen gegebenenfalls vorhandenen Ressourcen genutzt werden können, hängt wesentlich von den Förderkosten und damit den natürlichen Gegebenheiten ab. Für die Landesregierung kommt eine Gewinnung von Schiefergas

(Minister Reinholz)

aus Thüringer Lagerstätten nur dann infrage, wenn dies im Einklang mit dem geltenden Umwelt- und Bergrecht steht.

Vizepräsident Gentzel:

Ich sehe keine Nachfragen. Danke, Herr Minister. Ich rufe auf die nächste Mündliche Anfrage, das ist die des Abgeordneten Dr. Augsten von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/2887.

Abgeordneter Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Stellenabbau im Thüringen Forst ein „Aprilscherz“?

Am 1. und 2. April 2011 beschäftigten sich die Thüringer Medien mit dem Stellenabbau bei Waldarbeitern. Ausgangspunkt war die Aussage des Thüringer Forstministers Jürgen Reinholz, wonach von den 800 Waldarbeitern künftig nur ein Viertel oder maximal die Hälfte gebraucht würden. Nicht nur die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisierte diese Aussage, beim Hauptpersonalrat Forst war die Verärgerung über diese Ankündigung so groß, dass ein für den 1. April 2011 angesetztes Treffen der diesbezüglichen Arbeitsgruppe im Forstministerium kurzfristig abgesetzt werden musste.

Anlässlich der Tagung des Thüringer Forstvereins e.V. am 12. April 2011 im Waldhaus Erfurt griff der Fragesteller die Problematik in seinen Grußworten auf. Der ebenfalls anwesende zuständige Abteilungsleiter im Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz nahm in seinem Beitrag dazu Stellung und bezeichnete die Aussagen des Ministers vom 1. April 2011 als „Aprilscherz“.

Ich frage die Landesregierung:

1. Handelte es sich bei den beschriebenen Äußerungen vom 1. April 2011 um einen „Aprilscherz“?
2. Wenn Frage 1 mit Ja beantwortet wird: Hält die Landesregierung die Problematik eines haushaltsbedingten Abbaus von Arbeitsplätzen in einem arbeitsintensiven Bereich wie dem Forst für ein geeignetes Thema für einen „Aprilscherz“?
3. Wenn Frage 1 mit Nein beantwortet wird: War dem zuständigen Abteilungsleiter zur o.g. Tagung nicht bekannt, dass es sich bei den Äußerungen des Ministers nicht um einen „Aprilscherz“ handelte?

Vizepräsident Gentzel:

Das Wort hat Herr Forstminister Reinholz.

Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz:

Verehrter Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Augsten beantworte ich im Namen der Landesregierung wie folgt:

Die von Ihnen, Herr Dr. Augsten, in der Mündlichen Anfrage aufgestellte Behauptung, dass ich in einem Pressegespräch geäußert hätte, dass nur ein Viertel oder maximal die Hälfte der Waldarbeiter gebraucht würden, ist nicht richtig und wurde so explizit auch nicht vorgetragen. Bei dieser Angabe zu den Waldarbeitern handelt es sich um eine Presseente und nicht um einen Aprilscherz, daher erübrigt sich die Beantwortung der Fragen 2 und 3. Was meinen Forstamtsabteilungsleiter geritten hat zu sagen, es war ein Aprilscherz, weiß ich nicht, aber ich denke, es ist eher mit einem Augenzwinkern geschehen.

Vizepräsident Gentzel:

Wussten die alle, dass im Forst auch geritten wird - aber es gibt trotzdem noch eine Nachfrage vom Fragesteller.

Abgeordneter Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Zunächst freue ich mich, dass ich wieder zur Klärstellung eines Sachverhalts beitragen konnte, das war ja beim letzten Mal schon so, Herr Minister. Herr Minister, trotzdem noch mal die Nachfrage: Nicht explizit - ging es da um andere Zahlen oder welche Aussage haben Sie bezüglich des Stellenabbaus tatsächlich getroffen in diesem Gespräch? Zweite Frage, wenn das gestattet ist: Können Sie sich vorstellen, dem Abteilungsleiter Herrn Prof. Thöne mal den Unterschied zwischen einer Zeitungssente und einem Aprilscherz klarzumachen?

Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz:

Zu Frage 2 werde ich das gern tun.

Zu Frage 1: Natürlich sind auch noch andere Zahlen genannt worden. Es sind Zahlen genannt worden zu den zukünftigen Sonderzuführungen, es sind Zahlen genannt worden zum Altersdurchschnitt der Waldarbeiter, zum Altersdurchschnitt der Forstamtsleiter. Es sind auch Zahlen genannt worden, wie sich die perspektivische Entwicklung gerade im Arbeitskräftebereich vollziehen soll, vor allem bezogen auf den Umstand, dass wir gerade in den meisten Forstämtern das Problem haben, dass viele Stellen nicht besetzt sind. Wir haben nur ein richtig voll besetztes Forstamt, das ist Leinefelde, darüber ist diskutiert worden. Aber dem heute und hier vorzugreifen, bevor wir das Gesetz morgen

(Minister Reinholz)

überhaupt eingebracht haben, halte ich nicht für angebracht. Das sollte man dann auch im Rahmen der Anhörung im Ausschuss noch mal miteinander diskutieren.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine weitere Nachfrage durch den Abgeordneten Kummer.

Abgeordneter Kummer, DIE LINKE:

Welche Zahl von Waldarbeitern halten Sie denn im Landesforst für angebracht, Herr Minister?

Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz:

Herr Kummer, das wird die Entscheidung des Vorstands der Anstalt öffentlichen Rechts sein und nicht meine Entscheidung.

Vizepräsident Gentzel:

Ich sehe keine weiteren Nachfragen. Danke, Herr Minister. Ich rufe auf die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Adams von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/2888.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Messergebnisse und Nachrüstung beim Recyclingunternehmen LSR AG in Dingelstädt

Laut Berichten der Eichsfelder Allgemeine und der Thüringischen Landeszeitung wurden vom 28. März 2011 bis 31. März 2011 bei der LSR AG Komplexbeprobungen von Luft und Abwasser durchgeführt. Dabei kam es zu Manipulationen an den Probenahmestellen durch die LSR AG. Daraufhin wurden die Messungen durch das Umweltamt des Landkreises Eichsfeld abgebrochen. Zudem wurde am 3. Juni 2011 über einen Bescheid des Landratsamtes Landkreis Eichsfeld an die LSR AG berichtet, welcher die LSR AG zur Nachrüstung der Anlage verpflichtet.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche absoluten Werte bzw. Grenzwertüberschreitungen wurden bei der oben genannten Messung - insbesondere bei der Dioxin- und Furanmessung - im Wasser und in der Abluft festgestellt?
2. Welche Veränderungen an der Anlage wurden durch die LSR AG im Umfeld der Komplexbeprobung im Einzelnen vorgenommen, welche Auswirkungen hatten diese auf die Auswertbarkeit der Daten und warum wurde dann die Komplexbeprobung nicht umgehend wiederholt?
3. Welche Auflagen hat das Umweltamt des Landkreises Eichsfeld dem Recyclingunternehmen

LSR AG mit dem Bescheid vom 1. Juni 2011 erteilt und welche Teile der Anlagentechnik sollen im Einzelnen nachgerüstet werden?

4. Auf welcher rechtlichen Grundlage und auf Basis welcher Informationen über den Betrieb der LSR AG kam es zur Erstellung des Bescheides an die LSR AG?

Vizepräsident Gentzel:

Diese Mündliche Anfrage beantwortet jetzt der Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz Reinholz.

Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz:

Vielen Dank, Herr Präsident. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich beantworte die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Adams im Namen der Landesregierung wie folgt:

Ich erlaube mir im Vorfeld den Hinweis, dass es schon zwei solche dicken Anfragen dazu gibt, eine von Herrn Meyer und eine von Herrn Adams, beide als Kleine Anfrage gestellt und auch umfänglich beantwortet. Aber ich will gern noch mal auf die neu aufgeworfenen Fragen hier eingehen.

Zu Frage 1: Zur Überprüfung der Ersatzbrennstoffanlage der LSR AG Recyclingzentrum in Dingelstädt auf Einhaltung der Genehmigungsaufgaben sowie zur Überprüfung weiterer Parameter fanden vom 28. bis 31.03.2011 entsprechende Untersuchungen bzw. Beprobungen der Abluft und des Abwassers des zugehörigen Abluftfilters statt. Ausweislich des Messberichts des mit der Messung beauftragten Instituts wurden folgende Ergebnisse erzielt:

1. Summe der organischen Kohlenstoffverbindungen 62,6 mg/m³ bei einem Grenzwert gemäß Genehmigungsbescheid von 20 mg/m³;
2. Gesamtstaub 11,4 mg/m³ bei einem Grenzwert gemäß Genehmigungsbescheid von 10 mg/m³;
3. Styrol, 2-Ethylhexanol 0,3 mg/m³ bei einem Grenzwert nach TA Luft von 50 mg/m³, Phthalate und weitere Weichmacher, also Butylphthalat etc. - ich spare mir das jetzt - 0,03 mg/m³ bei einem Grenzwert nach TA Luft von 20 mg/m³.

Die ermittelten Werte bei den übrigen Komponenten wie z.B. Benzopyren, Acrylamid, Benzol, Vinylchlorid etc. lagen unter der Nachweisgrenze des jeweiligen Analyseverfahrens. Im Übrigen verweise ich auf die Antwort zu Frage 2.

Zu Frage 2: Durch die LSR AG Recyclingzentrum wurde unmittelbar vor Beginn der Messung ohne Kenntnis des Landratsamtes Eichsfeld eine Aktivkohleschüttung in der Abwasserableitung am Abluftfilter der EBS-Anlage eingebracht. Damit wurden

(Minister Reinholz)

die Beprobungen vom 29. bis 31.03.2011 zur Ermittlung des Dioxingehalts im Wasserablauf des Filters hinter der Schüttung nachhaltig beeinflusst und waren damit zu verwerfen. Da zudem geplant war, eine Korrelation zwischen den Dioxinherden im Abwasserablauf und in der Abluft zu ermitteln, wurden auch die über diesen Zeitraum gewonnenen Luftproben zur Dioxinbestimmung nicht analytisch ausgewertet. Nach eingehender Bewertung der Betriebsbedingungen während des gesamten Messzeitraums durch das Landratsamt Eichsfeld wurden die während der Untersuchung von Luftschadstoffen am 28.03.2011 ermittelten Messwerte akzeptiert, da die eingebrachte Aktivkohleschüttung keinen Einfluss auf die Messung im Abgasstrom haben kann. Damit wären nur die Beprobung zur Bestimmung des Dioxingehaltes in der Abluft und im Abwasser des Filters der EBS-Anlage einschließlich analytischer Auswertungen zu wiederholen. Diese Messungen benötigen eine gewisse Vorbereitung einschließlich der erneuten Beauftragung einer nach § 26 Bundes-Immissionsschutzgesetz bekannt gegebenen Messstelle und wären bei Volllastbetrieb der Anlage durchzuführen, da der Zustand maximaler Immission zu erfassen ist. Im Übrigen verweise ich auf die nachfolgende Frage 3.

Zu Frage 3: Die Auflagen im Bescheid des Landratsamtes Eichsfeld vom 01.06.2011 sind im Wesentlichen wie folgt zusammenzufassen: Für die EBS-Anlage ist eine dem Stand der Technik entsprechende Abgasbehandlungsanlage, die geeignet ist, die Einhaltung der im Genehmigungsbescheid des Thüringer Landesverwaltungsamtes genannten Emissionsbegrenzungen für die Summe der organischen Kohlenstoffverbindungen und Gesamtstaub zu gewährleisten, innerhalb von drei Monaten nach Vollziehbarkeit des Bescheides nachzurüsten. Ebenfalls innerhalb von drei Monaten nach Vollziehbarkeit des Bescheides ist dem Landratsamt schriftlich darzulegen, in welcher Weise diesen Vorgaben entsprochen werden soll. Die genannten Fristen können im begründeten Fall verlängert werden. Zudem ist gegenüber dem Landratsamt binnen eines Monats nach Vollziehbarkeit des Bescheides die Beauftragung eines Sachverständigen für die Auswahl einer geeigneten Abgasbehandlungsanlage nachzuweisen. Nach erfolgter Nachrüstung ist durch eine kontinuierliche Messung über die Dauer von sechs Monaten durch eine nach § 26 Bundes-Immissionsschutzgesetz bekannt gegebene Messstelle nachzuweisen, dass bei Volllastbetrieb der Anlage mit vier Akkumulatoren der vorgegebene Emissionswert für die Summe der organischen Kohlenstoffverbindung von 20 mg/m³ eingehalten wird.

Zweitens: Bis zum Erfolg des Nachweises der Funktionstüchtigkeit der nachzurüstenden Abgasbehandlungsanlage darf die EBS-Anlage nur eingeschränkt betrieben werden. Es dürfen während die-

ser Zeit nur so viele Akkumulatoren gleichzeitig betrieben werden, wie die Einhaltung des vorgegebenen Grenzwertes für die Summe der organischen Kohlenstoffverbindungen zulässt. Diese Teilstillegung der EBS-Anlage hat zwei Monate nach Vollziehbarkeit des Bescheids zu erfolgen. Während des eingeschränkten Betriebs ist durch kontinuierliche Messung durch eine - wie gesagt - nach § 26 Bundes-Immissionsschutzgesetz bekannt gegebene Messstelle nachzuweisen, dass der Grenzwert für die Summe der organischen Kohlenstoffverbindungen eingehalten wird. Durch das Landratsamt wurde die sofortige Vollziehung des Bescheids angeordnet.

Zu Frage 4: Die Anordnung der Nachrüstung mit einer dem Stand der Technik entsprechenden Abgasreinigungsanlage erfolgt auf der Grundlage des § 17 Bundes-Immissionsschutzgesetz. Die zeitweilige Teilstillegung der EBS-Anlage basiert auf § 20 Bundes-Immissionsschutzgesetz. Diese Anordnung gründet sich auf den eingangs genannten Messbericht und die nachgewiesene Grenzwertüberschreitung, insbesondere bei der Summe der organischen Kohlenstoffverbindungen.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine Nachfrage durch den Abgeordneten Adams.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, Herr Präsident. Darf ich gleich zwei Fragen stellen? Die Nachfrage zu Frage 1 ist: Müssten diese Messwerte nicht nach dem Umweltinformationsgesetz öffentlich zugänglich gemacht werden und sind sie zugänglich gemacht worden?

Zu Frage 2 will ich noch einmal nachfassen. Da haben Sie gesagt auf meine Frage hin, warum nicht umgehend die Messung wiederholt wurde in Bezug auf Dioxin, dass das eine längere Zeit braucht. Welche Information hat denn die Landesregierung, wann diese Messungen nun nachgeholt werden sollen?

Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz:

Zu beiden Fragen kann ich Ihnen von hier aus dem Stegreif keine Antwort geben. Ich weiß nicht, ob das Landratsamt die Daten veröffentlicht hat. Ich gehe mal davon aus; ich weiß es aber nicht. Den Zeitpunkt, bis wann das nachgeholt werden soll, da ja die Verantwortung beim Landratsamt liegt, kann ich auch nur erfragen beim Landratsamt und Ihnen nachliefern.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine Nachfrage durch den Abgeordneten Meyer.

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Hätten diese beiden Fragen nicht in Vorbereitung auf die Beantwortung der vier gestellten Fragen eruiert werden können oder müssen?

Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz:

Wissen Sie, Herr Meyer, was Sie alles noch nachfragen können, das können wir im Vorfeld auch nicht ahnen, aber Sie können es ja nachgereicht bekommen.

Vizepräsident Gentzel:

Ich sehe keine weiteren Nachfragen und ich rufe auf die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Wolf von der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/2886.

Abgeordnete Wolf, DIE LINKE:

Ausschilderung der Wartburg an der A 4

Nach der Umverlegung der Autobahn A 4 in den Hörselbergen kam es zu einer Verschlechterung bei der Ausschilderung des Weltkulturerbes Wartburg und der Werbung für diese. Burghauptmann Schuchardt stellte fest, dass gerade in den Abschnitten der Autobahn, an welchen eine gute Blickbeziehung zur Wartburg bestehe, kein Hinweis auf sie zu finden sei. Außerdem schlug er vor, den „Parkplatz Hainich“ nach der Wartburg zu benennen, da diese von dort gut sichtbar sei. Es sei seit der Umverlegung zu einem Rückgang der Besucherzahlen gekommen. Dies sei auch der schlechten Ausschilderung geschuldet.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Situation?
2. Ist eine bessere Ausschilderung geplant?
3. Wird es zu diesem Sachverhalt ein Gespräch mit dem Burghauptmann geben, um eine Lösung zu finden, oder gab es dieses schon und wenn ja, wann und mit welchem Ergebnis?

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet das Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr. Für diejenigen, die es gemerkt haben, wir haben die zwei letzten Mündlichen Anfragen getauscht in der Reihenfolge.

Dr. Eich-Born, Staatssekretärin:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Wolf beantworte ich für die Thüringer Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Zur Beschilderung des Weltkulturerbes Wartburg sind für die Aufstellung von touristischen Unterrichtstafeln Zeichen 386.3 Straßenverkehrs-Ordnung auf Bundesautobahnen die rechtlichen Vorgaben der StVO und die Richtlinien für die touristische Beschilderung 2008 zu beachten. Gemäß dieser Richtlinien dienen touristische Unterrichtstafeln als Hinweis auf touristisch bedeutsame Ziele, die entweder von der Autobahn aus sichtbar sind oder nicht weiter als 10 Kilometer Luftlinie von einer Autobahnanschlussstelle entfernt liegen. Eine Sichtbeziehung zum touristischen Ziel ist nicht zwingend erforderlich. In diesem Zusammenhang ist die Frage erlaubt, ob ein Hinweis auf ein touristisch bedeutsames Ziel nicht zweckmäßigerweise an solchen Stellen stehen sollte, an denen gerade keine Sichtbeziehung zum touristischen Ziel besteht. Das Regelwerk jedenfalls lässt beide Varianten zu. Im Übrigen haben touristische Unterrichtstafeln nur hinweisende und keine wegweisenden oder werbenden Funktionen. Die Klassifizierung touristisch bedeutsamer Ziele erfolgt durch die Thüringer Tourismus GmbH. Infolge des Neubaus der Bundesautobahn 4 im Raum Eisenach, der sogenannten Hörselbergumfahrung, war eine Neubeschilderung der touristischen Ziele mit dem Zeichen 386.3 StVO erforderlich. Dies betraf neben dem Weltkulturerbe Wartburg auch die touristischen Ziele Japanischer und Rosengarten Bad Langensalza, Nationalpark Hainich, Bachhaus Eisenach, Altstadt Mühlhausen und Creuzburg. Die bisherige Ausschilderung des Weltkulturerbes Wartburg an der Anschlussstelle Eisenach-West in Fahrtrichtung Dresden verblieb am bisherigen Standort. In Fahrtrichtung Frankfurt am Main wurde an der neuen Anschlussstelle Eisenach-West ein neuer Standort für die Ausschilderung des Weltkulturerbes Wartburg festgelegt. Im Vorfeld der verkehrsrechtlichen Anordnung der Zeichen 386.3 wurden die Betroffenen durch die untere Straßenverkehrsbehörde, das Thüringer Landesamt für Bau und Verkehr, beteiligt. Am 1. März 2010 erging die verkehrsrechtliche Anordnung der Zeichen im Bereich der Hörselbergumfahrung. Gegen die Anordnung wurden seitens der Antragsteller keine Einwände erhoben. Zur Wahl der Bezeichnung von Rastanlagen im Zuge von Autobahnen ist anzumerken, dass hier ein landschaftsbezogener Name der näheren Umgebung zu wählen ist. In den Markierungs- und Beschilderungsplänen für die Hörselbergumfahrung wurde die unbewirtschaftete Rastanlage mit der Arbeitsbezeichnung „Kindel“ aufgeführt. Im Jahr 2005 wurde hierzu ein Anhörungsverfahren durchgeführt. Im Rahmen der Anhörung

(Staatssekretärin Dr. Eich-Born)

wurde durch das Landratsamt Wartburgkreis um eine Änderung der Bezeichnung der unbewirtschafteten Rastanlage „Kindel“ in „Hainich“ gebeten. Seitens der Stadtverwaltung Eisenach wurde keine Änderung vorgeschlagen. Aus diesem Grund wurde dem Änderungsvorschlag des Landratsamts Wartburgkreis gefolgt. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat dieser Bezeichnung gemäß § 1 Abs. 5 Satz 2 des Bundesfernstraßengesetzes zugestimmt.

Zu Frage 2: Die touristische Beschilderung entspricht den rechtlichen Vorgaben und den Ergebnissen der Anhörungen. Grundsätzlich ist, wie von der Wartburgstiftung gewünscht, ein Tausch der Schilder untereinander möglich. Hierzu muss die Wartburgstiftung einen Antrag beim Landesamt für Bau und Verkehr stellen. Im Vorfeld zum Tausch der Schilder müsste durch den Antragsteller das Einvernehmen mit dem jeweiligen Tauschpartner hergestellt werden.

Zu Frage 3: Zum Sachverhalt gibt es bereits ausführlichen Schriftverkehr, unter anderem mit dem Oberbürgermeister der Stadt Eisenach, in dem die notwendigen Schritte seitens der Wartburgstiftung dargelegt wurden. Sollte sich die Wartburgstiftung entschließen, Verhandlungen mit potenziellen Tauschpartnern aufzunehmen, ist unser Haus sehr gerne bereit, diese Gespräche moderierend zu begleiten. Die Initiative hierzu kann aber nur von der Wartburgstiftung ausgehen.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt keine weiteren Nachfragen. Oder doch? Es gibt eine weitere Nachfrage.

Abgeordnete Wolf, DIE LINKE:

Der Zug ist weg, genau. Das war kein Vorwurf. Alles ist gut.

Dr. Eich-Born, Staatssekretärin:

Ich habe es nicht ganz verstanden.

(Heiterkeit im Hause)

Abgeordnete Wolf, DIE LINKE:

Ich danke für die ausführliche Antwort. Es war ausgesprochen spannend, einen kleinen Einblick in den Thüringer Schilderwald zu erhalten. Wie kompliziert das Verfahren ist, war mir bis dahin nicht bekannt, das gebe ich zu. Eine Nachfrage habe ich einfach verständnishalber. Ich möchte ausdrücklich nicht kritisieren, dass es ein Hinweisschild auf Mühlhausen und Bad Langensalza gibt, aber Sie haben gesagt, auf touristische Ziele in zehn Kilometern Entfernung. Beide Orte befinden sich aber in deutlich größerer Entfernung.

Dr. Eich-Born, Staatssekretärin:

Dazu kann ich jetzt im Moment nichts sagen, weil die Schilderaufstellungen, wie gesagt, vor meiner Zeit erfolgt sind.

Vizepräsident Gentzel:

Gut, dann wird geklärt, ob die Entfernung nun zehn Kilometer beträgt oder nicht. Meine Damen und Herren, der Höhepunkt der heutigen Sitzung, wir kommen nämlich zur letzten Mündlichen Anfrage und das ist die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Klaubert und Renner von der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/2889 und sie wird vorgetragen von der Abgeordneten Renner.

Abgeordnete Renner, DIE LINKE:

Danke, Herr Präsident.

Zukunft von Schloss Friedrichswerth

Das Barockschloss Friedrichswerth gehört als Baudenkmal zu den herausragenden Kulturschätzen Thüringens. Nach Aussagen von Kunsthistorikern ist hier Barock in einer für Deutschland einzigartigen Weise über mehr als 320 Jahre erhalten geblieben. Bisher blieben allerdings verschiedenste Anstrengungen, das Schloss für die Öffentlichkeit begehbar zu machen, ergebnislos. Das Schloss ist seit längerer Zeit durch das Land zum Verkauf ausgeschrieben.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Gibt es neue Pläne oder Entwicklungen, wie das Schloss zukünftig genutzt werden soll?
2. Woran ist ein Verkauf der Immobilie bisher gescheitert?
3. Gibt oder gab es in den vergangenen Jahren Anfragen an das Land wegen Besichtigungen des Schlosses ohne den Hintergrund einer konkreten Kaufabsicht und wie wurde darauf reagiert?
4. Gibt oder gab es in den vergangenen Jahren Medienanfragen zu Schloss Friedrichswerth an das Land und wie wurde darauf reagiert?

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet der Staatssekretär im Finanzministerium, Herr Dr. Spaeth.

Dr. Spaeth, Staatssekretär:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Renner wie folgt:

Zur Frage 1: Gegenwärtig werden Verhandlungen zum Verkauf der Schlossanlage geführt. Die Kaufbewerber haben dabei zugesagt, dass die Öffent-

(Staatssekretär Dr. Spaeth)

lichkeit künftig im Rahmen der Regelung des Thüringer Denkmalschutzgesetzes Zugang zu Schloss und Park Friedrichswerth erhalten soll. Im Rahmen der denkmalschutzrechtlichen Möglichkeiten liegt auch die beabsichtigte künftige Nutzung des Schlosses. In Kürze soll der Bürgermeister der Gemeinde Friedrichswerth in einem Gespräch mit den Kaufbewerbern über deren Vorstellungen unterrichtet werden. Ich bitte deshalb um Verständnis, wenn ich an dieser Stelle nicht mehr vom bisher erreichten Verhandlungsstand unterrichten kann.

Zur Frage 2: Ein Verkauf des Schlosses scheiterte bisher in der Regel an den fehlenden finanziellen Möglichkeiten der Kaufbewerber. Die gesicherte Finanzierung eines Nutzungskonzepts ist ein entscheidender Punkt für den Verkauf. Damit wird die Grundlage für den Erhalt des Schlosses gelegt. Angesichts des immensen Sanierungsbedarfs ist die Höhe des Kaufpreises nicht entscheidend.

Zur Frage 3: Ein Teil der Liegenschaft ist an den Internationalen Bund mit Sitz in Bad Langensalza verpachtet. Im Rahmen des Pachtverhältnisses wurden Begehungen und Besichtigungen durch den Internationalen Bund durchgeführt. Weiter gab es einige Anfragen von Studenten zu einer Begehung im Zusammenhang mit der Erstellung wissenschaftlicher Arbeiten. Diesen wurde der Zugang ermöglicht. Auch gab es eine Begehung durch eine Medienfirma wegen einer Drehortsuche. Gegenwärtig gibt es Verhandlungen mit der Gemeinde Friedrichswerth über eine mögliche teilweise Eröffnung des Schlosses zum Denkmaltag am 11. September dieses Jahres.

Zur Frage 4: Vor wenigen Wochen gab es eine Anfrage des Mitteldeutschen Rundfunks; es sollte über sanierte und unsanierte Schlösser berichtet werden. Die Anfrage wurde an die Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten weitergeleitet. Wegen der laufenden Vertragsverhandlungen wurde ein Bericht über Friedrichswerth nicht erwogen. Ich danke Ihnen.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine Nachfrage durch den Fragesteller.

Abgeordnete Renner, DIE LINKE:

Inwieweit hätte denn ein Medienbericht des MDR die laufenden Verkaufsgespräche tangiert, zumal in der Vergangenheit, auch in den letzten Wochen, mehrfach Medienberichte zum Schloss Friedrichswerth zu lesen waren, zum Beispiel in einer überregionalen Wochenzeitung? Das ist Frage 1 und dann behalte ich mir eine Frage 2 noch vor.

Dr. Spaeth, Staatssekretär:

Wenn Anfragen kommen, vermeiden wir es, solange Verhandlungen laufen, an die Medien zu gehen. Es ist klar, dass solche Verhandlungen nicht in der Öffentlichkeit geführt werden, sondern vertraulich. Wir haben eine freie Presse und wenn Zeitungsartikel erscheinen, werden wir ja vorher auch nicht gefragt und das, denke ich, ist auch nicht verkehrt.

Abgeordnete Renner, DIE LINKE:

Dann hätte ich noch eine Nachfrage: Soweit mir bekannt ist, sollte der Medienbericht des MDR eben nicht als Gegenstand die Kaufverhandlungen haben, sondern einen Bericht über die verschiedenen in Thüringen noch befindlichen Schlösser und deren Zustand und Perspektive. Deswegen möchte ich meine Frage noch einmal konkretisieren: Inwieweit hätte ein Bericht des MDR über das Schloss Friedrichswerth, in dem nicht die Kaufverhandlungen Gegenstand sein sollten, die Kaufverhandlungen gestört, so dass - ich sage mal - dem MDR dieses Ansinnen ausgeschlagen werden musste?

Dr. Spaeth, Staatssekretär:

Das ist jetzt sehr spekulativ. Der MDR sagt uns auch nicht immer alles, was er bezweckt. Insofern kann ich jetzt Ihre Frage nicht ganz nachvollziehen.

(Heiterkeit im Hause)

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das war mal anders, ja?)

Vizepräsident Gentzel:

Ich sehe keine weiteren Nachfragen. Danke, Herr Staatssekretär. Ich hatte es schon angedeutet, das war die letzte Mündliche Anfrage. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber man kommt immer wieder zu dem Resümee, jede Sekunde war wirklich wertvoll.

(Heiterkeit und Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich schließe mit dieser Bemerkung diesen Tagesordnungspunkt und diese Sitzung für heute. Ich weise noch einmal darauf hin, dass der Landessportbund im Augenblick seinen parlamentarischen Abend begonnen hat, und wünsche all denen, die teilnehmen, einen schönen Abend. Wir sehen uns morgen wieder um 9.00 Uhr.

Ende: 19.19 Uhr